

Wenn du ein, 2 Millionen Schilling Schulden hast, hast selbst ein Problem. Nur, wenn du einmal solche Größenordnungen hast, haben die anderen das Problem. Das ist der kleine Unterschied dabei. (Abg. Purr: „Auch die Banken!“)

So fair war ich, ich habe die BHI gar nicht angeschnitten. Die kleinen Sparer hat man geködert mit einem höheren Zinssatz, und jetzt können sie durch die Finger schauen. Die Frau Landeshauptmannstellvertreterin kann sich hinstellen, und dabei unterstütze ich sie. Es kann ja nicht verlangt werden, daß die Politik diese Dinge bereinigt, wo sich ein paar als Eigentümer, als Aktionäre das Geld geschaffen haben. Wie sie es kassiert haben, hat keiner gesagt, Land, da hat sie ein bisserl ein Geld. Ich sage noch einmal eines: die Gesetze dieser sozialen Symmetrie, die die Forderungen des Arbeitnehmers abdecken. Die Arbeitgeber wollen hineinzahlen. Wir haben gesagt, kürzt den Fonds nicht, weil wir wissen, was daruntersteht. (Abg. Purr: „Es waren 5,5 Milliarden Schulden bis zum 31. Dezember!“)

Die haben ja nicht wir gemacht. Ihr habt geschrien, daß der Fonds gekürzt wird. Ihr wollt es nicht zahlen. Normal müßtest du als Arbeitgeber deine schwarzen Schafe zurechtweisen, die locker sich in eine Insolvenz hineinbegeben. Daher ist der Fonds so wichtig für uns. (Beifall bei der SPÖ.)

Macht euch in dem Sinn keine Sorgen, meine Damen und Herren. Ich weiß schon, daß du nervös bist, denn nach dem 23. wirst du ja anders reden. Die Wirtschaftskammerwahl wird geschlagen sein, und ihr werdet sehen, wo ihr gelegen seid. Auch die sozialdemokratische Fraktion ist überhaupt dafür, und da gibt es keine gegenteilige Auffassung, daß man selbst jede Initiative unterstützen muß, um die Nahversorgung, die für uns wichtig ist, dementsprechend zu forcieren. Kollege Purr, du bist ja ein Stehaufmännchen. Du schreist immer in der Öffentlichkeit, wenn ein Markt gemacht wird, wenn ein Großmarkt installiert wird. Du bist nicht in der Lage als Arbeitgebervertreter, als Wirtschaftskammerer. Ich weiß nicht, wo du überall drinnensitzt. Die Tankstellen nehmen ja auch schon den Greißlern das Geschäft weg. Am Sonntag kriegst du bei der Tankstelle alles, was du in einem Greißlergeschäft nicht einkaufen kannst. Daher meine Bitte: Mit der Sorge und mit den Existenzängsten von Dienstnehmern und Unternehmern soll man hier nicht so billig Politik betreiben. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 14.10 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch.

Abg. Dr. Karisch (14.10 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

17.000 Arbeitnehmer sind die Betroffenen beim „Konsum“. Da stimme ich mit dem Herrn Kollegen Gennaro sehr überein. Sie sind die Betroffenen, wie die vielen Zulieferanten auch. Aber ich kann den Verantwortlichen den Vorwurf nicht ersparen. Ein „Konsum“ mit dieser Größe kann sehr billig einkaufen. Er ist sehr konkurrenzfähig, und es wurde trotzdem alles verschlafen, was man nur verschlafen konnte. Und die Gewerkschaft war – soviel ich weiß – sehr stark beteiligt, zumindest auch in den Aufsichtsgängen.

Ich begrüße die Nahversorgungsaktion des Landes. Sie ist ein wichtiger sozialpolitischer Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung, zur Versorgung jener Menschen, die nicht so mobil sind, die über kein eigenes Fahrzeug verfügen, vor allem alte Menschen, kranke Menschen, Familien mit Kindern, Alleinerzieher, die kleinen Leute, wie die Frau Kollegin Bleckmann das genannt hat. Die Frau Kollegin Bleckmann hat gesagt, daß die Politik in den ganzen Jahren nichts getan hätte. Ich darf erwidern, in den Jahren 1990 bis 1992 – (Abg. Mag. Bleckmann: „Ich habe gesagt, sie hat es in die falsche Richtung geleitet!“)

Jawohl, Frau Kollegin. Von 1990 bis 1992 hat es im Land Steiermark bereits eine Nahversorgungsaktion gegeben. Und, Frau Kollegin Bleckmann, ich darf Sie erinnern, daß Ihre Partei einmal sogar einen Handelsminister gestellt hat für eine ganze Periode lang, und ich kann mich nicht erinnern, daß dieser Handelsminister in den achtziger Jahren die großen Probleme der zurückgehenden Nahversorgung in Angriff genommen hätte. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Schüssel ist schon zehn Jahre Minister, Steger war es drei Jahre!“) Ja, aber bitte, halten Sie es nicht einer Seite vor, wenn Sie selbst die Gelegenheit hatten, es besser zu machen! (Abg. Mag. Bleckmann: „Was hat Schüssel die ganze Zeit gemacht?“) Ja, ich glaube, daß der Herr Steger ein Politiker war. Oder irre ich mich da? (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Der Schüssel ist es auch!“) Ja, auch, richtig! Also, es bestand durchaus die Möglichkeit, das zu machen. Es waren viele Handelsminister am Werk, und wir sind heute trotzdem in dieser Situation.

Meine Damen und Herren! Wir haben heute ein großes Defizit in den kleinen Gemeinden. Das ist sehr bedauerlich für die Bevölkerung. Der kleine Greißler hat viele Aufgaben. Er hat auch eine öffentliche Aufgabe. Er ist ein zentraler Punkt im Ort, er ist Ansprechpartner für viele Menschen, die oft am Tag sonst keinen Ansprechpartner mehr finden. Er hat eine besondere Bedeutung. Ich möchte diese Debatte zum Anlaß nehmen, aus Konsumentensicht auf drei Punkte im Zusammenhang mit dem Lebensmittelhandel hinzuweisen, die den Konsumenten wichtig sind.

Das erste ist die Kühlmöglichkeit. Ich freue mich, daß die beiliegende Richtlinie auch die Förderung von Kühltruhen vorsieht. Die Kühlung macht den Konsumenten viele Sorgen. Man muß immer wieder feststellen, daß die Kühlkette oft gar nicht aus böser Absicht unterbrochen wird. Die Geräte tauen ab, sie sind schlecht eingestellt, Kühlware wird oft auch lange herumstehen gelassen und spät eingefüllt. Die Kühlkette ist oft durchbrochen, und das führt zu einer großen Qualitätsminderung. Da sind wir sehr dankbar, wenn viele Geschäfte, große und kleine, ihre Kühltruhen erneuern können.

Ein zweiter Punkt, dem nicht beizukommen ist und der für Konsumenten ein Anliegen ist, das ist, im Volksmund gesagt, der sogenannte „Papiernepp“, im Fachausdruck heißt das die Tara. Was bedeutet das? Wir Konsumenten kaufen das Papier bei der Wurst zum Beispiel zum teuren Preis des Produktes mit. Wenn ich einen Rohschinken um 25 Schilling kaufe, acht oder zehn Deka, so bezahle ich 250 Schilling Kilopreis für das Papier. In den meisten Fällen wird das

nicht berücksichtigt. Der Konsument muß teuer für das Papier bezahlen. Ein Problem, wo ich anregen möchte, daß man das vielleicht verändert.

Der dritte Punkt, ein Wunsch der Konsumenten an den Lebensmittelhandel, an den großen ebenso wie an den kleinen. Sie wissen, es gibt jetzt seit 1. Jänner die E-Nummern für die Kennzeichnung der Lebensmittelzusatzstoffe. Den Konsumenten sind diese Nummern nicht bekannt. Es wäre schön, wenn jedes Lebensmittelgeschäft irgendwo in einer Ecke an gut sichtbarer Stelle diese Liste der E-Nummern aushängen würde. Das ist in sehr vielen – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Die Arbeiterkammer hat eine Broschüre herausgegeben!“) Das ist richtig. Aber welcher Konsument, Herr Kollege, geht schon mit einer Broschüre im Tascherl einkaufen? Wenn im Geschäft irgendwo sichtbar das auch noch aushängt, so kann ich – wenn ich etwas kaufe, und ich sehe hier eine Nummer – sofort nachschauen, was es ist.

Meine Damen und Herren, es war eine hitzige Debatte. Das soll uns aber der Einzelhandel, die Nahversorgung, wert sein. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.15 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Reder ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (14.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kollegin Karisch!

Ich hoffe, daß das Problem des „Konsum“ nicht das Papier am Schinken war, sondern ich glaube, das dürfte wahrscheinlich auch an der Geschäftsführung gewesen sein sowie in vielen anderen Bereichen, wenn ich nur an die Agrarunion denke, die auch der Nahversorgung eigentlich den Rücken gekehrt hat, vor allem im ländlichen Bereich, denn da hat es früher einige Geschäfte gegeben in unserem Bezirk und wahrscheinlich auch außerhalb. Aber dort kenne ich es besser, wo die Agrarunion der Nahversorgung eigentlich einen guten Dienst erwiesen hat. Inzwischen sieht man es nimmer mehr. Bei den Molkeereien und den anderen Dingen, wo man nebenan das Geschäft gehabt hat und gleich verkauft hat. Ich glaube, der Weg wird sicher wieder zur Direktvermarktung gehen müssen. Wenn man in Richtung Landwirtschaft geht, und wenn man zur Nahversorgung geht, dann habe ich ein Wort. Ich glaube, ohne das kann es nicht funktionieren. Man muß mit der Zeit gehen, sonst geht die Zeit mit einem. Ich glaube, man hätte hier mit Sicherheit schon früher justieren müssen, und nicht nur jetzt nachjustieren, um diesen Weg vielleicht etwas einzubremsen. Aber man wird auch umjustieren müssen, denn ich bin überzeugt davon, es wird sich kein Greißler halten können, wenn man das Geschäft so weiterführt, wie es bis jetzt geführt wurde, weil einfach die Personalkosten im Verhältnis zur Spanne – weil er nicht so günstig einkaufen kann, wie in Wirklichkeit die Supermärkte und Ketten – hoch sind. Aber er wird sich dann halten können, wenn die Infrastruktur in der Gemeinde stimmt, wenn wir keine Abwanderung haben, denn auch das hat damit zu tun. Wenn ich in vielen Gemeinden, vor allem in unserem Bezirk, schaue, daß mehr als 10 Prozent der Bevölkerung von einer Volkszählung

zur anderen abgewandert sind, dann brauche ich gar nicht nachzufragen, wo die Kaufkraft sein soll, wenn der Tourismus dort nicht funktioniert. Und wenn er funktioniert, dann hat auch der kleine Kaufmann eine Chance. Wenn die Infrastruktur und die Arbeitsplätze nicht steigen oder zumindest gehalten werden, dann kann der Kaufmann dort auch nicht existieren. Ich glaube, diese Dinge muß man auch einmal in den Vordergrund stellen, und nicht nur reden. Man muß den Greißler irgendwie zwingen, daß er bleibt. Man muß ihm die Möglichkeit geben. Und da freut es mich ganz besonders, daß es eine Möglichkeit gibt, diesen Greißler zu unterstützen. Aber dahin gehend zu unterstützen, daß man ihm den Umbau erleichtert, denn er wird in Zukunft wahrscheinlich nur in einer Form existieren können, daß er wirklich die wichtigsten Produkte führt und daneben in Form eines Imbisses, in Form eines Cafés oder einer anderen Art des Gewerbes sich natürlich auch ansiedelt, um in Wirklichkeit sein Unternehmen aufrechtzuerhalten. Denn allein nur mit den Lebensmitteln hat er im Land – wir kennen ja auch die Statistiken der Märkte, wenn er unter 2000 Einwohner ist – kaum eine Chance, wirklich zu überleben. Aber dann wird er es auch haben bei 1000 Einwohnern und auch bei 860 Einwohnern, wie meine Gemeinde ist. Wenn ein Fremdenverkehr mit 10.000 Nächtigungen, wenn dort Betriebsansiedlungen forciert werden und wenn er wirklich sich danach einrichtet und sein Personal und sein Geschäft um das kleiner macht, wo er weiß, die wichtigsten Produkte holt der Nachbar und die Bevölkerung aus diesem Ort, und er ergänzt es auf andere Bereiche, wie vorher schon erwähnt auf Café oder auf andere Dinge, die wirklich dort gebraucht werden, dann wird es möglich sein. Davon bin ich überzeugt. Wenn man ihn unterstützt bei der Investition, dann wird es möglich sein, daß man den Greißler haltet. Wenn man sagt, man hat heute keine Tankstelle mehr, keinen Greißler mehr im Ort, es ist klar, die Tankstellen, der Umbau jetzt, wo noch ein Jahr Frist ist, kostet viel Geld. Und wiederum, wenn die Abwanderung und die Infrastruktur nicht funktionieren, dann kann er dort nicht existieren, weil die Investition einfach zu hoch ist. Also machen wir uns nicht etwas vor.

Ich glaube, wir müssen mit der Zeit gehen, damit die Zeit nicht mit uns geht, und es wird in allen Bereichen, und nicht nur beim „Konsum“, in allen Bereichen, wo es wirtschaftlich nicht funktioniert, wo nicht wirtschaftlich agiert wird, dort wird es Einbrüche geben. Und das haben wir verschiedentlich, ich will jetzt nicht die Namen aufzählen. Wir könnten einige aufzählen, wo das passiert ist, wo man aufhören mußte, und der gleiche Betrieb und die gleiche Sparte im Nachbarort hat funktioniert. Dort, wo nicht geschäftlich früh genug justiert wird und es richtig geführt wird, werden wir keine Chance haben. Ich glaube, wir werden uns alle miteinander bemühen müssen, um vor Ort dort den Greißler zu halten, ihn zu unterstützen beim Umbau, ihn zu unterstützen, wo er die Hilfe braucht, daß er mit der Zeit geht, und dann werden wir in Zukunft auch einen Greißler haben. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Es kommt der Herr Klubobmann Vesko.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (14.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin empört, und ich sage das sehr ruhig, über die Vorgangsweise des Kollegen Gennaro hier in diesem Hause. Wir haben jetzt – sechs Abgeordnete – das Los der 17.000 Arbeiter und Angestellten im Bereich des „Konsum“ bedauert und versucht herauszustellen (Abg. Gennaro: „Aber wie!“), wie es möglich ist, diesen Leuten zu helfen. Dann kommt der Kollege Gennaro, der die ganze Zeit draußen gesessen ist und sich einen feuchten Kehricht um die Debatte gekümmert hat und läßt eine flammende Brandrede los, in der er behauptet, alle sind gegen diese armen Arbeitnehmer aufgetreten. Diese Art von Arbeitnehmervertretung, Kollege Gennaro, gehört der Vergangenheit an. Diese sind „out of style“, um ein neudeutsches Wort zu gebrauchen. (Abg. Gennaro: „Sagen Sie es deutsch, dann verstehen es alle. Ich bin nicht so gebildet wie Sie!“) Ich werde es Ihnen übersetzen, Kollege Gennaro. Die sind mehr als überflüssig. Sie haben sich in diesem Hause auch in der letzten Debatte nur dadurch ausgezeichnet, daß Sie eine Haßtirade auf die Arbeitgeber und auf die Unternehmer loslassen. Ich höre das und spüre die Vibrationen, die da kommen. Sie haben jetzt wiederum ein Beispiel miesester Polemik zum Besten gegeben. Herr Kollege Gennaro, das Los von 17.000 Arbeiternehmern und weiteren Tausenden, die auf Grund der Großinsolvenz des „Konsum“ noch kommen, wird uns sehr intensiv beschäftigen. Aber Gott sei Dank nicht in der Art und Weise, wie Sie es hier angelegt haben. (Beifall bei der FPÖ.) Wenn Sie glauben, daß Sie so Arbeitnehmer vertreten, dann sind Sie am falschen Weg. (Beifall bei der FPÖ. – 14.22 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Grillitsch.

Abg. Grillitsch (14.22 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich begrüße die Diskussion über die Nahversorgung. Ich glaube, wir dürfen Frau Landeshauptmann wirklich danken, daß sie diese Frage endlich einmal in dieser Form auch aufs Tapet bringt. Der Herr Abgeordnete Schleich hat ein paar sehr vernünftige Gedanken gebracht, und diese unterstreiche ich. Aber bitte, geben wir uns nicht gewissen Illusionen hin. Alles muß sich rechnen. Der Vorwurf an die Genossenschaften oder der Vorwurf des Versagens der Nahversorgung, hier nicht mehr in Ordnung zu sein, kann nur über den Rechenstift entschieden werden. Deshalb, glaube ich, müssen wir die heutigen Kriterien, wenn auch die Direktvermarktung angesprochen wurde, fordern. Wir müssen auf der anderen Seite auch dafür sorgen, daß diese kleineren und mittleren Betriebe ein Einkommen haben, wo die Familie, und sie werden vorwiegend von Familienarbeitskräften bezahlt, auch ihr Auskommen hat. Da ist in den letzten Jahren vieles danebengegangen.

Herr Kollege Gennaro, wie du das hier dargelegt hast, so kann man das einfach nicht tun. Der Herr Kollege Purr, genauso wie alle anderen, auch der Herr Kollege Tasch, hat das ganz klar aus der Sicht des ländlichen Raumes auch gesagt. Dort sind einfach Fehlentwicklungen entscheidend für diese Entwick-

lung gewesen. Verfolgen sie kleine Städte. In jedem kleinen Ort gibt es zwei, drei, vier Supermärkte. Die Folge davon ist, daß das Leben des Kaufmannes im Ort geschwächt wird, und mit großen Propagandakäufen kauft man einige Tage billiger ein. In der Notversorgung wäre der Kaufmann im Ort zum Aufschreiben – so ist die Wirklichkeit – wieder gut genug. So kann es nicht gehen. Wir alle haben auch in der Vergangenheit bewiesen, daß wir größtes Verständnis für die Arbeitnehmer haben. Wir haben das im Bereich der verstaatlichten Industrie immer wieder gesagt und auch gezeigt und auch mitunterstützt. Aber wie man es jetzt macht, daß man sagt, dort haben die Leute ordentlich verdient, weil sie auf der anderen Seite etwa ausgenommen worden wären, was gar nicht stimmt, das ist eine polemische Äußerung, die ich auf das schärfste zurückweisen muß. Eine solche Politik kann nur zum Untergang führen. Das haben Sie in der Verstaatlichten schon gezeigt, das zeigt auch das Unternehmen „Konsum“. Drücken Sie sich jetzt beim Unternehmen „Konsum“ nicht aus der politischen Verantwortung. Die haben Sie zu tragen, in jeder Hinsicht – in der Geschäftsführung sowie auch in der Überwachung der Aufsichtsbehörde. Eine Sozialpolitik, die man so betreibt, ist gegen eine vernünftige Wirtschaftspolitik. Das sage ich ganz offen. Wir müssen weiterdenken, meine Damen und Herren. Wir leben in einer Zeit der Entwicklung, wo Qualität immer mehr gefragt ist, wo Gesundheit immer mehr bedeutet und wo man weiß, daß die heimischen Produkte höchstwahrscheinlich in Zukunft auch von der heimischen Bevölkerung gefordert werden. All diese Berufe in den Veredlungsbetrieben, seien es Fleischer, seien es Bäcker, leiden an fürchterlichem Lehrlingsmangel. Lehrlingsmangel heißt natürlich auf Sicht gesehen ein Leiden auch der Qualität, ein Leiden der Ausbildung und ein Infragestellen des Berufes. Deshalb glaube und bitte ich, lösen wir diese Frage nicht parteipolitisch polemisch, sondern politisch vernünftig im Zuge einer guten Qualität, im Zuge einer guten Nahversorgung für unsere Bevölkerung. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 14.27 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (14.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde zum „Konsum“ nichts mehr sagen, da ich den Eindruck gewonnen habe, daß es doch in erster Linie um politisches Kleingeld in dieser Debatte geht, und nicht so sehr um eine rationale Bearbeitung des Problemes der Nahversorgung. Zur Nahversorgung hat Kollege Riebenbauer hier eine sehr wesentliche Sache gesagt, meiner Meinung nach, nämlich, daß der Nahversorger eine sehr wesentliche Rolle spielt als Glied im Rahmen eines regionalen Kreislaufes der Wertschöpfung, im Rahmen eines regionalen Kreislaufes der Produkte. Meine Damen und Herren! Das Wuppertal-Institut für Klimaforschung hat errechnet, daß für die Herstellung eines ganz gewöhnlichen Erdbeerjoghurts, eines durchaus regionalen Produktes in der Bundesrepublik, die Vorprodukte mehrere tausend Kilometer zurücklegen müssen. Was das für die Umweltbelastung bedeutet, können Sie sich ganz gut

vorstellen – denke ich. Genauso gut ginge es, auch das hat das Wuppertal-Institut errechnet, daß genau das gleiche Erdbeerjoghurt mit nur wenigen Kilometern Transport und entsprechend geringer Transportbelastung hergestellt werden könnte. Klubobmann Vesko hat ein durchaus pessimistisches Bild über die Zukunft der Nahversorgung entworfen. Ich würde dieses pessimistische Bild, nachdem ich auch Realist bin, durchaus bestätigen müssen, wenn ich das klassische Bild, wenn ich die klassische Vorstellung von Nahversorgung im Kopf haben würde und mir vorstellen würde, wir müssen den Zustand, den wir in den fünfziger oder sechziger Jahren gehabt haben, wieder herstellen. Das ist sicherlich nicht mehr möglich, denn hier sind Prozesse vonstatten gegangen, die irreversibel sind. Was möglich ist, ist einerseits, durch eine derartige Nahversorgungsforderung das Schlimmste zu verhindern, und andererseits, meine Damen und Herren, unkonventionelle Methoden der Nahversorgung zu forcieren. In der Schweiz beispielsweise forciert man sehr intensiv sogenannte Zustelldienste, die gerade auch jenes soziale Problem, das mehrfach angesprochen worden ist, im Zusammenhang mit der notwendigen Nahversorgung zu lösen imstande sind oder zumindest einen Beitrag dazu leisten können. Gerade ältere Menschen würden sehr viel Wert darauf legen, daß ihre Produkte des täglichen Bedarfes zugestellt werden, und würden dafür durchaus auch einen Beitrag leisten. Mütter mit Kindern würden ähnlichen Bedarf haben, auch die immer mehr voranschreitende Singularisierung und Individualisierung unserer Gesellschaft wirkt in diese Richtung. Dieses Immer-mehr-in-Anspruch-genommen-Werden durch die Arbeit wirkt in diese Richtung, in die Richtung Zustelldienste. Ich glaube, in diese Richtung sollten wir Modelle entwickeln und auch forcieren.

Auch und insbesondere unsere Bauern, unsere Landwirte können einen Teil der Nahversorgung übernehmen im Bereich der Lebensmittel. Bauernmärkte sind ein sehr hoffnungs- und zukunftssträchtiges Zeichen. Es gibt deren mehr und mehr. Ich glaube, daß hier intensivierete Bemühungen notwendig wären. Auch sogenannte Hofläden, wie sie insbesondere bei Biobauern, aber auch bei konventionellen Bauern mehr und mehr eingerichtet werden, können einen Teil der ausfallenden Nahversorgung übernehmen. Notwendig dazu wird es allerdings sein, sich auch beispielsweise Hemmnisse und Barrieren etwa im Bereich der Gewerbeordnung genau anzusehen, um diese Hemmnisse abzubauen. Denn unser Ziel muß es in erster Linie sein, Nahversorgung wieder herzustellen. Die rechtliche Form, innerhalb dieser die Nahversorgung geschieht, ob das im Bereich der Bauern passiert oder im Bereich der Einzelhändler passiert, sollte sekundär sein. Wir sollten uns also den Abbau der rechtlichen Hürden, die es in diesem Bereich durchaus noch gibt, sehr ernsthaft überlegen. Wie gesagt, ich betone, daß die jetzt wieder eingeführte Förderung für die Nahversorgung ein erster Schritt ist. Ich setze allerdings persönlich mehr Hoffnungen auf die kürzlich eingerichtete interdisziplinäre, kompetenzübergreifende Arbeitsgruppe „Nahversorgung“, wo Wirtschaftsförderung, Bauern, Bauernvertreter, Bäuerinnen, Bäuerinnenvertreterinnen und auch die Raumordnung zusammenwirken und versuchen, ein integrales Konzept zur Forcierung

und zur Verbesserung der Nahversorgung in unserem Bundesland zu erstellen. Ich danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 14.32 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Frieß.

Abg. Frieß (14.32 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident!

Ich freue mich auch, daß diese Debatte über die Nahversorgung eine sehr ausgiebige ist. Ich glaube, daß dieses Thema gerade in den heutigen Zeiten sehr, sehr wichtig ist, denn mit dem EU-Beitritt nimmt Österreich nunmehr im vollen Ausmaß am gemeinsamen Markt teil. Es wird damit die vierte Grundfreiheit des gemeinsamen Marktes, die Freiheit des Warenverkehrs, verwirklicht. Das heißt aber in der Realität auch, daß die Waren über Tausende Kilometer auf der Straße unterwegs sind. Das heißt in der Realität auch, daß die Konzentration des Warenverkaufs deutlich zunehmen wird. Und da soll diese Nahversorgungsaktion auch ein deutliches Gegengewicht setzen. Das heißt, verantwortungsvolle und besonders ökologisch richtige Politik ist es, wenn die Nahversorgung auch stimmt. Daher ist es natürlich auch ein sozialpolitisches Anliegen, wenn auch von großen Zentren weit entfernte Orte entsprechend versorgt werden. Gerade Lebensmittelhändler, und das wissen wir alle, haben es besonders schwer, insgesamt die ganze Nahrungsmittelebranche, in kleineren Bereichen zu bestehen. Sowohl die produzierenden als auch die vermarktenden Händler haben da ihre entsprechenden Schwierigkeiten. Daher möchte ich eines sagen: Ich glaube, daß diese Aktion gerade recht kommt, notwendig ist und daß es auch wirklich eine deutliche Antwort ist, in unserer Politik die Nahversorgung entsprechend sicherzustellen. Ich möchte daher den Kollegen auch sehr widersprechen, die behaupten, diese Aktion komme spät oder zu spät. Gerade unsere Fraktion der ÖVP war es, die immer zum Beispiel auch mit ihren Bauern im ländlichen Bereich sichergestellt hat, daß die Nahversorgung mit Lebensmitteln entsprechend sichergestellt ist. Auch der gesamte Bereich der kleinstrukturierten Wirtschaft, des kleinstrukturierten Handels war es, der immer wieder dazu gestanden ist, den ländlichen Bereich zu versorgen.

Und schließlich haben wir die Erfahrungen der Aktion 1991 bis 1994. Diese Erfahrungen haben deutliche Erfolge bewiesen. Damals konnten nämlich schon 252 Fälle positiv bearbeitet werden. Als Nebeneffekt, das ist ein Schwerpunkt meiner Rede auch, wurden die Arbeitsplätze von 1826 Arbeitnehmern gesichert beziehungsweise auch zusätzliche geschaffen. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug 250 Millionen Schilling. Das heißt, es ist privates Geld, privater Einsatz wesentlich mit dabei, und ich weise daher sehr deutlich zurück, daß in der Vergangenheit diesbezüglich nichts getan wurde. Also, man sieht da an konkreten Zahlen, daß wirklich Großartiges geleistet wurde. Ich habe zum Beispiel für meinen Bezirk Weiz auch diese Aktion analysiert. Das hat geheißen, 34 Betriebe – zum Beispiel im oberen Feistritztal war ein Schwerpunkt – konnten mit 2,764.000 Schilling unterstützt werden. Aber bitte, alle haben selber auch mitgeholfen, und sogar die Gemeinden haben sich

immer wieder entsprechend unterstützend beteiligt. Davon waren 320 Arbeitsplätze betroffen. Und das sind sehr, sehr viele Arbeitsplätze gerade im ländlichen Bereich. Die kleinen Handelsbetriebe sind mit großen Anstrengungen, ja mit Einsatz aller privaten Möglichkeiten bereit, ihren Betrieb zu modernisieren. Die kleinen Handelsbetriebe machen aber auch die Lehrlingsausbildung hervorragend. Heute kann man das ruhig auch sagen, sie bilden auch die Arbeitskräfte für die Großhandelsbetriebe aus. Das sei auch sehr, sehr deutlich gesagt, weil ich weiß, daß viele Großhandelsbetriebe keine Lehrlinge ausbilden, und gerade die entsprechenden Absolventen von dieser Lehre haben dann die Möglichkeit oder gehen sehr, sehr oft in Großhandelsbetriebe. Daher sei an dieser Stelle auch gerade denen gedankt, die sich um diesen Bereich der Ausbildung auch annehmen. Es geht insgesamt um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Es geht aber auch um Ausbildungsmöglichkeiten gerade auch von Frauen, weil gerade in diesem Bereich sehr, sehr viele Frauen beschäftigt sind, und gemeinsam mit der Möglichkeit der Wohnversorgung bildet dies ein deutliches Gegengewicht zur Landflucht und bedeutet das auch Lebensqualität für den ländlichen Raum und für die Bewohner des ländlichen Raumes.

Ich danke daher zum Abschluß Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic für diesen aktiven Beitrag zur Lebensqualität unserer Bürger im ländlichen Bereich und hoffe, daß wir diese Aktion auch in den nächsten Jahren - das wird beschlossen, sicher so fortgesetzt -, aber auch in diesem Ausmaß und vielleicht in einem noch größeren Ausmaß entsprechend auch für die Zukunft sicherstellen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 14.39 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (14.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn das heutige Thema die Nahversorgungsförderungsaktion für das Bundesland Steiermark war, dann scheint mir, haben manche natürlich das Thema verfehlt. Aber das liegt am Rande und in der Natur der Sache. Für unsere Fraktion darf ich grundsätzlich sagen, daß wir dieser Neuschaffung der Nahversorgungsförderungsaktion gerne zugestimmt haben. Ich sage dies deshalb, weil ich die Problematik, die viele meiner Vorredner bereits geschildert haben, in den ländlichen Bereichen draußen kenne. In den kleinen Orten, beispielsweise auch in unserem Mürztal, im Neuberger Tal, wo wir erlebt haben, was alles passiert, wenn kleine Läden aufgelöst werden, und wo voraussichtlich und in erster Linie jene Menschen, die nicht so mobil sind, nämlich die älteren, die kein Auto besitzen, dann im Endeffekt ihre Einkäufe zu tätigen haben. Sie müssen oft weit weg in städtische Bereiche fahren, dort unter großen Belastungen, weil sie schwer zu tragen haben, ihre Einkäufe tätigen. Man muß mit Bedauern feststellen, daß hier die Problematik dieses Bereiches der sterbenden Greißler, wie sie früher einmal geheißen haben, eigentlich liegt.

Es ist schon richtig, daß alle anderen Berufsgruppen eigentlich einen Aufschrei getätigt haben, ganz gleich, in welchem Bereich. Ich denke an die Bauern, die im

Zusammenhang mit der EU mit einem großen Aufschrei reagiert haben, weil sie Einbußen zu erwarten haben. Ich denke an Arbeitnehmer, deren Betriebe geschlossen werden, die mit einem Aufschrei reagieren natürlich, weil sie ihre Existenz gefährdet sehen. Bei den Greißlern ist man lange Zeit und viele Jahre darüber hinweggegangen, und ich bin froh, Kollege Purr, wenn du mir das Taschentuch zeigst, das zeigt anscheinend, daß du mir zutraust, daß mir die Tränen kommen. Dir sind sie anscheinend in all diesen Jahren nicht gekommen, in der du deine Berufsgruppe zu vertreten hattest.

Meine Damen und Herren, es ist natürlich eine Problematik, wenn diese kleinen Geschäfte und diese kleinen Betriebe verschwinden, weil sie die Vielzahl der Möglichkeiten auch des Käufers in diesem Bereich gefährden und weil ja in der Ausdehnung der Gewerbeordnung und der Möglichkeiten, die sich bieten, heute fast jeder alles verkaufen kann. Irgend jemand hat das Beispiel der Tankstellen angeführt. Wenn du heute zu einer Tankstelle kommst, so kannst du feststellen, daß du dort bei der Tankstelle vom frischen Gebäck, im Endeffekt bis zu den Kisten Bier und alles, was es nur so gibt, auch Milch natürlich, kaufen und dich dort versorgen kannst. Das hat den Nachteil, daß sie große Konkurrenz für den Greißler sind, aber den Vorteil, daß der Konsument auch am Samstag Nachmittag und am Sonntag, wenn die anderen Betriebe geschlossen sind, sich dort eindecken kann. Allerdings - und das sage ich auch ganz bewußt dazu - um einen ganz anderen Preis, als er ansonsten einkaufen würde, und dort wird ihm, verzeihen Sie bitte, wenn ich das so steirisch sage, die Hose ausgezogen. Es ist meist der doppelte Preis, aber er liegt im Durchschnitt um 40 bis 50 Prozent höher als in den normalen Läden. Nun, meine Damen und Herren, ich denke, die Sicherung der lokalen und regionalen Versorgung der Bevölkerung muß uns allen ein grundsätzliches Anliegen sein, und ich denke auch, daß, wie hier angeführt, das Ziel der Förderung, die Erhaltung, die Schaffung der Arbeitsplätze, in diesen kleinen Bereichen etwas ganz Besonderes ist. Im städtischen Bereich spielt es nicht so eine große Rolle, aber in den kleinen Orten draußen sind auch die vier, fünf oder zehn Arbeitsplätze, die es in einem solchen Bereich gibt, etwas wert, weil sie erstens einmal nah vor der Haustüre liegen, der Arbeitnehmer daher nicht mobil sein muß, und weil sie ihm die Erhaltung seiner Arbeit gleichzeitig ermöglichen.

Es ist heute schon angeführt worden, daß die 17.000 Beschäftigten des „Konsum“ hier in einer schwierigen Lage sind. Die Menschen tun mir wirklich leid. Ich habe selber einen Teil, oder jeder von uns, in seinem Bezirk. Ich auch, weil ich sie beruflich zu vertreten habe, im Ausgleichsverfahren, ihre Ausgleichsfordernungen anzumelden, und ich sehe, welche Problematik in diesem Bereich entsteht. Und es kann überhaupt keine Entschuldigung für den „Konsum“ sein, er hat wie alle anderen Genossenschaften natürlich mit vielen Problemen zu kämpfen, und ich möchte hier die anderen Probleme der Genossenschaften, wie der landwirtschaftlichen oder anderen, gar nicht anführen. Denken wir daran, daß die Zahl der Molkereien reduziert worden ist, der ganzen Märkte des Raiffeisenverbandes und aller anderen, weil sie in Schwierigkeiten

geraten sind. (Abg. Purr: „Du mußt in der Formulierung sehr vorsichtig sein!“)

Und ich gebe allen recht, die sagen, die Großmärkte haben dazu beigetragen, daß sie im Endeffekt, lieber Kollege Purr, auch den kleinen Greißler zum Sterben gebracht haben. Aber ich sage bitte auch ganz bewußt dazu, auch die Großmärkte und Supermärkte, lieber Kollege Grillitsch, waren keine sozialdemokratische Erfindung, sondern sie haben sich, aus – wie heute schon einmal gesagt worden ist – Anfängen gebildet, wie in der „Kronenzeitung“ angeführt, die heute Milliardäre sind. Aber, meine Damen und Herren, auch diese Milliardäre werden mit der Preispolitik, die sie heute zum Teil betreiben, auch irgendwann einmal in die Probleme kommen, weil sie einfach die Zeit wahrscheinlich dazu zwingt. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir hat der Kollege Tasch eigentlich aus dem Herzen gesprochen, wie er gesagt hat, „in den Gemeinden draußen sagen wir immer ‚fahrt nicht fort, kauft im Ort!‘, denn das Angebot ist gut“. Das, was ich dann nur immer mit Bedauern feststelle, daß gerade jene Kolleginnen und Kollegen, die bei ihrem Kollegen einkaufen sollten, nämlich die Handels- und Gewerbetreibenden selber, nicht bei ihrem Kollegen Nachbarn einkaufen, sondern bei der „Metro“ in Graz. Und ich kann das sicherlich in vielen Bereichen beweisen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Denn die fahren selber, meine Damen und Herren, in den Großmarkt, kaufen dort für sich selber billig ein, und der andere Gemeindebürger, der soll im Ort kaufen. So geht das wahrscheinlich auch nicht, sondern wenn, dann müssen wir miteinander daran denken. Aber natürlich – und die Kollegin Karisch hat ja einen Teil schon davon angeführt – hat dieser Wettbewerb der Giganten auch einen großen Vorteil, der Konsument und der bewußte Einkäufer geht heute von Laden zu Laden, schreibt sich den Preis auf und kauft bestimmte Dinge dort, wo sie am billigsten sind. Nicht alle, aber doch viele schon, die sehr preisbewußt einkaufen.

Meine Damen und Herren, ich muß noch einmal auf den Kollegen Purr zurückkommen, weil er gemeint hat, die Klein- und Mittelbetriebe sind die pünktlichsten Steuerzahler. (Abg. Purr: „Ich danke dir für die Aufklärung!“) Ich sage dazu, möglich, ich weiß es nicht, weil ich es nicht nachweisen kann, er wird es besser wissen. Aber ich sage nur auch dazu, wenn alle ihre Steuern so pünktlich bezahlen bitte, ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum gibt es dann Steuerrückstände in der Höhe von 40 bis 50 Milliarden Schilling in Österreich? Also das können ja nicht nur die Großbetriebe sein, das sind sicherlich nicht die Arbeitnehmer, denen Monat für Monat am Monatsletzten sehr pünktlich ihre Steuer abgezogen wird, der kann nichts einbekennen, sondern das sind jene großen Steuerzahler, wahrscheinlich nicht die Klein- und Mittelbetriebe, aber die großen Steuerzahler, die also hier die Steuer schuldig bleiben.

Und ich sehe das auch, meine Damen und Herren, in der Frage der Konkurse. Denn bei den Konkursen sind die Forderungen der Finanzämter und der Sozialversicherungsträger meist die größten. Das heißt also, denen bleibt man die Beiträge schuldig, alle anderen versorgt man noch zum Teil. Bei all diesen Konkursen gibt es Draufzahler. Das sind in erster Linie die Arbeit-

nehmer und in zweiter Linie die Lieferanten, die entweder nur die Quote kriegen, so sie nicht schon vorher wenigstens eine Aussonderung oder Absonderung beantragt haben, und die im Endeffekt dann verzichten, damit noch ein Ausgleich durchgeht, der dann oft nur mit 20 Prozent oder im maximalen mit 40 Prozent befriedigt wird. Dort werden die Betriebe, vor allem die kleinen, gefährdet, dort fahren sie mit. Nicht nur beim „Konsum“, das ist die größte Pleite, die wir derzeit haben, das ist schon richtig. Aber bei vielen anderen vorhergehenden, man lese das letzte „Profil“, sind auch sicherlich viele mitgefahren und sind in die Schwierigkeiten gekommen. Und, meine Damen und Herren, es ist einmal so, daß wir natürlich die Problematik früher als Arbeitnehmervertreter erkannt haben. Und deshalb ist seinerzeit der ISG-Fonds geschaffen worden. Ich habe hier schon einmal erzählt, wie es mir ergangen ist mit der Firma „Maß-Moden“ und den Arbeitnehmern. Das waren damals 80 Arbeitnehmer, wie die Firma „Maß-Moden“ 1975 in Konkurs gegangen ist und das Gesetz erst rückwirkend nach dem 31. Dezember 1975 geschaffen worden ist. Da hat es Arbeitnehmer gegeben, die 60.000 und 70.000 Schilling zu bekommen hatten, und gekriegt haben sie eine Quote zwischen 3 und 7 Prozent, wie der Kollege Genaro gesagt hat: 3 und 7 Prozent! Dreimal sieben ist einundzwanzig, für 70.000 Schilling Forderung haben die 2100 Schilling bekommen. Und ich sage Ihnen, das ISG-Gesetz, dieser Fonds, ist einer der größten und besten Möglichkeiten und ein Jahrtausendgesetz, behaupte ich, gewesen, das die Forderungen der Arbeitnehmer absichert. Ich finde es als eine Verpflichtung der Arbeitgeber, daß sie dort in diesen Fonds ihren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, wenn es um die Frage der Abfertigungen geht, weil auch diese heute angeführt worden sind, so erkläre ich hier klar und deutlich, daß ich als Arbeitnehmer hochofret und zufrieden bin, daß es uns gelungen ist, in gemeinsamer Arbeit der Sozialpartner dieses Abfertigungsgesetz zu schaffen, das es für Angestellte schon lange gegeben hat im Angestelltengesetz, aber nun endlich auch für Arbeiter. Denn, meine Damen und Herren, wie kommen ein Arbeiter und ein Angestellter dazu, daß er auf seine langjährigen Forderungen, wo er Treue geleistet hat, nach 25 Jahren noch darauf verzichtet? So wie du redest, Kollege Tasch, schaut es aus, er soll noch was hineinzahlen in die Kassa. So geht es auch nicht, das sage ich dir schon. Also, das ist keine Art, mit Arbeitnehmern umzugehen und über Arbeitnehmer zu reden. Sei mir nicht böse, aber so kannst du das nicht machen, bitte. (Beifall bei der SPÖ.) Noch etwas, meine Damen und Herren. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wie man in den Wald hineinruft, so tönt es zurück!“) Lieber Kollege Vesko, ich schätze dich persönlich sehr, weil ich glaube, wir haben immer ein gutes Gesprächsverhältnis gehabt, und ich habe dich als Klubobmann geschätzt, weil ich mir gedacht habe, du hast eine große Übersicht. Nur, heute hat er etwas durchbrochen, ich glaube, das ist ihm herausgerutscht, und ich denke, er sollte sich dafür auch entschuldigen.

Denn immer nur vom Miessein der anderen zu reden, anderen immer nur eine miese Art zu unterstellen, bitte schön, sei mir nicht böse, aber klar und deutlich, ich weise diese Art der Sprache in diesem Hause

zurück, denn bisher hat sich dieses Wortes „mies“ immer nur der Kollege Tasch bedient, aber nicht alle anderen. Heute bist du leider auch in die tiefe Lade des Kollegen Tasch abgerutscht, und das tut mir leid, daß es so ist. Aber ich würde dir empfehlen, entschuldige dich (Abg. Purr: „Stimmt alles nicht!“), denn diese Art und Weise des Redens in diesem Haus hat sich keiner verdient, und so, meine Damen und Herren, sollten wir miteinander nicht umgehen, zum Wohle der Steirerinnen und Steirer, zum Wohle einer aner kennenswerten Politik und zum Wohle von uns selber, damit wir uns nicht bejammern brauchen, daß die Leute sagen, dort sitzen wirklich Leute, die nichts mehr verstehen, die sich gegenseitig nur mehr beschimpfen und die es nicht wert sind, daß wir sie wählen. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 14.51 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Letzter Redner ist der Herr Abgeordnete Purr.

Abg. Purr (14.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Kollege Vollmann!

Eines darf ich von dieser Stelle aus sagen. Die Qualifikation der Abgeordneten steht uns untereinander sicher nicht zu, die haben wir anderen zu überlassen, in erster Linie, bitte, der Bevölkerung, aber zu qualifizieren; wer gut und wer schlecht ist, ich darf bitten, von dieser Art der Beurteilung Abstand zu nehmen, Punkt eins. (Beifall bei der ÖVP.)

Punkt zwei: Was die Arbeitnehmer betrifft, darf ich mich insofern wiederholen, daß ich sage, ihnen allein gilt unser Mitgefühl, in dieser Situation zu sein. Und hier soll bitte kein Zweifel aufkommen, sonst gilt niemandem das Mitgefühl, nicht im Bereich der BAWAG, des „Konsum“ und der Gewerkschaft.

Dritter Punkt: Was die Ausführung des Kollegen Vollmann betrifft (Abg. Vollmann: „Man kann im Protokoll nachlesen, was ich gesagt habe!“), daß er nicht begreifen will, woher sich die Steuerrückstände ergeben, das kann ich mir vorstellen, weil er nicht gewöhnt ist, Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Finanzamt nachzukommen. Bekanntlich führt das Finanzamt bundesweit Betriebsprüfungen durch, die selbstverständlich immer wieder Differenzen ergeben. Es wird dann vom jeweiligen Vorstand oder Führer dieser Betriebsprüfungsgruppe anerkannt, daß man ein Stundungsansuchen einreicht, diese Stundungen werden in einem bestimmten Maße genehmigt. Bundesweit ergeben sie die Summe jener Rückstände, die heute hier vom Kollegen Vollmann zitiert wurden.

Und ein Letztes noch zum Thema Solidarität und zum Thema Insolvenzgeldabfertigungsfonds. Da darf ich wohl sagen, dazu haben sich sowohl die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgebervertreter bekannt. Sie haben ihn beschlossen aus Solidarität in dieser ersten Situation. Wir wollen aber nicht verkennen, daß dieser sogenannte Pleitenfonds mit 31. Dezember 1994 ein Defizit von 5,5 Milliarden ausweist und es auch in Zukunft gelten wird, den Verpflichtungen dort gerecht zu werden, aber nicht allein mit diesem schönen Wort, das die Sozialdemokraten so gerne brauchen, „Verlustabdeckung“, sondern mit echten Maßnahmen, um auch in Zukunft Löhne und Gehälter

aus diesem Fonds zu sichern. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.54 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

5. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1151/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gegenüber dem Landesvoranschlag 1994 (5. Bericht für das Rechnungsjahr 1994).

Es berichtet uns der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Flecker, ich bitte darum.

Abg. Dr. Flecker (14.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es handelt sich um außer- und überplanmäßige Ausgaben in der Zeit vom 5. Dezember bis 19. Dezember 1994 in Höhe von zirka 22,5 Millionen Schilling. Die Bedeckung in Höhe von zirka 21,5 Millionen Schilling erfolgte durch Ausgabenersparungen, der Rest durch Entnahmen aus der Investitionsrücklage, Bindung von Mehreinnahmen und die Aufnahme von Darlehen. Namens des Finanz-Ausschusses darf ich um Genehmigung ersuchen.

Präsident Mag. Rader: Danke schön! Es gibt keine Wortmeldung. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 6 und 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/10, zum Beschluß Nr. 683 des Steiermärkischen Landtages vom 14. Dezember 1994 über den Antrag der Abgeordneten Trampusch, Gennaro, Dr. Frizberg, Schützenhöfer, Dr. Ebner und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend den Verbleib des Bezirkes Voitsberg in der Gebietskulisse der EU-Strukturförderung, und zwar möglichst als Ziel-2-Gebiet,

erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Gennaro (14.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der genannten Sitzung wurde folgender Beschluß gefaßt: Die Steiermärkische Landesregierung wurde aufgefordert, im Interesse einer gezielten Wirtschaftsförderung dafür zu sorgen, daß der Bezirk Voitsberg in der Gebietskulisse der EU-Strukturförderung ver-

bleibt, und zwar möglichst als Ziel-2-Gebiet. Zu diesem Beschluß des Steiermärkischen Landtages wird seitens der Landesregierung folgender Sachverhalt dargelegt:

Im Rahmen von Gesprächsrunden auf Beamtenebene im November 1994 über die Abgrenzung der österreichischen Ziel-2- und -5 b-Gebiete wurde seitens der Europäischen Kommission signalisiert, daß der politische Bezirk Voitsberg aus der Sicht der zuständigen Generaldirektion XVI einer jener Bezirke wäre, die im Rahmen einer zweiten Prioritätsstufe als förderwürdiges Ziel-2-Gebiet zu berücksichtigen wäre. In der Folge forderten im Rahmen österreichinterner Gespräche Niederösterreich und Vorarlberg die Einbeziehung von Regionen in die Ziel-2-Gebietskulisse, was unter Umständen einen Verlust an steirischen Ziel-2-Gebieten bewirkt hätte.

Es gab dann einen Schriftverkehr Landeshauptmann Krainer – Bundeskanzler Vranitzky, untermauert von der Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, die die Joanneum-Research-Forschungsgesellschaft mit der Erstellung der Kurzstudie „Industrie Obersteiermark“ beauftragt hat. Mit Beschluß vom 5. Dezember 1994 hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig einen Bericht über den Stand der Fördergebietsabgrenzung im Rahmen der EU-Regionalpolitik angenommen. Am 5. Jänner dieses Jahres hat die Europäische Kommission eine Grundentscheidung über die österreichischen Ziel-2- und -5 b-Gebiete getroffen. Damit hat sie den steirischen Anliegen voll Rechnung getragen: 95 Prozent der steirischen Ziel-2-Gebietsforderungen wurden erfüllt, das heißt, die politischen Bezirke Mürzzuschlag, Bruck an der Mur, Leoben, die Gerichtsbezirke Liezen und Rottenmann sowie die politischen Bezirke Voitsberg, Judenburg und Knittelfeld können zusätzliche EU-Fördermittel für die Erneuerung der Industriestruktur in Anspruch nehmen. Lediglich eine kleine Region im Südwesten des Großraumes Graz, und zwar die Gemeinden Wundschuh, Dobl, Unterpremstätten, Zwaring-Pöls, Pirka, Kalsdorf, Werndorf, Lieboch und Zettling, wurden – erwartungsgemäß – nicht berücksichtigt.

Mit diesem Ergebnis stellt die Steiermark mehr als die Hälfte (56 Prozent) des österreichischen Ziel-2-Gebiets. Bei den Ziel-5 b-Gebieten wurden 100 Prozent der steirischen Forderungen erfüllt, womit ein Anteil von 21 Prozent der österreichischen Ziel-5 b-Gebiete auf die Steiermark entfällt. Der Hohe Landtag wolle beschließen und diesen Antrag zur Kenntnis nehmen.

Präsident Mag. Rader: Der Herr Kollege Gennaro berichtet vermutlich dasselbe auch zu Punkt 7. Ich bitte um den Bericht.

7. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/11, zum Beschluß Nr. 675 des Steiermärkischen Landtages vom 13. Dezember 1994 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Flecker, Dörflinger, Kaufmann, Korp, Schrittwieser, Schuster, Ussar und Vollmann, betreffend die Festlegung der Gebietskulisse für Ziel-2-Gebiete.

Abg. Gennaro (14.58 Uhr): Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen, nachdem er inhaltlich gleich ist wie im Punkt 6.

Präsident Mag. Rader: Danke schön. Es hat sich als erster zu Wort gemeldet der Herr Kollege Gennaro.

Abg. Gennaro (14.59 Uhr): Meine Damen und Herren!

Diese Berichte bestätigen eigentlich – und das möchte ich jetzt als Vorsitzender des Integrations-Ausschusses herausstreichen – die positive Zusammenarbeit, die wir im Ausschuß gehabt haben. Wir sind und waren immer bemüht, in all den Fragen und Problemen, die sich für die Steiermark ergeben, Konsens herbeizuführen, und das ist uns gelungen. Wir haben gewußt, daß ein EU-Beitritt nicht nur Sonnenschein bringt und daß uns die EU nicht die Probleme und Sorgen abnimmt, daß wir sie wegschieben können, sondern wir müssen vorrangig unseren eigenen Beitrag leisten, um etwas erwarten zu können. Und dieses positive Abstimmungsergebnis am 12. Juni 1994 hat ja alle unsere Erwartungen übertroffen, und daher sind wir aufgerufen, dieses Vertrauen der Menschen zu rechtfertigen, und aufgefordert, erstens alle Versprechen einzulösen und zweitens die Möglichkeiten der finanziellen Mittel von der EU in den verschiedenen Förderungstöpfen anzuzapfen und nicht unberührt an uns vorbeiziehen zu lassen. Diese Zustimmung gilt es jetzt natürlich auch, mit Leben zu erfüllen.

Und ich wundere mich – und jetzt werden wieder ein paar aufschreien –, daß eigentlich der Herr Landeshauptmann sich in all diesen Fragen sehr nobel zurückhält. Mir sind, außer daß jetzt schon 900 Einladungen für die Eröffnung unseres Steiermark-Büros in Brüssel aufliegen, noch nicht viele Aktivitäten bekannt. Wir wissen zwar noch nicht, das zustande kommt, aber ich möchte es nur aufgezeigt haben. Weil wir haben sehr viel Zeit verstreichen lassen, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir, wenn wir nicht rechtzeitig unsere regionalen Wünsche und Vorstellungen, unsere Projekte nach Brüssel tragen, wahrscheinlich hinten ankommen. Und wir reden jetzt von dem Termin Ende April, wobei wir voriges Jahr schon gesagt haben, wir müssen uns beeilen, wenn wir mit 1. Jänner 1995 der EU beitreten, müssen wir so rasch als möglich unsere Wünsche nach Brüssel abliefern. Daß das natürlich koordiniert gehört und die ganzen Bemühungen der Regionen, der Gemeinden, ihre Projekte aufzuzeigen, vorhanden sind und wir jetzt eigentlich auch Handlungsbedarf haben, indem wir raschest diese Projekte sozusagen brüsselfertig machen. Mir ist auch noch bekannt, daß zum Beispiel aus der östlichen Obersteiermark 150 Projekte bereits eingebracht sind, und die Kommission hat am 22. Februar 1995 für das Ziel-2-Gebiet die Verordnung herausgegeben, am 17. Februar bereits schon für das Ziel-5 b-Gebiet, das heißt, die Mitgliedsländer müssen innerhalb von drei Monaten ihre Projekte einbringen. Das wäre jetzt, wenn man diese Daten hernimmt, Mai, und die Kommission hat dann sechs Monate Zeit, die eingereichten Programme zu begutachten und zu genehmigen. Das heißt im Klartext, auf Grund der Fülle von Wünschen und dem benötigten Geld wäre es

sicherlich notwendig gewesen, uns ein bißchen zu beeilen, nachdem ja die Regionen und die Gemeinden auch sehr gute Vorarbeit geleistet haben. So werden wir jetzt wahrscheinlich bis Ende August oder vielleicht noch länger auf Entscheidungen warten müssen, und für uns bedeutet aber, daß diese Mittel für 1995 nicht mehr richtig zum Tragen kommen, wenn wir sie nicht abberufen können, die wir dringend brauchen. Ich glaube, daß man das aufzeigen soll, daß wir hier nicht noch länger zuwarten, sondern dementsprechend raschest handeln, weil die Arbeit – das möchte ich schon vorweg sagen – hat die Frau Landeshauptmannstellvertreter, und der verfassungsmäßig zuständige Referent, der Herr Landeshauptmann, hält sich in dieser Frage wirklich heraus. Und geschädigt sind letztendlich die Wirtschaft, die Betriebe und bitte aber auch die Gemeinden.

Und wie wichtig die Zusammenarbeit ist, die ich am Beginn meiner Ausführungen dargestellt habe, beweist uns, daß bei der Landesfinanzreferentenkonferenz bezüglich der Aufteilung der EU-Förderungsmittel ja eigentlich der Feind im eigenen Haus oder im eigenen Staat liegt. Die anderen Bundesländer haben trotz Einspruches unseres Finanzreferenten uns über den Tisch gezogen. Und wir haben dadurch 300 Millionen Schilling weniger Mittel zur Verfügung. Und wenn man diese Strukturfonds, diese Bezeichnungen, wie EFRE für europäische regionale Entwicklung – ich muß selber immer nachschauen, weil man hat so viele Begriffe von Kurzbezeichnungen, die man sich nicht merkt –, oder ob es die Garantie ist für die Landwirtschaft Ziel-5 b-Gebiet, oder ob es der Sozialfonds ist, das sind für uns eigentlich die wichtigsten Förderungsinstrumente, die wurden ja diesbezüglich eingerichtet, um die regionalen Disparitäten auszugleichen.

Und wenn die Republik auch in den vergangenen Jahren versucht hat, die regionalpolitischen Instrumente auszubauen und zu verfeinern, und gerade wir einen Umstrukturierungsprozeß in der obersteirischen Industrieregion, aber auch des Strukturwandels in den südlichen und östlichen Teilen der Steiermark haben, so müßten wir durch Einsatz der regionalen Förderungsinstrumente schneller und leichter unterstützen können. Und die hohe Zustimmung, wie ich bereits gesagt habe, sehr eindrucksvoll, hat natürlich auch Erwartungshaltungen in uns gesetzt, daß mit dem Beitritt zusätzlich auch EU-Förderungsgelder in die Region fließen und daß wir unseren wirtschaftlichen Aufholprozeß verstärken und beschleunigen können.

Und ich habe früher gesagt, wir sind über den Tisch gezogen worden. Die anderen Bundesländer sind über uns drübergefahren, und so fehlen uns für die Steiermark 300 Millionen Schilling an EU-Regionalförderungsmitteln. Das bedeutet, daß wir eine schlechtere Ausgangsvariante haben. Daher verlangt aber diese Benachteiligung gegenüber den anderen Bundesländern – und das sage ich da auch sehr offen – vom Bund eine Beteiligung für das Bundesland Steiermark, daß diese offensichtliche Benachteiligung durch dieses Abstimmungsergebnis vom Bund Einsatz für regionalpolitische Förderungen in Frage des Ausbaues Straßen-/Schienenstruktur sowie die Inangriffnahme von verschiedenen zum Beispiel Fachhochschulprojekten und dergleichen mehr, unterstützt

wird. So kann es nicht sein, daß einfach die anderen Bundesländer die Steiermark benachteiligen, und der Bund sagt „ja, sorry, tut uns leid“. Da sind wir auch alle aufgerufen, hier dementsprechend einzuschreiten.

Und ich will nicht sehr lang darüber reden, es werden ja heute noch einige Kollege reden, ich möchte aber sagen, daß gerade auf Grund dessen, was ich jetzt aufgezeigt habe und wir in den regionalen Arbeitsgruppen und die Programmgruppe, die koordiniert wird, das regionale Management, das dankenswert vom Abgeordneten Schrittwieser als Vertreter seiner Region, der östlichen Obersteiermark, sehr viel Vorarbeit geleistet hat, mit dem Bundeskanzleramt alles dies koordinieren können, daß wir rascher zu den Entscheidungen kommen. Sigi, dafür möchte ich dir wirklich danken, und ich habe mich gefreut, als gestern eine Aussprache, eine Veranstaltung in Niklasdorf war, wo alle Fraktionen teilgenommen haben, uns dieses Management auch erklärt wurde und wo ich persönlich optimistisch bin, daß, wenn wir gemeinsam alle an diesem Strang ziehen und sagen, so rasch als möglich, so viel als möglich Förderungen aus den EU-Töpfen zu kriegen, daß wir auch hier eine geschlossene Vorgangsweise haben und ein Instrumentarium finden, das diese Dinge für uns rascher dementsprechend koordiniert und realisiert.

Und abschließend, nachdem ja bekannt ist, daß der Kollege Frizberg heute seine letzte Landtagssitzung hat, darf ich mir gestatten, als Vorsitzender des Integrations-Ausschusses dir, Kollege Frizberg, herzlich zu danken für deine gute Zusammenarbeit in der Frage EU, wo wir immer, trotz manchmal auch unterschiedlicher Auffassungen, den Konsens gefunden haben. Den haben wir nicht gefunden, weil wir zwei uns gut verstehen, sondern wir haben gewußt, dahinter steht die Steiermark, dahinter stehen unsere Menschen, die wir zu vertreten haben, und ich hoffe und wünsche mir nur, daß wir auch mit dem neuen Kollegen, dem Prof. Jeglitsch, wo ich auch überzeugt bin, in der Frage EU-Politik auch dieses positive Klima und diese Zusammenarbeit haben können. Herzlichen Dank und alles Gute! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 15.08 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Am Wort ist der Herr Kollege Frizberg.

Abg. Dr. Frizberg (15.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf mich zuerst einmal für die freundlichen Worte bedanken. Es ist halt meistens so, „de mortuis nihil nisi bene“ hat es schon immer geheißten. Aber ich kann nur bestätigen, wir haben uns gut vertragen, und ich glaube, daß es auch der Steiermark gut getan hat, daß wir im Ausschuß für Europäische Integration eigentlich immer einstimmige Beschlüsse gefaßt haben und trotzdem etwas weitergebracht haben. Dankenswerterweise, weil vor allem die Vorarbeit auch in der Regierung auf sehr hervorragende Weise geleistet wurde.

Herr Kollege Gennaro, ich möchte doch zu den Inhalten, die hier angesprochen wurden, mir ein paar Bemerkungen erlauben. Zuerst eine kleine Korrektur. Es geht nicht darum, Projekte jetzt einzubringen, sondern drei Monate nach Festlegung in Brüssel

haben wir die Programme einzubringen. Die Vorarbeiten dafür, das ist auch dem Bericht zu entnehmen, wurden in vorbildlicher Weise erbracht. Und wenn ich mir anhöre, daß insbesondere die Vorarbeiten für das Ziel-2-Gebiet vor anderen Bundesländern als vorbildlich dargestellt werden, so glaube ich nicht, daß es gut tut, wenn wir im eigenen Nest dann immer sagen, was alles nicht dabei so wäre. Ich glaube, das steht uns nicht zu. Stehen wir auch zu dieser gemeinsamen Tätigkeit, und versuchen wir nicht immer wieder, durch einen Kleckser draufzulegen, es schadet uns letztendlich ja selber.

Eine zweite Geschichte: Es wurde das Regionalmanagement angesprochen, und es ist sicher richtig, daß auch in der Obersteiermark dementsprechende Bemühungen im Gange sind, auch wenn das Einvernehmen dort sehr mühsam herzustellen ist. Was ich nicht verstehe, ist für mich, daß in der Landesregierung zweimal bereits auf Antrag von Landeshauptmannstellvertreter Schachner die Einsetzung eines Regionalmanagements und die Finanzierung dafür für die Oststeiermark zurückgestellt wurde. Zuerst zurückstellen die ganze Zeit und dann sagen: „Ja, warum habts ihr das nicht rechtzeitig gemacht?“ Das ist eine Methode, die uns nicht weiterbringen kann, lassen Sie das bitte bleiben.

Eine dritte Geschichte: Es wurde angeschnitten, daß bedauerlicherweise zum ersten Mal in dieser Republik in einer Finanzreferentenkonferenz eine Abstimmung stattgefunden hat, wo die steirischen Interessen, vertreten durch Herrn Landesrat Ressel, mit acht zu eins untergegangen sind. In der Frage der Verteilung der Mittel für die 5 b-Zielregionen. Ich frage mich, ob es richtig war, es darauf ankommen zu lassen, zum ersten Mal in dieser Republik eine Abstimmung in dieser Form in Kauf zu nehmen, oder ob man nicht in dem Fall wirklich noch einmal hätte verhandeln müssen. Weil jede Nichtbeschlussfassung wäre für uns besser gewesen als jetzt damit leben zu müssen, daß die anderen acht Bundesländer auf unserem Rücken sich mehr oder weniger hier geeinigt haben.

Ich glaube trotzdem, daß insgesamt gesehen die Strukturen, die gelegt wurden für die Arbeit der EU-Regionalpolitik, gut sind, und es sind jetzt alle Abgeordneten dazu aufgerufen, in ihren Regionen ihren entsprechenden Beitrag zu liefern. Ich bin überzeugt, daß das gelingen wird in einer Art und Weise, daß wir auch wieder in einigen Jahren sagen können, die Steiermark hat ihre Möglichkeiten genutzt, so wie das in der Vorbereitung gelungen ist, wo die Steiermark ja bekanntlich in der Zuerkennung der Zielgebiete – und das ist ja der Gegenstand der heutigen Tagesordnung – eigentlich über die Maßen sich durchgesetzt hat. Ein Erfolg, den wir auch viel zu wenig nach außen verkauft haben. Ein Erfolg, den wir praktisch schon in der Scheune haben, wo es nur darum geht, jetzt auch mit den richtigen Projekten uns durchzusetzen. Und ich würde sehr dringend bitten, daß in der weiteren Arbeit auch innerhalb der Regionen endlich aufgehört wird, Milliardenprojekte in den Vordergrund zu stellen, die alle anderen kleinen und sinnvollen Arbeiten zudecken und wo man ehrlicherweise, wenn man sich mit der Materie auseinandersetzt, sagen muß, wenn nur eines dieser Milliarden-

projekte kommt, daß damit sämtliche Regionalförderungsmittel blockiert würden.

Hier bitte sagen wir den Leuten die Wahrheit. Was ist wirklich drinnen, wieviel Millionen bekommen wir überhaupt insgesamt zusätzlich durch die Europäische Union dazu, und dann müssen sich auch die einzelnen Regionen bewußt werden, in welcher Dimension können wir hier zusätzliche Leistungen für die Steiermark von der EU einfordern und steirische Projekte umsetzen. Meine Damen und Herren, der Kollege Genaro hat schon festgehalten, das ist heute meine letzte Sitzung hier in diesem Landtag, und ich möchte mir erlauben, zwei oder drei Sätze noch dazu zu sagen.

Einige Bemerkungen zur Arbeit in der Politik generell. Ich glaube, daß auch hier die Tagesordnung und auch hier der Ablauf im Plenum beweist, daß wir uns neuerdings überlegen sollten, wofür ist Politik überhaupt zuständig, und worum soll sie sich überhaupt kümmern. Diese Sucht, für alles zuständig sein zu wollen, heißt letztendlich, daß wir für nichts mehr zuständig sind. Ich glaube, hier werden wir nachdenken müssen, wenn wir auch in unserem Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit wieder an Anwert als Politiker zurückgewinnen wollen. Ich glaube, daß es nicht gut ist, zu allem und jedem uns berufen zu fühlen. Ich glaube, daß es nicht gut ist, daß wir als Land zum Beispiel zu allen möglichen Problemen immer uns zu Worte melden oder auch Entscheidungen fordern, die in allen anderen Gebietskörperschaften entschieden werden müssen, nur nicht bei uns. Wir haben genügend Probleme im eigenen Aufgabenbereich zu lösen. Ich glaube, daß wir nachdenken müssen, inwieweit wir der Arbeitsteilung zwischen Exekutive – Regierung auf der einen Seite und Legislative unserer Tätigkeit – Gesetzgebung hier im Landtag auf der anderen Seite, inwieweit wir dieser getrennten Verantwortung besser nachkommen, denn wenn wir überall uns hineinmischen in die Regierungstätigkeit, wird es dann auch sehr schwer sein, hier in der Kontrolle dieser Tätigkeit auch die Verantwortung zu fordern, wenn wir zuerst uns hineingemischt haben in die Ausführung. Ich glaube, daß das auch zu einem Abschieben der Verantwortung in kritischen Fragen führt, niemand fühlt sich dann mehr wirklich verantwortlich.

Zur Arbeit hier im Landtag selber: Es waren sehr schöne Jahre. Ich glaube, wir müssen uns aber auch in der Arbeitsweise ein bißchen wehren, auch gegen die veröffentlichte Meinung. Ich wehre mich dagegen, daß unsere Arbeit hier gemessen wird an der Anzahl der Plenartage – das ist für mich kein Kriterium, das Kriterium sind die Ergebnisse unserer Arbeit. Ich wehre mich dagegen, daß die Anzahl der Gesetze, die wir beschließen, irgendein Kriterium sein soll. Ich glaube, daß die Problemlösungen für unsere Bürger die Maxime unserer Tätigkeit sein müssen. Und ich glaube, daß wir durchaus jetzt Anlaß hätten, über die Spielregeln, unter denen unsere Tätigkeit im Landtag läuft, einmal intensiver nachzudenken. Die Spielregeln stammen aus dem 19. Jahrhundert, wenn wir es genau anschauen, und entsprechen absolut nicht mehr dem, was heute an Anforderungen an eine effiziente Arbeit an uns gestellt wird.

Zwei Beispiele: Die Ausschubarbeit. In Wahrheit ist das, was wir in den Ausschüssen machen, eine

Generalprobe auf die Debatte hier im Plenum. Wir sollten nachdenken, ob das notwendig ist oder ob wir statt vor 100 Leuten, wo man in Wahrheit nicht mehr verhandeln kann, nicht doch lieber die effektive Arbeit in den heute Parteiverhandlungen genannten Unterausschüssen leisten, dort effizient arbeiten und dann direkt ins Plenum gehen, weil vor 100 Leuten kann mir kein Mensch erzählen, daß wir wirkliche Problemlösungen erarbeiten können. Das kann nicht funktionieren! Es bedarf nur kleiner Novellen und würde unbedingt notwendig sein.

Zweitens: Die Budgetverantwortung. Ich glaube, es gibt kein Kapitel unserer Tätigkeit, wo wir so weit davon entfernt sind, der Verantwortung, wie sie im Gesetz drinnen steht, auch wirklich nachkommen zu können, wie das im Bereich der Budgetverantwortung des Landtages heute gegeben ist. Ich habe keine Illusionen, daß wir die Tätigkeit des Finanzreferenten und der Exekutive in der Erstellung eines Budgets übernehmen können. Aber ich glaube nichtsdestotrotz, daß wir zumindest in dem Maße mitgestalten sollten und auch in der Kontrollfunktion tätig sein sollten, wie das auf Bundesebene schon länger der Fall ist. Und ich habe das über siebeneinhalb Jahre auf Bundesebene miterlebt und kann mir vorstellen, daß wir zumindest auf dieses Niveau hinüberkommen, was wir auf Bundesebene schon lange haben. Ich bin überzeugt, daß es auch eine Frage der Selbstachtung dieses Landtages ist, wenn wir hier dringend notwendige Reformen auch umsetzen und damit auch dem Bild nach außen entsprechen.

Meine Damen und Herren, die elf Jahre, die ich in der Politik hier tätig sein durfte, waren für mich eine ausgesprochen schöne Aufgabe. Es war für mich immer eine Auszeichnung, mitgestalten zu dürfen. Ich danke Ihnen für die Zusammenarbeit. Ich danke insbesondere der Steirischen Volkspartei, die viel Mut bewiesen hat, einen 28jährigen in einen Nationalrat zu schicken. Insbesondere danke ich dem Landeshauptmann Josef Krainer für das Vertrauen, das ich hier auch empfinden durfte. Ich persönlich bleibe der alte, wie man so schön sagt, auch ohne politisches Mandat. Ihnen allen wünsche ich viel Erfolg und ein bißchen Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes. Ich danke Ihnen! (Allgemeiner starker Beifall. – 15:18 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Präsident Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Rader: Werter Herr Präsident, meine werten Damen und Herren!

Darf ich gleich zu Beginn auf das eingehen, was der Kollege Dr. Frizberg gesagt hat. Ich möchte auch von mir aus sagen, daß es mir sehr leid tut, daß er dieses Haus verläßt. Ich persönlich verliere in ihm einen Partner, einen inhaltlichen Partner, mit dem ich mich nicht nur in europäischen Fragen, sondern insbesondere – und ich bin sehr froh, und das ist auch symptomatisch für ihn, daß er das jetzt angeschnitten hat – in den Fragen des Selbstverständnisses des Landtages, in Budgetfragen, mich immer einer Meinung gefühlt habe. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß dieser Applaus, den wir jetzt gemeinsam gespendet haben, nicht nur auf die Person Frizberg allein zu

zentrieren ist, sondern auch auf das, was er zum Abschluß gesagt hat. Ich möchte den Ausdruck „Vermächtnis“ nicht in den Mund nehmen, weil ich davon ausgehe, du wirst nicht der Alte bleiben, sondern der Junge bleiben, wenn ich unseren Jahrgang miteinander vergleiche, und daher nehme ich an, wir werden dich früher oder später wieder in politischen Funktionen begrüßen können, ob hier, anderswo oder wo auch immer, daher soll man nicht abschließend vom Vermächtnis reden, aber ich meine, daß wir das im Gedächtnis behalten sollten, was der Kollege Frizberg im Zusammenhang mit der Budgetverantwortung des Landtages gesagt hat. Ich bin dir dankbar dafür, insbesondere deshalb, weil ich gerade in den letzten Monaten verstärkt den Eindruck gewinne, daß das, was wir als Lernprozeß vor einem guten Jahr miteinander durchgemacht haben, jetzt wieder nachzulassen beginnt. Wir haben eine Zeitlang gehabt, wo wir in Erinnerung dessen, was wir gemeinsam auch mehrfach diskutiert haben hier in diesem Haus und meist auch übereinstimmend, unabhängig von den Abstimmungsergebnissen, aber auch übereinstimmend in der Meinung diskutiert haben, daß wir uns beschränken müssen angesichts der Entwicklung, daß wir das schön langsam wieder zu vergessen beginnen und eine Inflationierung der Ansprüche erfolgt. Und in solchen Phasen, auch in den letzten Wochen, war der Kollege Frizberg – und ich danke ihm dafür – immer auch mit ein Mahner, daß wir den Gedanken des Zurücknehmens, des Sparens, des Vorsichtigseins nicht verlieren sollten. Ich wünsche mir, daß dieser Geist, der aus seiner politischen Arbeit gerade in dieser Frage hervorgegangen ist, zurückbleibt und auch hier weitergetragen wird.

Ich meine, wir sollten diese Dinge sehr, sehr ernst nehmen, weil es ist noch lange nicht das Paradies ausbrochen. Nein, im Gegenteil, durch die neuen Herausforderungen, die wir im Zusammenhang mit der Europäischen Union haben, müssen wir die wenigen Mittel, die wir haben, nicht ausweiten, sondern konzentrieren. Und konzentrieren heißt, daß wir andere Aufgabenstellungen, die wir finanzieren und die möglicherweise nicht so vordringlich sind, zurückstellen müssen.

Und, meine verehrten Damen und Herren, genau das sollte auch der Landtag in diesen Mitwirkungsmöglichkeiten, die er ja auch in europäischen Fragen hat, ausnützen. Ich glaube, ich habe den Eindruck – und auch da teile ich deine Meinung –, daß wir die Möglichkeiten, die wir uns verfassungsmäßig erstritten haben, ich gebe zu in einer gemeinsamen überraschenden Aktion, es ist ja auch schlußendlich da kein anderes Bundesland dem mehr gefolgt, nicht, weil die Entscheidung falsch war, sondern weil die Betroffenen eher aufgewacht sind und gesagt haben „um Gottes willen, laßt den Landtag nicht zuviel mitreden“, daß wir uns die Möglichkeiten, die wir uns verfassungsmäßig gegeben haben, bei weitem nicht ausschöpfen, was nicht eine noble Zurückhaltung möglicherweise ist, um ja nicht dreinzureden, sondern möglicherweise, weil verschiedene Dinge am Landtag vorbeigehen. Wir sollten über die Vorgangsweise nachdenken, wie wir das künftig handhaben. Ich glaube nämlich nicht, daß wir uns allein als Kontrollinstrument der Landesregierung sehen wollen und

sollen, sondern als Instrument, das die Landesregierung unterstützt.

Und ich habe ja relativ selten Gelegenheit und Möglichkeit und auch Bedürfnis, quasi als Unterstützer des Herrn Landeshauptmannes aufzutreten, aber ich glaube, ein bißchen vom Tonfall dessen, was der Kollege Gennaro im Zusammenhang mit den EU-politischen Aktivitäten des Landeshauptmannes gesetzt hat, ist überzeichnet, weil ich nämlich glaube, daß in diesen Fragen, die ihm wirklich zukommen, nämlich intensiv zukommen, in der Frage des Ausschusses der Regionen, die Frage der Vertretung in diesem Ausschuß und die Vorantreibung der Regionalisierung, er – und da bin ich sehr dankbar, und ich dränge immer darauf – die Dinge sehr, sehr ernst nimmt. Ich glaube, nicht jeder hätte sich der Mühe unterzogen, gestern und heute in Montpellier einem Ausschuß beizuwohnen, einem Unterausschuß des Ausschusses der Regionen, wobei es schon ein schwieriges Unterfangen ist, beim Ausschuß der Regionen teilzunehmen und dorthin zu fahren und sich das wirklich anzutun. Aber ich bin sehr froh, daß wir das wirklich tun, weil ich glaube, daß aus dieser Regionalisierung nur etwas wird, wenn wir den Ausschuß der Regionen immer mit den Spitzenleuten besetzen, daß diese tatsächlich hinfahren und daran mitarbeiten, damit vernünftige Ergebnisse aus diesen Ausschüssen herauskommen, sonst wird dieser Ausschuß nie ernstgenommen werden. Im Moment ist es noch lange nicht soweit, daß er ernstgenommen wird, insbesondere vom Parlament und von der Kommission. Wir müssen daran arbeiten, und ich halte es für sehr positiv, daß er sich der Mühe in dieser Frage unterzieht und das tatsächlich tut, und ich bin froh darüber, daß das der Fall ist.

Was die Frage der Regionalförderungen betrifft: Es hat die Aussage gegeben, wir sind da über den Tisch gezogen worden. Das Wort höre ich auch ständig von meinen eigenen Freunden, allerdings im Zusammenhang mit den Vertragsverhandlungen, will das aber nicht bewerten. Ich glaube nur, das wirkliche Problem im Zusammenhang mit den Geldmitteln, die wir – jetzt sehe ich das einmal nur steiermarkweit – lukrieren können, war, daß die Bundesregierung ohne Einbindung der Länder – und ich glaube, Kollege Frizberg hat es schon angeschnitten – vor Weihnachten entschieden hat, die Mittelverteilung der EU zwischen den zielorientierten Gebieten und den flächendeckenden Gebieten zugunsten der flächendeckenden Gebiete zu verschieben, da geht uns wahnsinnig viel Geld ab. Wir haben zwar einen irrsinnigen Sieg errungen, was die Frage der Gebietskulisse betrifft – das ist ja eigentlich das Thema der Debatte jetzt zu den beiden Tagesordnungspunkten, die wir diskutieren – wir haben ja zwar bevölkerungsmäßig nur 56 Prozent des Ziel-2-Gebietes in der Steiermark, aber flächenmäßig 90 Prozent des gesamtösterreichischen Ziel-2-Gebietes hier. Allerdings ist das dann in dem Augenblick weniger wert, wo die Geldmittel von den zielorientierten Gebieten in die flächendeckenden Gebiete, die im großen und ganzen, sagen wir es vereinfacht, vom Sozialministerium verwaltet werden, hinübergeschoben werden. Und da habe ich einen Appell, gerate an den Kollegen Gennaro, von dem ich annehme, daß er da sehr viel Einfluß hat. Wir müssen schauen, weil

diese flächendeckenden Ziele, die insbesondere den Arbeitszweig betreffen, natürlich auch für die Steiermark, wie für alle anderen Bundesländer, gelten, daß wir aus diesem flächendeckenden Topf ein Maximum auch für die Steiermark lukrieren. Das heißt, innerhalb der flächendeckenden Ziele gibt es noch immer auch bei Aufteilungsquoten, die man festgelegt hat, Spielräume, und es müßte unser gemeinsames Interesse sein – ich appelliere jetzt wirklich an die, die den besseren Zugang zu den Entscheidungsträgern in diesem Bereich haben –, hier aus diesen flächendeckenden Geldmitteln Ziel 3 und Ziel 4 sehr viel in die Steiermark hereinzubringen, damit wird das, was an Verschiebung zwischen den zielorientierten Gebieten Ziel 2 und Ziel 5b und flächendeckenden Gebieten wieder halbwegs wettmachen, meine Damen und Herren. Es ist noch nicht alles verloren, glaube ich. Wir sollten keine Krokodilstränen weinen, wir können noch sehr viel tun, aber nur, wenn wir wirklich gemeinsam arbeiten und jeder in seinem Bereich, wo er den besseren Zugang hat, mehr interveniert und schaut, daß mehr hereinkommt.

Die Frage, daß wir in den drei Monaten nach der Verordnung nur die Programme vorlegen müssen, und nicht die Projekte, das ist schon gesagt worden, also da ist noch nichts Wesentliches passiert. Allerdings, wenn wir in der Vorbereitungsphase die Projekte nicht so abstimmen, daß wir sie dann auch problemlos durchziehen können und vor allem zeitgerecht durchziehen können, dann könnte es zu Verlusten von Fördermitteln kommen. Einstweilen sehe ich dieses Problem noch nicht. Wir sollten allerdings wachsam sein und nicht vergessen, diese Dinge zu tun. In dem Augenblick, wo die Dinge dann wirklich vorliegen, werden wir ja in Brüssel mit voller Kraft erläutern und vorbereiten, wir können auch unterstützend eingreifen. Wir halten das so in Brüssel: Es gibt politische Probleme, wo das zuständige Ressort wünscht, daß wir mitwirken, dann tun wir das intensiv, und es gibt auch andere politische, nicht uninteressante Fragen, wo das zuständige Ressort es nicht wünscht, daß wir mitwirken, dann halten wir uns selbstverständlich heraus, das ist überhaupt keine Frage, ich merke das nur an. Und zwar sage ich das vorbereitend für eine allfällige künftige politische Diskussion, sofern sie auftauchen sollte in diesen Fragen, wo wir uns auf Wunsch des Ressorts heraushalten, heißt das noch lange nicht, daß wir uns nicht einschalten würden, wenn das gewünscht würde. Die Frage, daß wir uns herausgehalten haben, ist daher keine Frage der Zurückhaltung, sondern des Wunsches des zuständigen Ressorts.

Meine Damen und Herren, es hat der Kollege Gennaro auch angeschnitten die Frage, daß Einladungen verschickt worden sind für die Eröffnung. Das ist noch nicht soweit, die werden erst verschickt. Die Eröffnung ist am 25. April, nunmehr endgültig. Da gab es ein Problem mit den Republikfeiern in Wien, die am 27. gewesen wären, daher haben wir vorverlegt, und ich hoffe sehr, die Einladungen ergehen rechtzeitig, daß wir sehr viele Damen und Herren begrüßen werden dürfen und daß Sie sich selbst überzeugen können, was da draußen los ist. Und ich sage noch etwas, ich bin allen jenen Damen und Herren des Landtages dankbar, die in der Zwischenzeit das Büro bereits besucht haben. Es waren sehr viele, insbeson-

dere von der sozialdemokratischen Fraktion. Ich bedanke mich dafür, weil damit ein Überblick gefunden werden kann, was wir tun, was wir können, und auch, was wir nicht können, und ich würde mich sehr freuen, wenn wir noch in absehbarer Zeit Damen und Herren aller Fraktionen in Brüssel begrüßen werden dürfen. Wir werden gerne bereit sein, sie in allen Fragen zu unterstützen, die gewünscht werden. Danke schön! (Allgemeiner Beifall. - 15.29 Uhr.)

Präsident Dr. Klausner: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (15.30 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Auch ich möchte mich heute bei diesem Tagesordnungspunkt mit der Regionalpolitik beschäftigen, weil ich die Auffassung vertrete, daß vor allem für uns in den Regionen, in den Bezirken draußen, die Regionalpolitik von besonderer Bedeutung sein wird. Mit dem EU-Beitritt wird Österreich ab 1995 auch an der EU-Regionalpolitik teilhaben. Dieser Politikbereich zählt mit der Technologie und der Agrarpolitik zu den wichtigsten Säulen der EU derzeit. Seit 1988 hat die EU-Regionalpolitik eine starke Aufwertung und Ausweitung erfahren. Heute stellt sie bereits das wichtigste Instrument zur Annäherung des wirtschaftlichen Standards in den unterschiedlichsten Regionen Europas dar. Auch für Österreich ergeben sich aus der EU-Regionalpolitik große Chancen, gleichzeitig aber auch ein hoher Handlungsbedarf. Etwa 22 Milliarden wird Brüssel zwischen 1995 und 1999 zusätzlich zu den nationalen Mitteln für die Entwicklung von strukturschwachen Regionen Österreichs zur Verfügung stellen. Als Voraussetzung dafür wird Österreich und auch die Steiermark in vielen Bereichen der Politikentwicklung die geforderte neue Qualität von Brüssel einbringen müssen. Die EU verlangt, daß die spezifische endogene Regionalentwicklung zu einer echten Regionalprofilierung führt, also entsprechende Erneuerungskraft und Innovationskraft entwickelt. Zuletzt fordert die EU zur Aufgabe eines zu engen räumlichen Denkens auf, weil im europäischen beziehungsweise weltweiten Wettbewerb nur vernetzte, intern optimal koordinierte Regionen erfolgreich sein können und werden.

Meine Damen und Herren, damit sind Gebiete in der Größe von Bundesländern oder mehreren politischen Bezirken stärker als bisher aufgefordert, gemeinsame Strategien zu entwickeln und auch umzusetzen. Die EU ist sich bewußt, daß diese neuen Anforderungen in der Regionalpolitik neue Strukturen und neue Verhaltensweisen der betroffenen regionalen Akteure, sprich der Politik, und der Akteure der Wirtschaft erfordert. Die EU-Regionalpolitik braucht Verhaltensweisen, die durch Offenheit und Partnerschaft gekennzeichnet sind, Offenheit und Bereitschaft, über die Grenzen von Gemeinden und Bezirken hinaus zu denken.

Die Europäische Kommission schreibt 1988, als sie die Regionalpolitik eingeführt hat: „Von der Qualität der Partnerschaft hängt der Erfolg ab, da es ohne Dialog zwischen öffentlichen Stellen und den betreffenden Wirtschaftsakteuren kaum möglich ist, die Ziele einer regionalisierten Strukturpolitik in die Tat

umzusetzen.“ Zitat Ende. Viele Länder haben im Lichte der 1988 von Brüssel eingeführten neuen Regionalpolitik ihre regionalen Strukturen verändert. Erfolgreich waren jedoch nur jene Länder, die offene, flexible, netzwerkartige Strukturen in Ergänzung zu den bestehenden Institutionen aufgebaut haben. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist, daß es gelingt, die Regionen selbst, also die regionalen Akteure, aus allen Bereichen der Politik, Verwaltung, Wirtschafts- und Sozialpartner und Wirtschaft stärker als bisher in den Prozeß der Strategieentwicklung und -umsetzung einzubinden. Die Zielrichtung muß ein höheres Maß an strategischer Orientierung, an Vernetzung und an regionaler Beteiligung sein, meine Damen und Herren. Um auch alles in Österreich hier umzusetzen, ist es auch notwendig, daß Österreich Ansätze und Ansatzpunkte hat, wie man sich in Österreich überlegt, eine Regionalpolitik zu betreiben, wo die regionalen Akteure, die regionale Politik, die regionale Wirtschaft optimal eingebunden werden kann.

Die Bundesregierung hat daher eine Förderaktion für eigenständige Regionalentwicklung, kurz FAIR gesprochen, von 1995 bis 1999 beschlossen. Dies beinhaltet, daß auch der Bund für regionale Einrichtungen, die zur Verbesserung der Struktur, zur Hilfestellung, zur Umstrukturierung Förderungen in Aussicht stellt. Das bedeutet für uns, daß wir das schon oft diskutierte regionale Management in den Regionen in der Steiermark, und insbesondere spreche ich jetzt für die Region in der Obersteiermark, ein Erfordernis ist und wir auch von der EU, wie vom Bund, mit finanzieller Hilfestellung für die Einrichtung eines solchen Regionalmanagements bekommen.

Meine Damen und Herren, das regionale Management hat in erster Linie die Aufgabe - und hier gibt es lange Vorarbeiten gemeinsam mit der ÖAR -, die Betriebe, die Gemeinden, aber auch andere bei ihren Aufgaben der Vernetzung, der Umstrukturierung zu beraten. Daß eine Infrastruktur für jene zur Verfügung steht, auch für Gemeinden, die sich nicht leisten können, ein Startmarketing, einen Betriebsansiedlungsmanager und vieles andere anzustellen, sondern die auf dieses regionale Management zurückgreifen können, um ihre Aufgaben besser erfüllen zu können.

Die Obersteiermark ist die meistuntersuchte Region in Österreich. Es gibt viele gute Studien, die uns sagen, wie der Ist-Zustand ist, aber auch, wo die Entwicklung hingehen könnte. Aber es scheitert immer wieder daran, daß es keine Verantwortlichkeiten letztendlich in den Regionen gibt, die sich auch mit diesen Studien auseinandersetzen und die Erkenntnisse daraus umsetzen. Und hier, meine Damen und Herren, hätte ebenfalls eine solche Einrichtung eine große Aufgabe zu erfüllen.

Dieses regionale Management muß sicherlich eine genaue Anforderungsstruktur bekommen, die es zu diskutieren gibt. Und ich bin froh, daß nach monatelangen Diskussionen und Vorarbeiten gestern die drei im Landtag vertretenen Parteien in Niklasdorf die Frage des regionalen Managements diskutiert haben und auch grundsätzlich von der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieses Regionalmanagements überzeugt sind. Natürlich gibt es unterschiedliche Auffassungen, wie das Anforderungsprofil sein soll, wie die Struktur sein soll. Wir glauben, und ich glaube, daß das regio-

nale Management auf eine relativ großflächige Gebietskulisse gelegt werden soll, weil ja auch die Förderungsprogramme des Bundes nach Nutz-3-Ebenen ausgelegt sind. Und so sagt das Förderungsprogramm des Bundes, daß am Beginn bei der Finanzierung einer solchen Einrichtung der Bund rund eine halbe Million Schilling pro Nutz-3-Gebiet zur Verfügung stellt. Und wir haben in der Diskussion von der Einrichtung für die östliche Obersteiermark bis zu den Ziel-2-Gebieten, aber auch über die gesamte Obersteiermark alle Varianten durchdiskutiert und sind letztendlich zur Auffassung gelangt, auf Grund der Zweckmäßigkeit, auf Grund, daß mehrere Mittel, wenn man sie über die ganze Obersteiermark legt, zur Verfügung sind, daß man diese große Gebietskulisse für ein solches Regionalmanagement wählen soll. Wählen auch deshalb, weil ich glaube, wenn wir mehrere Einrichtungen in einer Region schaffen, daß es so ist wie bisher, daß sich ein Bezirk oder eine Region oder eine regionale Arbeitsgruppe konkurrenziert, jeder will der Bessere sein, wir brauchen mehr Infrastruktureinrichtungen, daß diese Einrichtungen auch arbeiten können, was viel Geld kostet. Ich glaube, wir sollen bei unserem Bestreben Konkurrenzdenken in den Regionen ausschalten. Wir sollten wirklich hier versuchen, daß die Dinge hier zusammenlaufen und auch koordiniert werden, und nicht ein Konkurrenzunternehmen von einem Bezirk oder von einer Region in die andere schaffen, meine Damen und Herren.

Ich bin auch deshalb davon überzeugt, weil ich glaube, daß es nicht das Problem sein kann, daß ich auf der einen Seite in der Obersteiermark sehr viel Ziel-2-Gebiete habe, die einen Einwohnergleichwert von rund 300.000 haben, die Obersteiermark 380, und es gibt dann noch die 5b-Kulisse, die ebenfalls Überlegungen anstellt, ob es nicht besser wäre, die 5b-Kulisse mit einem eigenen Regionalmanagement zu versehen. Meine Damen und Herren, ich glaube, wenn wir mit dem gemeinsamen Wollen – und das ist durchaus sichtbar – an die Aufgabe herangehen, dann muß es auch eine Unterstützung und ein Instrumentarium natürlich für die 5b-Gebiete werden, indem man, wenn man die Experten für diese Aufgaben auswählt, darauf achtet, daß auch Experten mit dabei sind, die sich speziell in der Frage des ländlichen Raumes der 5b-Gebiete, aber auch des Tourismus besonders auskennen und an diese Aufgabe besonders gut herangehen können, dann ersparen wir uns eine zweite Infrastruktur, die uns auch Mittel wegnimmt für weitere Initiativen in unserer Region. Und ich bin froh darüber, daß wir gestern eine Arbeitsgruppe gebildet haben, die bis Ende Mai, so glaube ich und so hoffe ich, das Anforderungsprofil einer solchen Einrichtung diskutiert hat, festgelegt hat, gemeinsam mit der Hilfestellung der ÖAR, aber gemeinsam auch diskutiert hat, welche Struktur dieses Regionalmanagement haben sollte.

Ich glaube, in der Regionalpolitik – das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den ich hier abschließend anführen möchte – muß es gelingen, auch bei der Frage des Regionalmanagements politisch außer Streit zu stellen. Wir haben bisher in der Obersteiermark die Bundesbeauftragten gehabt, da hat einer gesagt, das ist die rote Partie, und hat es blockiert, wir haben auf der anderen Seite den Herrn Krobath gehabt, der bei

einem ÖVP-Abgeordneten im Büro gesessen ist und für die Obersteiermark zuständig war, ist natürlich gescheitert. Und wenn es uns nicht gelingt – und um das ersuche ich –, bei dieser wichtigen Aufgabe der Regionalpolitik, des Regionalmanagements, politisch die Sachen außer Streit zu stellen, ist auch diese Einrichtung von der ersten Minute an zum Scheitern verurteilt, weil ja damit auch gewährleistet ist, daß jene, die dann dagegen sind, diese Einrichtung ja nicht annehmen, diese blockieren und es dann keine Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen Wissensbasis, zwischen Politik und Wirtschaft gibt. Und das müssen wir, meine Damen und Herren, verhindern. Und ich bin zuversichtlich, weil ich auch durch die Gespräche mit der Frau Landeshauptmannstellvertreterin, aber auch mit Landesrat Ressel und anderen, die Überzeugung gewonnen habe, daß auch das Land Steiermark für dieses Regionalmanagement die erforderlichen Mittel bereitstellen wird, und wenn wir dann die Mittel vom Bund, vom Land, von der Region natürlich – die Gemeinden müssen in dieser Frage eine bedeutende Rolle spielen, weil Voraussetzung der Finanzierung ist, vom Bund wie vom Land, aber auch vor allem von der EU, daß die Region selbst ein Drittel der nationalen Mittel mitfinanziert. Das heißt, wenn ich jetzt von 30 oder 15 Millionen Schilling spreche, dann sind – das ist jetzt nur ein Beispiel und keine Summe, die wir dort benötigen – wenn der Bund 5 Millionen zur Verfügung stellt, muß das Land und die Region ebenfalls das zur Verfügung stellen, und was erfreulich ist, würde ich sagen: für die Einrichtung, die ja nur bis Ende 1999 vorerst installiert werden soll, die EU 50 Prozent der Kosten übernimmt. Wir sollten diese Chance nicht vorbeigehen lassen und hier mit viel Kooperationsbereitschaft an die Arbeit gehen und eine gute Sache im Sinne unserer Region, unserer Betriebe, aber vor allem unserer Gemeinden umsetzen. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.46 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster Redner Herr Prof. Jeglitsch.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (15.46 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Der lange Weg von meinem Sitz bis hierher konfrontiert mich immer mit sympathischen Fragen von Kollegen, für die ich völlig aufgeschlossen bin. Die letzte Frage war, angstvoll gestellt vom letzten Abgeordneten in der Bank: „Wird's lang?“ Ich konnte ihn beruhigen, es wird nicht lang. Wie meine Reden im allgemeinen eher kürzer, aber vielleicht – und so bemühe ich mich – inhaltsreicher sind.

Mit der Festlegung der Gebietskulisse ist zweifelsohne ein wesentlicher Schritt im Sinne der Steiermark erfolgt, aber ich teile durchaus die Meinungen, die geäußert worden sind, daß wir noch viele Hürden zu nehmen haben werden. Eine Hürde, und hier bewegt sich die Diskussion der letzten Tage, und auch der gestrige Tag war von dieser Diskussion bestimmt, ist die Frage der Einrichtung eines Regionalmanagements. Die EU-Regionalförderung ist ja so ausgerichtet, daß nicht lokale, sondern regionale Interessen zu vertreten sind. Das heißt, es ist die Notwendigkeit einer Mehrjährigkeit der Programmplanung anzupprechen, die Stimmigkeit von Problemlagen, die

Beteiligung der regionalen Akteure, aber auch ganz besonders die Frage der Umsetzbarkeit. Zu schaffen sind also, wie immer sie auch organisatorisch gestaltet werden, regionale Organisationsstrukturen, die aus meiner Sicht eine wesentliche technische Hilfestellung bei der Abwicklung von regionalen Projekten gewährleisten sollen. Wie wichtig diese Frage der EU selbst ist, ist daran zu erkennen, daß die EU aus den drei Töpfen beträchtliche Mittel dafür zur Verfügung stellt, aus EFRE 5 bis 7 Prozent der Mittel dieses Topfes, aus dem Sozialfonds bis 5 Prozent und aus dem Agrarfonds ebenfalls 5 Prozent. Nachdem diese Mittel nur angesprochen werden können als Kofinanzierungsmittel, also wenn Bund, Land, Gemeinden und die Region mit beitragen, führt wohl kein Weg vorbei festzuhalten, daß hier Bund, Land und Gemeinden finanziell gefordert sind. Das Bundeskanzleramt hat einen ersten Schritt mit der Einrichtung der Förderungsaktion für eigenständige Regionalentwicklung gesetzt. Mit 10 Millionen Schilling pro Jahr, wobei 500.000 Schilling pro Jahr und Nutzebene vorgesehen sind. Wo man allerdings anfügen muß, daß dieser Betrag fallend geplant ist, das heißt, der Betrag von 500.000 Schilling – so der Vorschlag des Bundeskanzleramtes – soll bis zum Jahr 1999 auf 350.000 Schilling abgesenkt werden. Wenn das Land den gleichen Betrag zur Verfügung stellt, bedeutet das, daß die Gemeinden über die Laufzeit bis 1999 einen steigenden Finanzierungsanteil zu tragen haben werden.

Und ich stimme mit dem Kollegen Flecker überein, daß die Notwendigkeit gegeben sein wird – und die sollten wir bald ergreifen –, mit dem Bundeskanzleramt in ein Gespräch darüber einzutreten, weil ich die Meinung vertrete, daß das kein gutes Bild aus der Sicht der Regionen und der Gemeinden ist. Was sind nun die Voraussetzungen für ein Regionalmanagement? In einem Papier des Bundeskanzleramtes werden einige Bedingungen angeführt, etwa parteipolitische Neutralität, qualifizierte Personen mit regionaler Akzeptanz, eine ausreichende Größe des Verbandsgebietes, etwa auf der Nutzebene, eine intensive regionale Verbundenheit. Und wenn ich die weitere Bedingung, daß ein Regionalmanagement politisch außer Streit zu stellen ist, mit Nachdruck unterstützte, dann tue ich das aus zweierlei Gründen. Einerseits, weil ich sie sachlich für richtig halte, andererseits, weil sie einer politischen Notwendigkeit entspricht. Wenn Sie nicht den Konsens finden, wenn Sie das Konzept eines Regionalmanagements nicht außer Streit stellen können, finden Sie nicht die entsprechenden finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten, die das Konzept tragen.

Der gestrige Tag in Niklasdorf war in der Diskussion geprägt von der Frage der Aufgabenstruktur eines Regionalmanagements. Ich habe darauf hingewiesen, daß aus meiner Sicht das Regionalmanagement – und das ist nicht ganz deckungsgleich mit der Diskussionsgrundlage der ÖAR-Studie – wohl die Aufgabe einer Hebamme haben sollte, aber nicht die einer übergeordneten Instanz. Ich beziehe mich auf eine Diskussionsgrundlage des Bundeskanzleramtes vom 20. Februar 1995, wo etwa ausgeführt wird: „Die Hauptaufgabe des Regionalmanagements soll die Informationsbeschaffung und der Informationstransfer,

sowohl regionsintern als auch regionsextern, sein.“ Das heißt, das Regionalmanagement hat Informationen über innovative Projektansätze, neue regionale Entwicklungsansätze in anderen Regionen, Förderungsmöglichkeiten, sonstige relevante Regionalpolitik von Land und Bund, Spezialberatungsmöglichkeiten und so weiter zu beschaffen und zu verbreiten. Ein wesentlicher Aspekt ist also der, Informationen aufzubereiten und weiterzugeben.

Ebenso wichtig, so steht es in diesem Diskussionspapier, ist die Vertretung der Region nach außen. Das bedeutet für das Regionalmanagement Kontaktvermittlung und Unterstützung der Anliegen der Region, etwa bei den Förderstellen, bei Infrastrukturinvestitionen, bei ansiedelungwerbenden Betrieben beziehungsweise ansiedelungsvermittelnden Institutionen. Für die Arbeit in der Region muß es dem Regionalmanager gelingen, die gemeinsamen Strategien effektiv in der Umsetzung zu unterstützen, sei es durch Vertiefung der Kontakte und Informationsflüsse zwischen den einzelnen regionalen Akteuren, im Falle von Konflikten vermittelnd einzugreifen, konsensfähige Vorschläge zu erarbeiten, Überzeugungsarbeit zu leisten und so weiter. Angeführt wird in diesem Aufgabenkatalog auch die Erstberatung von Projektideen und Projekten in der Region im Hinblick auf die inhaltliche Eignung für die Region, auf die Förderungsmöglichkeiten, auf eine zweckmäßige regionale Vernetzung.

Was sind nicht die Aufgaben des Regionalmanagements? Ich zitierte die Diskussionsgrundlage des Bundeskanzleramtes vom 20. Februar 1995. Nicht Aufgaben sind – so steht es – eine verdichtete Fachberatung, operative Verantwortung für Umsetzungsmaßnahmen, politische Vertretung der Region nach außen, Parteinahme für eine regionale Interessengruppe, Konkurrenz für demokratisch legitimierte oder staatlich beauftragte Entscheidungsorgane. Auch hier hat es mit dem Kollegen Flecker, glaube ich, eine sehr ähnliche Sicht der Dinge gegeben. Daß in politischen Entscheidungsfragen, auch in Fragen der Strategie einer Region, natürlich ein wesentliches Gestaltungselement in der Region selbst zu bleiben hat, steht außer Frage, aber das kann wohl nicht beim Regionalmanagement angesiedelt sein; das Regionalmanagement hat in erster Linie helfende Aufgaben zu erfüllen.

Und ich darf zum Regionalmanagement noch eine Überlegung äußern. Wenn sich nach der Laufdauer bis 1999 die Gebietskulisse ändert, ändern sich auch die Förderungsmittel von Bund, Land, den Regionen und auch von der EU. Je größer ein Regionalmanagement eingerichtet wird, umso schwieriger wird dann die Frage sein, wie kann man ein Regionalmanagement, wenn die Gebietskulisse kleiner geworden ist, in seiner Größe erhalten, wer finanziert es, wie kann es reduziert werden?

Für das Regionalmanagement – und ich komme jetzt zur Gebietskulisse – ist aus meiner Sicht von wesentlicher Bedeutung, daß sich jene Gebiete, die durch das Regionalmanagement vertreten sein sollen, in der Projektabwicklung, in der technischen Hilfestellung, sich aus freien Stücken und aus Überzeugung zu diesem Regionalmanagement bekennen. Sonst wird es sehr bald einzelne Bezirke oder Teile von Regionen geben, die die Frage stellen, was habe ich davon, was verbind-

det mich mit diesem Regionalmanagement? Das ist eine große Gefährdung jenes Konsenses, den ich brauche, um ein Regionalmanagement aufzubauen und zu erhalten. Um keine Zweifel aufkommen zu lassen, ich habe mich gestern positiv, sehr positiv und konstruktiv für die Errichtung eines Regionalmanagements in der Obersteiermark ausgesprochen. Ich meine dazu, daß man schnell und ohne Verzug zwei Aufgaben zu erfüllen hat: In Konsensgesprächen die Gebietsgröße zu finden und sich in Konsensgesprächen über den Aufgabenkatalog im klaren zu werden!

Man könnte nun die Zeitfrage stellen. Ist die Steiermark auf der Zeitachse richtig unterwegs, was den Aufbau von solchen organisatorischen Strukturen betrifft, wie sie auch die EU verlangt, und das ist nicht nur das Regionalmanagement, es gibt andere organisatorische Strukturen, die diese Aufgaben erfüllen können. Liegt man noch im Zeitplan, wenn ich die Steiermark mit den anderen Bundesländern vergleiche oder nicht? Es hat am 25. Jänner 1995 im Bundeskanzleramt ein Gespräch mit allen Bundesländern gegeben, und wenn Sie das Protokoll lesen - ich will es eingedenk des Hinweises vom Kollegen Chibidziura nicht, aber ich könnte es im Detail ausführen -, weder Niederösterreich, Tirol, Kärnten, Burgenland, Oberösterreich noch Salzburg sind so weit oder gar weiter wie die Steiermark in den Vorbereitungen. Wir können uns mit den anderen Bundesländern, was die Frage des Aufbaues von solchen Strukturen anlangt, durchaus messen. Ich stehe gar nicht an zu sagen, daß der Kollege Schrittwieser der Motor war, daß es für die Obersteiermark bereits Konzepte und vernünftige Diskussionsgrundlagen gibt. Aber ich meine auch, und das meine ich aus Überzeugung, wenn Parteipolitik aus diesen Bemühungen auszuklammern ist, dann sind Beschlüsse für die Errichtung weiterer regionaler Strukturen oder eines weiteren Regionalmanagements voranzutreiben und zu genehmigen, ohne darauf zu schielen, wie sich in einem anderen Sektor, wo ohnedies eine grundsätzliche positive Einstellung gegeben ist, die Situation entwickelt.

Ich weiß, daß ich kein leichtes Erbe antrete. Kollege Frizberg war immer nicht nur sachlich exzellent informiert, sondern hat wohl auch in einer viel engagierteren und aktiveren Form seine Anliegen vorgetragen. Wenn ich einmal in einer ähnlichen Situation bin wie heute er, dann ist wahrscheinlich der Hinweis auf ein Vermächtnis richtiger, bin ich doch um vieles älter als er. Aber ich biete eine konstruktive - und ich werde mich bemühen -, von sachlichen Kenntnissen getragene Zusammenarbeit an, um vor uns stehende Aufgaben für die gesamte Steiermark zu lösen. (Allgemeiner Beifall. - 16.00 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

Abg. Dr. Flecker (16.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Prof. Jeglitsch hat gerade eine Sitzung und Zusammenkunft zitiert in seiner Rede, an der der größte Teil der Anwesenden in diesem Haus nicht teilgenommen hat. Vielleicht ist auch notwendig, etwas

näher aus den Auseinandersetzungen und Überlegungen, die da gestern in Niklasdorf zutage gekommen sind, Bericht zu erstatten. Ich will aber, bevor ich auf die Frage des Regionalmanagements eingehe, eine Bemerkung zu dem sagen, was der Präsident Rader bezüglich des Ausschusses der Regionen gemeint hat. Ludwig, ich bin durchaus mit dir völlig einer Meinung, daß der Ausschuß der Regionen von uns wahrzunehmen ist, ob mit Mühen oder weniger Mühen, die das einem bereitet, ist sekundär.

Ich glaube aber durchaus, daß es nicht von vornherein eine Aufgabe der Exekutive sein muß, diesen Ausschuß der Regionen für die Steiermark zu bestreiten. Ich glaube, daß man sich sehr wohl Gedanken darüber machen muß, ob man nicht durch die Legislative ebenfalls von Fall zu Fall durch andere Vertreter hier jemanden hineinschickt, wie ich überhaupt meine, daß es schon richtig ist, daß der Landtag durch ein Verfassungsgesetz in der EU-Frage in der Steiermark ein erhöhtes Mitspracherecht hat. Aber ich glaube auch - und das ist das Anliegen, glaube ich, einiger Länder -, daß der Ausschuß der Regionen nicht eine Angelegenheit der Plauderstunde von Landeshauptleuten oder Ministerpräsidenten von Bundesländern aus Deutschland oder aus Österreich sein soll, sondern daß dort sehr wohl auch die Legislative einzubinden sein wird. (Abg. Tasch: „Parteipolitische Spielereien!“) Ich gehe deswegen nicht auf deinen Zwischenruf ein, weil ich glaube, wir sollten durchaus ernsthaft bleiben. (Abg. Tasch: „Ernsthaft ist das nicht! Wenn du hier jedesmal einen anschüttest, dann möchte ich wissen, ob das ernsthaft ist!“) Kurt, wenn du Bedürfnisse zum Plaudern hast, ich stehe dir draußen dann zur Verfügung. Aber vielleicht tun wir uns hier auf das beschränken, was für diesen Tagesordnungspunkt von Interesse ist, nicht für deine Lust, jetzt Einwürfe zu machen.

Herr Kollege Jeglitsch, ich glaube, daß es einfach absolute Notwendigkeit ist, daß dieses regionale Management hier in dieser Steiermark Platz greift. Ich glaube auch und bin der vollen Überzeugung, daß wir in Wirklichkeit zum Status, als wir die Programmgruppen auf regionaler Ebene festgelegt haben, dieses regionale Management schon haben sollten. Ich kreide das jetzt nicht als Versäumnis an, sondern ich stelle es fest. Denn wie schaut es denn aus? Ich spreche jetzt aus der leidvollen Erfahrung, die der Kollege Kurt Tasch, der also doch auch einen Bezug zu den Fragen hat, und ich in Liezen gehabt haben. Wir haben dort plötzlich die Konfrontation mit der Situation gehabt bitte, daß wir in Wirklichkeit keinerlei Vorarbeiten aus der Region für eine Projektauflistung, für eine Projektfindung, gehabt haben. Wir sind vor nichts gestanden, keine Vorarbeiten, keine Projekte, über die wir reden können, keine Schwerpunkte, die wir zu diskutieren hatten, und sind dann auf die Idee gekommen, ein außenstehendes Zivilingenieurbüro einzuschalten, um einmal zu einer Projektauflistung zu kommen, wie sie im Bezirk Liezen gegeben ist. Und genau das wäre in Wirklichkeit schon die Arbeit eines regionalen Managements gewesen, das draußen eruiert, was an Projekten überhaupt da ist, wo für Projekte bereite Projektträger da sind. All das ist vorher nicht geschehen, wir haben ja nicht mehr sehr viel Zeit, und all das mußten wir jetzt behelfsmäßig durch eine Auftragsvergabe

nach außen sicherstellen, wobei ich mich jetzt schon dafür bedanke, daß von seiten des Europa-referates hier die Bereitschaft besteht, uns eine Finanzierung zuzusagen. Weil das ist ja auch ein Nachteil dieser Programmgruppen – müssen wir auch ehrlich zugeben –, daß wir da draußen diskutieren, Schwerpunkte festlegen, Arbeiten leisten sollen und keinen Groschen Budget haben, in Wirklichkeit ideelle Arbeit leisten, keinen Apparat haben und kein Geld haben. In letzter Konsequenz sind wir wieder von der Landesregierung abhängig, was sie uns an Geld für unsere Arbeit gibt. In diesem Fall hat es Gott sei Dank funktioniert. Das zu dem, daß ich meine, daß es dringend notwendig ist, daß wir es einmal einsetzen.

Zum Zweiten. Ich meine – und da hat sich sicher der Bund etwas gedacht, daß man die Nutz-3-Ebene wohl als Mindestebene für eine Einheit sieht. Ich glaube kaum, daß es sinnvoll ist, in einer Zeit, wo man in Europa zusammenrückt, wo man konzentriert, vielleicht bei uns noch im Sinne politischer, ja parteipolitischer Strategiefelder unter Umständen unterhalb der Nutz-3-Ebene Bezirke oder Regionen teilt mit dem meiner Ansicht nach vordergründigen Argument der verschiedenen Ausweisung zwischen Ziel 2 und zwischen Ziel 5b, nur um in Wirklichkeit sozusagen den ÖVP-Teil eines Bezirkes in einer Hand zu haben und in der anderen Hand den SPÖ-Teil.

Ich glaube, wenn wir uns dazu bekennen, Herr Prof. Jeglitsch, und da bitte ich wirklich um Ihre Mitarbeit, daß wir diese Sache gemeinsam bekennen, wenn wir uns dazu bekennen, daß wir die parteipolitischen Gefahren hier überwinden, dann halten wir uns doch bitte an das, was die Fachleute sagen, dann halten wir uns an das, was wir in sämtlichen Förderungsrichtlinien vorgegeben bekommen, und dann halten wir uns an das, was von der EU herkommt, nämlich die Mindesteinheit einer Nutz-3-Ebene nicht zu unterbrechen. Ich glaube, das sollte für uns in dieser Obersteiermark-Frage eine Selbstverständlichkeit sein, und es wird in Wirklichkeit die Frage sein, wie sehr wir uns ohne Prestige zusammenfinden, um in einem einheitlichen Regionalmanagement dafür Sorge zu tragen, daß genauso der landwirtschaftlich dominierte Teil in der Obersteiermark seinen Fachmann hat wie der industrielle Schwerpunkt in diesem Bereich. Nur, es ist ja kein Unterschied meines Erachtens, ob ich einen landwirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich des oberen Ennstales, wo ich mich mit Tourismus und Landwirtschaft beschäftige, diskutierte und mich dort damit beschäftige oder ob sich das gleiche im Bereich des unteren Ennstales, Sankt Gallen-Altenmarkt und dergleichen, abspielt, wo wir die ganz, ganz gleiche Struktur haben, wo wir aber die Arrondierung eines Ziel-2-Gebietes haben.

In Wirklichkeit sind die Unterschiede, meine Damen und Herren, zwischen Ziel 2 und zwischen Ziel 5b so gering, daß sie argumentativ überhaupt nicht ins Gewicht fallen, und wenn Sie sich die EDPP's anschauen, und wir werden morgen wieder eine Programmgruppensitzung haben, wenn Sie sich die EDPP's anschauen für Ziel 2 und für Ziel 5b, dann werden Sie erkennen, daß das Überschriften sind, die sich kaum unterscheiden. Also daran ein unterschiedliches Management und unterschiedliche Einheiten und Kleinheiten herauszuargumentieren, ist meiner

Ansicht nach nicht gerechtfertigt. Ich meine daher, daß die Politik in Wirklichkeit die Einheitlichkeit fordern sollte, auch aus ökonomischen Gründen, und ganz in Ihrem Sinne das Schielen auf parteipolitische Vorzugsfelder doch nicht machen sollte. Ich meine zur Frage der Funktion des regionalen Managements, als Hebamme, daß sie darüber hinaus geht, ich habe gesagt, bis zur Krabbelstube kann es gehen, und ich bin völlig Ihrer Meinung, und Sie haben das gesagt, in der Frage, daß dieses Regionalmanagement nicht übergeordnete Instanz sein kann.

Nur, mit einem werden wir halt permanent konfrontiert sein. Die EU geht von der Region offenbar als politische Einheit oder von einer demokratiepolitischen Legitimation für die Region aus. Und das ist es, was wir in Wirklichkeit nicht haben. Wir basteln am ehesten auf Basis der Sozialpartnerebene irgendein quasi politisches, ein quasi demokratisches Gremium zusammen, das planerische Vorstellungen diskutieren soll, aber eine demokratisch-politische Legitimation kann diesem Gremium nicht zukommen. Da müßten wir über ein Regionalparlament und dergleichen verfügen. Das heißt, daß wir schon aus diesem Grund allein in keiner Weise eine politische Vertretung nach außen oder eine Entscheidungsträgerschaft diesem Regionalmanagement zubilligen können. Im Gegenteil, die haben die Aufgabe, die politische Entscheidungsträgerschaft zu unterstützen, und die haben die Aufgabe, alle Offensivkräfte in der Region zu beraten und ihnen sozusagen bei der Umsetzung der Ideen beizustehen. Ich glaube, daß es sehr notwendig ist, daß wir auch hier im Haus sehr offen und sehr ehrlich sagen müssen, daß wir die Frage der Parteipolitik, nämlich Lineale zu ziehen, dort, wo etwas vorwiegend ÖVP ist, und dort, wo etwas vorwiegend SPÖ ist, daß wir auf diese Strategien der politischen Vorzugsfelder verzichten, daß wir uns auf vernünftige Einheiten verstehen, und dort, wo wir diese Einheiten haben, zu vernünftigen arbeitsfähigen Planungsgremien kommen. Und nur, wenn wir uns gegenseitig so weit durchringen, daß wir uns nicht mit dem Mißtrauen des Unterstellens der parteipolitischen Agitation gegenseitig begegnen, nur wenn wir das nicht tun, können wir zu vernünftigen Lösungen kommen. Und die vernünftigen Lösungen liegen eben auf einer Ebene, wie sie die Obersteiermark bei der Frage, die wir gestern diskutiert haben, wie sie bei der Obersteiermark im gesamten liegt. Die Frage, wie man Schwerpunktbereiche innerhalb der Obersteiermark speziell betreut, das kann doch wohl eine Angelegenheit der Verhandlungen sein, die wir vernünftig abhandeln können. In dem Sinn, glaube ich, können wir gemeinsam, ohne Prestige, zu einem Ergebnis kommen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zach. Ich erteile es ihr.

Abg. Zach (16.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet, weil es hier um den Verbleib des Bezirkes Voitsberg, also meines Bezirkes, in der Gebietskulisse der EU-Strukturförderung, und zwar Ziel-2-Gebiet, geht. Erlauben Sie mir, etwas auf meinen Bezirk einzu-

gehen. Der Bezirk umfaßt 25 Gemeinden, die vier Kleinregionen zugeordnet sind. Die Gemeinden Bärnbach, Voitsberg und Köflach sind Arbeitszentren; 70 Prozent aller Arbeitsplätze befinden sich hier. Dieser Raum ist stark geprägt vom Kohlenbergbau. Steigende Abwanderungen, sinkende Geburtenzahlen und der große Anstieg der Bevölkerung über 60 Jahren. Der Bezirk Voitsberg hat eine ganz große industrielle Tradition, die seit dem 19. Jahrhundert von zwei Wirtschaftszweigen dominiert wurde. Einerseits vom Bergbau und andererseits von der Glasindustrie. Große Unternehmen haben sich in den sechziger und siebziger Jahren angesiedelt. Um nur einige zu nennen, Firma Holz-Her, Firma Sebring, Juniorwerke. Und in dieser Zeit ging es mit der wirtschaftlichen Entwicklung aufwärts. 1975 kam es zum Konkurs der Juniorwerke. Durch Strukturprobleme gingen in der Region 700 Arbeitsplätze verloren. Durch die Schließung von Bergbaugebieten kam es zu weiterem Abbau von Arbeitsplätzen. 1983 wurde die Glasfabrik Voitsberg geschlossen, und 1991 gingen bei der Firma Bauer viele Arbeitsplätze verloren. Viele Mitarbeiter wurden durch die Bauer-Arbeitsstiftung betreut und aufgefangen. Die Maschinenfabrik Purbach und die Bekleidungsfirma Irdinger sperrten zu. Viele Frauenarbeitsplätze gingen damals verloren, und wiederum wurden die Arbeitnehmer von der Purbach-Stiftung und Irdinger-Stiftung aufgefangen und betreut. Es ist sehr gut, daß es diese Stiftungen gibt.

Es gab aber auch Lichtblicke. Die Landesausstellung „Glas und Kohle“, die Firma Techno-Glas. Die GKB setzte nach der Schließung von Kohlengruben auf neue Märkte, wie den Freizeitbereich, Freizeitpark Piberstein, Schießanlage Zanktal. Die GKB und die Glasindustrie waren über viele Jahrzehnte die großen Arbeitgeber in der Region, und der Bezirk Voitsberg wird heute noch zu den alten Industriegebieten der Steiermark gezählt und ähnelt der obersteirischen Region. 2800 Personen sind derzeit noch in der Land- und Forstwirtschaft tätig. Zwei Drittel Bergbauernhöfe haben wir, und ein Drittel Höfe werden im Nebenerwerb geführt. Eine Studie über die Beschäftigungsentwicklung unseres Bezirkes hat gezeigt, daß von 1950 bis 1973 von 5500 Arbeitnehmern im Kohlenbergbau 1973 nur mehr 700 übriggeblieben sind; 1970 von 2300 Arbeitnehmern in der Glasfabrik 1995 auch nur 700 Arbeitnehmer. Auch in der Landwirtschaft sind nahezu alle Arbeitsplätze verlorengegangen. Dadurch wurden auch andere Wirtschaftsbereiche in Mitleidenschaft gezogen, besonders der Handel, denn die Kaufkraft ging verloren. Unser Bezirk ist also geprägt von einer hohen Arbeitslosigkeit und Mangel an Fachkräften.

Große Hoffnungen setzt man vor allem auf die Entwicklung des Tourismus. Und hier ist eine regionale Zusammenarbeit unbedingt notwendig. Wir haben die Hundertwasser-Kirche in Bärnbach. Wir haben einen guten Tagestourismus. Wir haben die schönen Rucksackdörfer, und wir haben die Lipizzaner in Piber. Und wir haben hier eine ganz große Sorge. Auf Grund des Sparpaketes in der Bundesregierung kam es hier zu Arbeitszeitverkürzungen bei den Angestellten, und die Folge ist, am Wochenende gibt es kaum noch Führungen. Dies hat wiederum eine katastrophale Auswirkung auf den Tourismus. Und ich möchte Sie

bitten, hier wirklich alles zu unternehmen, um hier gemeinsam eine Lösung zu finden.

Meine Damen und Herren, vielleicht verstehen Sie jetzt, warum es für uns so wichtig war, in dieses Förderungsgebiet hineinzukommen, um aus einer Krisenregion eine Chancenregion zu machen und den vielen Menschen draußen in unserem Bezirk zu helfen. Jetzt liegt es an uns, die Chancen zu nützen und gemeinsam Programme mit förderungswürdigen Projekten zu erstellen für unsere Region, für unsere Heimat. Und viel persönliche Erfahrung, viele Ideen, viele Wünsche werden hier deponiert sein und natürlich auch sehr viel Erwartung. Jeder hofft, aus dem Topf der Förderungsgelder etwas zu bekommen. Und ich danke hier unserem Landeshauptmann, und ich danke hier unserer Landeshauptmannstellvertreterin für all die Bemühungen in unzähligen Verhandlungen. Und, lieber Herr Kollege Gennaro, er ist leider nicht hier, es tut mir wirklich sehr, sehr weh, es ist Ihre Meinung, wenn Sie sagen, daß wenn Landeshauptmänner zusammenkommen, daß es hier um eine Plauderstunde geht. Ich glaube, daß es hier um ernstliche Anliegen der Bevölkerung, unserer Menschen, geht. Das möchte ich noch dazusagen. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.22 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Schuster. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Schuster (16.22 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Eigentlich wollte ich auch zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen, daß es auf unsere Initiative hin im Dezember des Vorjahres zu einem gemeinsamen Antrag aller drei Parteien gekommen ist, in welchem wir unter anderem den Verbleib des Bezirkes Voitsberg im EU-Ziel-2-Gebiet gefordert haben. Das haben wir erreicht, es wurde positiv abgehandelt. Meine Vordredner und auch meine Kollegin aus meinem Bezirk haben bereits ausführlich darüber berichtet. Mir geht es aber auch – wie ihr – darum, daß unser Tourismus nicht geschwächt wird. Wie Sie wissen, ist die teilweise Ausrichtung der Region auf die Freizeitwirtschaft unter anderem auf die großen alten Standbeine, wie das Lipizzanergestüt in Piber und auf unsere schöne Landschaft, gestützt. Durch die jüngsten Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere von Landwirtschaftsminister Wilhelm Molterer, sehen viele in der Region – und ich zähle mich dazu – einen nicht so leicht gutzumachenden Schaden für unseren Tourismus auf uns zukommen, den es zeitgerecht gilt abzuwenden! Auch wenn Minister Molterer dem Präsidenten der steirischen Landwirtschaftskammer gesagt hat, daß in Piber bezüglich Sparpaket differenzierter vorgegangen wird, ist das noch nicht beruhigend genug. Uns geht es in der Region darum, eine klare Zusage seitens des Ministers an die Landesregierung zu erhalten, daß die Besichtigung dieses weltberühmten Gestüts auch an Wochenenden aufrecht erhalten wird.

Ich ersuche daher die Landesregierung, die Bestrebungen der Region massiv zu unterstützen. Wenn die erste Drohung Molterers wahrgemacht wird, daß nämlich 30 Prozent der Überstunden gekürzt werden

müssen, gibt es an Wochentagen keine Führungen durch das Gestüt. Abgesehen davon, daß damit eigentlich alle Prospekte neu gedruckt werden müßten, würde das einen kaum gutzumachenden Schaden anrichten, nicht nur für die Gastronomie, sondern für die ganze Wirtschaft in der Region. Pro Jahr kommen mehr als 130.000 Besucher, die die weißen Pferde sehen wollen, und es ist bekannt, daß ein großer Teil der Touristen an Sams- und Sonntagen anreist, um durch das Gestüt geführt zu werden. Das muß weiterhin gesichert bleiben!

Wir haben in der Region alles getan, um den Fremdenverkehr und die gesamte Freizeitwirtschaft anzukurbeln. Wenn es nun dazu kommt, daß wir mit einem Federstrich viele Gäste verlieren, so hätte das sicher auch katastrophale Auswirkungen über den Bezirk hinaus für die gesamte Region. Ich appelliere daher abschließend an Sie, werte Frau Landeshauptmann Klasnic und werte Mitglieder der Landesregierung, den Landwirtschaftsminister zu bewegen, diese Maßnahme zurückzunehmen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 16.25 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (16.25 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich kann eigentlich alles das unterstreichen, was bisher gesagt wurde, und werde mich sehr kurz fassen. Ich beziehe mich im besonderen auf die Wortmeldung des Herrn Kollegen Flecker, in der er folgende Worte gebraucht hat. Er möchte sehr offen und sehr ehrlich und vernünftig eine Sache beraten, nämlich die Sache des regionalen Managements. Das muß man tun können. Und darum frage ich als Vorsitzender der Region Oststeiermark, warum gleichzeitig unser Wunsch, in unserer Region, wo man sich nicht bemüht wie bei euch, sie aufzuteilen, wie du gesagt hast in sozialistische und ÖVP-Regionen, warum bei uns das mit dem regionalen Management nicht funktioniert, warum bei uns in der Regierung durch mehrfache Zurückstellungen dieser Versuch, auch regionales Management zu bekommen, nicht funktioniert. Das ist eigentlich die ganz einfache Frage. Vielleicht gibt es irgend jemanden, der sie beantworten kann. Die Antwort lautet nur wieder „über Antrag zurückgestellt“, „zurückgestellt“, „zurückgestellt“. Die Frau Landeshauptmann hat den Antrag jetzt schon dreimal gestellt. Das ist die Frage, auf die ich wirklich gerne einmal eine Antwort haben möchte. Wir sind uns einig, wir brauchen diese Beratung, wir wollen die Problematik, wie gesagt, offen, ehrlich und vernünftig berechnen. Bitte dann aber auch um eine gleiche Behandlung der steirischen Regionen, und nicht zu sagen, dort gibt es das schon, und bei den anderen dann das zu verhindern. Danke! (Beifall bei der ÖVP. - 16.28 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/10, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nunmehr ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1090/11, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 und 9 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 784/4, zum Antrag der Abgeordneten Korp, Schrittwieser, Dipl.-Ing. Grabner und Vollmann, betreffend die Durchführung des Winterdienstes für die Bundesstraße B 114, Triebener Straße,

erteile ich dem Herrn Abgeordneten Siegfried Schrittwieser das Wort Berichterstattung.

Abg. Schrittwieser (16.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es geht hier um die Vorlage, Einl.-Zahl 784/4, betreffend die Durchführung des Winterdienstes für die Bundesstraße B 114. In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 9. Dezember 1993 wurde der Antrag der Abgeordneten Korp, Schrittwieser, Grabner, Vollmann, betreffend die Durchführung des Winterdienstes für die Bundesstraße B 114, Triebener Straße, der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen. Die Landesregierung erstattet nachstehenden Bericht:

Die Bundesstraße B 114 von Sankt Peter ob Judenburg bis Trieben mit einer Länge von zirka 50 Kilometer wird von der Baubezirksleitung Judenburg und der Baubezirksleitung Liezen betreut. Die Landesregierung berichtet, daß die Betreuung der Strecke ausreichend wäre und daß der Wunsch der Bevölkerung, die Stationierung eines Winterdienstfahrzeuges in Hohentauern vorzunehmen, aus wirtschaftlichen Gründen nicht möglich ist, da ein zusätzliches Fahrzeug nicht zur Verfügung steht beziehungsweise kein Dienstposten für einen weiteren Fahrer vorhanden ist.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge des Beschlusses vom 23. Jänner 1995 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, diese Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Nun erteile ich zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1023/3, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Heibl und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Sanierung der Wasserthalbrücke, S 6, Gemeinde Krieglach,

dem Herrn Abgeordneten Karlheinz Vollmann das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Vollmann (16.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage der Steirischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Ussar und Kaufmann, betreffend die Erhaltung und den weiteren Betrieb der Nebenbahnen Mürzzuschlag-Neuberg und Eisenerz-Hieflau für den Wirtschafts- und Personenverkehr. Der vorzitierte Antrag wurde an die Steirische Landesregierung gestellt, welche hiezu folgenden Bericht beziehungsweise Zwischenbericht erstattet:

Die Vorgangsweise der Österreichischen Bundesbahnen aus ihrer betriebsinternen Sicht, den Bundesländern sogenannte Bestellerleistungen, das heißt Verlustabgeltungen für Nebenbahnen, abzuverlangen beziehungsweise deren Einstellung anzukündigen, wurde von allen Bundesländern zurückgewiesen. In den Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen und dem Bundesministerium für Verkehr wurden einerseits die von allen Finanzreferenten am 13. Oktober 1994 beschlossene Linie verfolgt, nämlich keine eigenen Verträge ohne Abstimmung auf die Gesamtländerinteressen abzuschließen, und andererseits der einstimmige Beschluß der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. November 1994 vollzogen, nämlich die Österreichischen Bundesbahnen an ihre verkehrliche Verantwortlichkeit zu binden und von ihr auch für die Regional- und Nebenbahnen notwendige Verbesserungs- und Attraktivierungsmodelle zu fordern. Die Kostenkontrolle zeigt, daß die von den Österreichischen Bundesbahnen angegebenen Absatzabgänge für alle Nebenbahnen in der Steiermark mit 92 Millionen Schilling viel zu hoch gegriffen sind und sich real mit einem etwa 22-Prozent-Wert davon errechnen.

Ich bitte um Entschuldigung, habe ich die falsche Vorlage erwischt – die Krieglacher Bahn, ich habe schon den nächsten Punkt erwischt. Das ist Rationalisierung, einen Punkt überspringen, damit es schneller geht. Ich bitte um Verzeihung.

Bei der Vorlage handelt es sich um den Antrag meiner Wenigkeit, der Kollegen Schrittwieser, Heibl und Dr. Bachmaier-Geltewa, betreffend die Sanierung der Wasserthalbrücke, S 6, Gemeinde Krieglach.

Es wird dazu von der Steiermärkischen Landesregierung der Bericht erstattet, daß die Brücke am 10. November 1994 von der zuständigen Erhaltungsabteilung, der Fachabteilung II d, besichtigt worden ist. Dabei konnten an den Fahrbahnübergängen und den Lagerkonstruktionen keine schadhafte beziehungsweise besonders lärmentwickelnde Teile festgestellt werden. Beim Überfahren der dreischläuchigen Dilatationen entstehen die üblichen Reifenabrollgeräusche, die konstruktionsbedingt sind und nicht gedämmt werden können. Der Brückenbelag hat zwar einige Ausbesserungsstellen, ist jedoch soweit in Ordnung, daß eine Erneuerung in nächster Zeit nicht vorgesehen ist. Es wird daher seitens der Landesregierung der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum vorzitierten Antrag wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Danke. Nach dieser tatsächlichen Selbstberichtigung durch den Herrn Berichterstatter erteile ich dem Herrn Abgeordneten Korp das Wort.

Abg. Korp (16.34 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Jetzt weiß ich natürlich schon, daß nach einer EU-Debatte die Beschäftigung mit dem Winterdienst einer exponierten Berggemeinde nicht unbedingt alle von den Sitzen reißt, aber die Bürger dort beschäftigt das in einem so hohen Ausmaß, daß ich mich zu dieser Wortmeldung veranlaßt sehe. Vor allem, verehrte Damen und Herren, ist es die Tatsache, daß es trotz jahrelanger Bemühungen Betroffener, aber auch anerkannter Regelungsbestrebungen zuständiger Stellen, nach wie vor keine klaglos funktionierende Winterdienstgegebenheit im Streckenabschnitt Hohentauern-Trieben gibt. Das veranlaßt mich einfach zu dieser Wortmeldung. Ich lege allerdings Wert auf die Feststellung, daß es hier einzig und allein um Sachargumente geht und vor allen Dingen um die Sicherheit von Schichtarbeitern, die tagtäglich, und das selbstverständlich bei jeder Witterung, um fünf Uhr früh von Hohentauern in das Paltental zu ihren Arbeitsstellen auspendeln müssen.

Nun kurz zur Situation. Die auf 1300 Meter Seehöhe gelegene Berggemeinde Hohentauern kämpft seit nunmehr nahezu 20 Jahren um einen klaglosen Winterdienst auf der B 114 zwischen Hohentauern und Trieben. Sie tut dies sicherlich im Interesse der Sicherheit der Straßenbenützer ganz allgemein und vor allen Dingen ihrer Bevölkerung, die durch die Schließung der beiden Bergbaubetriebe in Hohentauern zu vermehrten Pendlerfahrten in die Betriebe in Trieben, Rottenmann, aber auch nach Gaishorn gezwungen ist. Der untere Bereich des angesprochenen Streckenabschnittes weist eine Steigung – Sie hören richtig, verehrte Damen und Herren – bis zu 20 Prozent auf, und Sie alle können sich daraus rekrutierend vorstellen, was sich dort etwa bei starkem Schneefall, und in dieser Höhenlage im Winter bekanntlich keine Seltenheit, so abspielt. Da kam es immer wieder zu wahrlich irren Gefahrenmomenten, weil es speziell im Frühverkehr bei Schneefall geordnete Schneeräumung dort nur bis zur halben Strecke gab. Und bis zur halben Strecke deshalb, weil im unteren Steilanstieg die Bezirksgrenze zwischen Judenburg und Liezen verläuft. Und das bewirkt, daß bis zur Einfahrt zur sogenannten Sunk über drei Kilometer auf der einen Seite die Baubezirksleitung Liezen, und für die restliche Strecke bis Hohentauern die Baubezirksleitung von Judenburg zuständig ist und diesen Streckenabschnitt räumt und betreut. Obwohl diese beiden Baubezirksleitungen schon am 3. Dezember 1992 eine diesbezügliche Koordinierungsvereinbarung getroffen haben und hochrangige Beamte der Landesregierung, Bezirkshauptleute, sich mit wohlmeinenden Zusagen eingeschaltet haben, kam es in den vergangenen Wintersaisons und auch in dieser immer wieder zu sogenannten, vornehm ausgedrückt, unkoordinierten Winterdiensten. Und diese Tatsache, verehrte Damen und Herren, wurde mir erst am vergangenen Wochenende – und ich habe mich extra hier noch einmal ganz

genau erkundigt – von Gemeindevertretern in Hohentauern bestätigt.

Trotzdem, verehrte Damen und Herren, man muß sich einfach hier einmal vorstellen, was so ein Pendler empfindet, der am frühen Morgen bei einem Gefälle von 20 Prozent auf einer bis zu 20 Zentimeter hohen Neuschneedecke die Bundesstraße abwärts bei Finsternis und Schneetreiben zur Arbeit fährt. Wenn man sich das so ein bißchen vor Augen führt, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wie es diesen Leuten dabei geht. Und spätestens dann muß einem auch klar werden, alles, wirklich alles nur Erdenkbare zu unternehmen, um diese offensichtlichen Koordinationsmängel abzustellen. Auch wenn das nur für wenige, für ganz wenige Tage im Winter in diesem extremen Fall eben sich so abspielt. Und die Horror-szenen des Autobusunglückes am Tauern sind uns ja alle noch frisch in Erinnerung. Die Steilheit meine ich damit. Und da muß man einfach vorbeugen, und Derartiges, meine ich, kann man nicht so irgendwie beiseite schieben.

Wir leben einfach im Zeitalter hochtechnisierter Kommunikationsmittel, Gott sei Dank, und da muß es einfach möglich sein, dafür zu sorgen, daß der Tauern an diesen wenigen Tagen extremer Verhältnisse eben schon um fünf Uhr früh zur Gänze geräumt ist, damit die Pendler relativ sicher zur Arbeit fahren können. Aus dieser Erkenntnis heraus, verehrte Damen und Herren, gebe ich einfach die Hoffnung nicht auf, daß man sich vielleicht doch entschließen kann, die noch immer zur Verfügung stehende Postgarage in Hohentauern zu erwerben – und ich höre, man kann sie jetzt zu ganz günstigen Bedingungen erwerben –, um dort ein Räumfahrzeug zu stationieren.

Es ist einfach im gesamten Alpenbereich üblich, daß derartige Fahrzeuge auf der Paßhöhe, und nicht in der Talsohle, so wie in unserem gegenständlichen Fall gegeben, stationiert werden. Erst dies, würde ich meinen, würde ich als organisatorisch bestmögliche Betreuung einer äußerst schwierigen Strecke in exponierter Lage werten können. Alle übrigen Darlegungen in der Regierungsvorlage nehme ich natürlich gerne so zur Kenntnis. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (16.41 Uhr): Danke sehr, geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Korp hat gerade das Problem Schnee, Winterlage, Winterdienst aufgeworfen, betreffend den Triebener Tauern, und gemeint, es gibt unkoordinierten Winterdienst. Ich muß ehrlich sagen, das muß ich zurückweisen, es ist ein sehr koordinierter Winterdienst, und es ist immer so, daß spätestens um drei Uhr früh der erste Schneepflug fährt. Daß es natürlich unterschiedlich stark schneit, das ist schon auch klar und verständlich, und es kann passieren, daß es einmal eine Schneefahrbahn gibt, wo eben ein bißchen mehr Schnee liegt. Aber die Frage dieser Dinge ist natürlich so, daß es ja nicht nur in Trieben schneit und in Hohentauern, sondern es gibt natürlich unzählige Stellen in der Steiermark, die natürlich auch unter dem

Winter leiden. Und daß natürlich ein Winterdienst in der Organisation eine etwas diffizile Handhabung braucht, ist klar. Wir haben uns seitens der Fachabteilung II d hier bemüht, organisatorisch die Dinge doppelt zu besetzen. Ich glaube, daß das eine Lösung ist, ansonsten ist es eine Frage des Geldes, wie man das dort besser lösen kann. Natürlich auch die Frage, ja, welchen Level will ich einführen. Wenn ich natürlich die Straße beheize, wie in Frohnleiten, wo das Geld scheinbar keine Rolle spielt, ist das ein bißchen leichter. Aber wir haben immerhin in der Steiermark große Strecken, die bewältigt werden müssen, und leider Gottes ist die Anzahl der Fahrzeuge natürlich auch beschränkt.

Ich weiß nicht, ich habe immer das Gefühl, daß man da oben in Hohentauern auf Grund dessen, daß natürlich diese Postgarage frei ist, sich besonders bemüht und meint, man sollte diese Postgarage als Standort nutzen für einen Schneepflug. Das Gerät alleine tut es ja nicht, man braucht ja dazu natürlich auch einen Fahrer, und damit sind das natürlich zusätzliche Kosten. Und schließlich und endlich muß man halt auch verlangen, und das wird ja in der nächsten Zeit sehr schmerzlich sein für uns alle, verschiedene Leistungen zurückzunehmen, die der Bürger halt auch gerne entgegengenommen hätte oder zur Zeit noch entgegennimmt. Aber weil uns halt einfach das Geld ausgeht und weil wir sparen müssen. Sparen heißt halt auch, von Liebgewonnenem sich zu trennen. Und ich glaube auch, daß wir diskutierten müssen, wie oft muß ein Räumgerät fahren, welche Schneehöhe darf überhaupt da sein. Nach der Straßenverkehrsordnung ist es natürlich so, daß jeder verpflichtet ist, sich den Umständen anzupassen. Und meine persönliche Meinung ist, daß hier – gerade besonders dort oben – das Bemühen der Fachabteilung II d gegeben ist, das den Pendlern und den Ansässigen ein Fahren und Befahren dieser Bundesstraße auch bei Schneefall gewährleistet. (Beifall bei der FPÖ. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 784/4, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1023/3, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1108/3, zum Antrag der Abgeordneten Vollmann, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Ussar und Kaufmann, betreffend die Erhaltung und den weiteren Betrieb der Nebenbahnen Mürzzuschlag-Neuberg an der Mürz und Eisenerz-Hieflau für den Wirtschafts- beziehungsweise Personenverkehr.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karlheinz Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (16.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem ich die Vorlage bereits irrtümlich unter dem letzten Tagesordnungspunkt mitverlesen habe, darf ich nur mehr im Endeffekt den Antrag der Steiermärkischen Landesregierung zufolge ihrem Beschluß vom 23. Jänner 1995 wiederholen:

Der Hohe Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum vorzitierten Antrag, betreffend die Erhaltung und den weiteren Betrieb der Nebenbahnen Mürzzuschlag–Neuberg an der Mürz und Eisenerz–Hieflau für den Wirtschafts- und Personenverkehr, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen.

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (16.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Uns liegt eine Vorlage vor, betreffend die Erhaltung und den weiteren Betrieb der Nebenbahnen Mürzzuschlag–Neuberg und Eisenerz–Hieflau für den Wirtschafts- und Personenverkehr. Der Kollege Vollmann hat ausführlich schon vorher diese Vorlage interpretiert. Ich möchte nur eine Passage, die letzte, noch einmal wiederholen, weil sie mir wichtig erscheint.

In den Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen wird daher seitens der Steiermark darauf gedrängt, daß zuallererst das Interesse der Österreichischen Bundesbahnen, des Bundes im Bezug auf den öffentlichen Verkehr und insbesondere auf den Regionalverkehr klargestellt wird und daß darauf aufbauend im Rahmen eines Gesamtpaketes (gesamsteirischer Nahverkehrsvertrag) zwischen Bund und Land und allen beteiligten Verkehrsträgern eine für alle Bahnkunden zufriedenstellende Lösung, die natürlich nur stufenweise realisiert werden kann, gefunden wird. Ich möchte hier vor allem hinweisen, daß hier steht „ein für alle Bahnkunden zufriedenstellende Lösung gefunden wird“.

Betrachten wir nun den Raum Eisenerz – und ich war erst am Samstag bei einer Veranstaltung in Eisenerz, hatte die Gelegenheit, dort mit dem Bürgermeister Hermann Auernigg und mit der Bevölkerung zu sprechen, und darf sagen, daß gerade den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in diesem Raum es nicht einsichtig erscheint, daß diese Strecke Eisenerz–Hieflau sowohl für den Personenverkehr, aber vor allem auch für den Wirtschaftsverkehr, eingestellt werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren, es nützt uns nichts, immer wieder Lippenbekenntnisse, wir müssen für diese Region etwas tun. Wer die Situation am Erzberg kennt, wie viele Beschäftigte waren, wie viele heute noch sind und, wie wir zusammen alle wissen, daß sich gerade die Region um Eisenerz bemüht, den Tourismus besonders zu fördern, ist es auf keinen Fall einsichtig, daß man nun diese Bahnlinie, die zu den Nebenbahnen gehört, einstellen soll. Der Raum Eisenerz, sehr geehrte Damen und Herren, würde durch diese Einstellung der Bahn einen empfindlichen Wettbewerbsnachteil erleiden, gerade, wie ich betont habe,

im Hinblick auf die zukünftige touristische Entwicklung. Und ich habe schon einmal hier im Hohen Haus gesagt, mir ist es heute noch unverständlich, daß man damals die Präbichlbahn eingestellt hat. Wer in die Schweiz kommt, oder nach Vorarlberg, sieht immer wieder, daß man solche Attraktionen erhält, und die erhalten sich auch, weil sie ganz einfach zu Fremdenverkehrsattraktionen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte also sagen, daß gerade die Erhaltung dieser Nebenbahn für die Gemeinden Eisenerz, Radmer und Hieflau von ganz besonderer Bedeutung ist, und darf nochmals sagen, daß gerade bei meinem letzten Aufenthalt in Eisenerz ich wieder aufgefordert wurde, hiefür im Hohen Haus besonders einzutreten. Ich glaube aber, daß es auch wichtig ist, hier ein Attraktivierungskonzept zu erstellen, wie wir es auch bei der Bahnlinie Leoben–Vordernberg erreicht haben. Wir wissen, daß dieses Attraktivierungskonzept angenommen wird, und ich weiß, daß in der nächsten Woche wieder eine Besprechung stattfinden wird, wo über dieses Konzept, in Anwesenheit von Bundesbahnvertretern, dieses Projekt behandelt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte aber auch die Gelegenheit wahrnehmen, um einige verkehrspolitische Forderungen, wenn man jetzt schon mit den ÖBB verhandelt, von der Landesregierung aus, daß man diese Forderungen wirklich auch vehement vertritt. Es geht hier in erster Linie um die Erstellung eines gesamtsteirischen Verkehrskonzeptes. Es geht uns in unserem Raum vor allem auch um die nachdrückliche Einflußnahme bei den ÖBB für die Modernisierung des bestehenden Eisenbahnnetzes und der Bahnhöfe. Alle, sehr geehrte Damen und Herren, die die Gelegenheit haben, die Westbahn zu benutzen, wissen, daß wir auf der Südbahn hier einen großen Nachholbedarf haben. Wir verlangen aber auch in unserem Raum eine konkrete Verwirklichung eines schnellbahnähnlichen Nahverkehrs zwischen dem Raum Graz und der Obersteiermark. Es wird von unserer Bevölkerung besonders vermißt, und vor allem auch – ich war erst gestern bei einer großen Veranstaltung mit Bundesbahnern, wo mir nahegelegt wurde, in diesem Raum und im Rahmen dieses Steiermärkischen Landtages energisch wieder die Realisierung des Semmeringtunnels, raschest die Inangriffnahme der Bauabsichten zu realisieren –, daß endlich einmal dieser Semmeringtunnel gebaut wird, weil Fachleute aus dem Eisenbahnbereich sagen, daß die derzeitige Bahnlinie sicher nicht mehr lange den Anforderungen eines modernen Verkehrs Rechnung tragen wird.

Ich kann mir auch vorstellen, daß es dringend notwendig ist, den termingerechten Ausbau, den zweigleisigen Ausbau der Schoberpaßstrecke zu betreiben. Ich komme schon zum Schluß. Ich habe im Hohen Haus schon öfter über den Verkehrsverbund gesprochen, der in der Obersteiermark vehement gefordert wird. Wir alle, die wir ständig unterwegs sind bei unseren Mitbürgern in allen Orten unseres Bezirkes, werden immer darauf angesprochen, warum es noch nicht möglich ist, daß der Verkehrsverbund für die Obersteiermark verwirklicht wurde. Ich stelle daher noch einmal die Forderung in den Raum, raschest diese Verwirklichung durchzuführen, denn unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger sehen es nicht ein, daß

sie noch nicht in den Genuß des Verkehrsverbundes gekommen sind.

Ich danke denen, die mir zugehört haben, und schließe mit einem herzlichen Glückauf. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.52 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner spricht der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (16.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, meine Damen und Herren!

Ich glaube, es ist nunmehr höchst an der Zeit, daß dieser Vertrag bezüglich der Regionalbahnen, und wenn möglich, ein Gesamtnahverkehrsvertrag für die Steiermark, abgeschlossen wird. Das Burgenland hat einen derartigen Vertrag vor einigen Tagen bereits abgeschlossen. Und wenn man diese Verträge, einerseits mit den ÖBB, andererseits mit dem Bund, sich genauer ansieht, so muß man erkennen, daß recht interessante Details in diesen Verträgen enthalten sind, nämlich einerseits, daß das Angebot selbstverständlich aufrechterhalten bleibt, andererseits es zu vehementen Attraktivierungen kommen soll. Und zweitens, ein besonders interessanter Punkt, daß nach zwei Jahren eine Evaluierung stattfinden soll, eine Bewertung stattfinden soll, und dann erst eine gemeinsame Entscheidung darüber gefällt werden soll, ob es zu Stilllegungen von Nebenbahnen, von Regionalbahnen kommen soll oder nicht. Also gibt man auch den schwachen Regionalbahnen, den schwachen Nebenbahnen noch eine Chance. Man versucht, durch Attraktivierungen das Betriebsergebnis von Nebenbahnen zu verbessern, und erst nach zwei Jahren tatsächlich endgültig zu entscheiden, wie das Schicksal dieser Regionalbahnen aussehen soll.

Bei uns in der Steiermark, Sie wissen es ja, steht die Stilllegung von zwei Regionalbahnen unmittelbar bevor. Ich würde es daher als besonderen Erfolg werten, wenn es auch uns gelingen würde, für diese beiden Regionalbahnen, die hier zur Disposition stehen, noch eine Frist von zwei Jahren herauszuverhandeln, aber nicht nur bei bestehendem Verkehr, sondern durchaus auch mit Attraktivierungsmaßnahmen, so daß man tatsächlich erkennen kann, ob diese beiden Regionalbahnen nicht doch ein wesentliches Glied in unserem öffentlichen Verkehr darstellen.

Die Verhandlungen mit den ÖBB und mit dem Bund ziehen sich nun schon über zwei Jahre dahin. Ein einheitliches Vorgehen der Bundesländer wurde ursprünglich vereinbart. Dieses einheitliche Vorgehen wurde durch das Ausscheren des Burgenlandes durchkreuzt. Es ist somit hinfällig, dieses einheitliche Vorgehen. Es geht darum, daß wir in der Steiermark das Beste für unsere Regionalbahnen und für den Nahverkehr insgesamt herauszuverhandeln. Es ist sehr rasches Agieren geboten, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, es geht, wie gesagt, bei der Neuberger Bahn und bei der Linie Eisenerz-Hieflau unmittelbar um die Betriebsstilllegung, es brennt tatsächlich der Hut. Natürlich kann man, beispielsweise bei der Neuberger Bahn, den öffentlichen Verkehr auch mit dem Bus abwickeln. Aus umweltpolitischer Perspektive

muß ich hier allerdings einwenden, daß selbstverständlich der Bahn der Vorzug zu geben ist.

Trotzdem, auch bei Betrieb mit Diesel. Es läßt sich leicht errechnen, daß die Umweltbeeinträchtigungen aus dem Bus nach wie vor wesentlich höhere sind als bei der Bahn. Ob die Bahn elektrifiziert ist oder mit Diesel fährt ist zwar ein Unterschied: Trotzdem ist der Unterschied zum Bus noch ein deutlicher. Das läßt sich relativ leicht errechnen. Das ist nun einmal so. Das hat beispielsweise etwas mit dem Rollwiderstand zu tun. Und das hat etwas mit dem Verbrauch an Kraftstoff pro Personenkilometer zu tun.

Wie gesagt, grundsätzlich läßt sich dieser öffentliche Verkehr natürlich mit dem Bus auffangen. Umweltpolitisch, unterm Strich, muß man sagen, daß die Bahn einige Vorteile genießt. Vorteile auch beispielsweise für den Fremdenverkehr. Uns ist bekannt, von anderen Beispielen, aus der Schweiz, aber auch aus anderen Bundesländern, daß selbstverständlich der schienengebundene öffentliche Verkehr für den Fremdenverkehr jedenfalls attraktiver ist als der normale Postbusverkehr. Die Schiene ist leiser, die Schiene ist leistungsfähiger. Gerade der angepeilte naturorientierte Tourismus im Neuberger Tal, aber auch in der Region Eisenerz, würde die Aufrechterhaltung des Schienenverkehrs jedenfalls nahelegen.

Kollege Vollmann hat in der Ausschußsitzung bereits darauf hingewiesen, daß darüber hinaus im Neuberger Tal der Wirtschaftsverkehr nach wie vor eine sehr große Rolle spielt. Das Interesse der betroffenen Regionen wurde ebenfalls von den zuständigen Abgeordneten bereits vehement artikuliert. Darüber hinaus mehren sich auch die Stimmen in der Region, unmittelbar bei den Bürgermeistern, die eine Beibehaltung und Attraktivierung dieser Regionalbahnen einfordern.

Meine Damen und Herren, ich bin der Ansicht, daß wir gerade bei den Regionalbahnen in die Offensive gehen sollten. Eine Offensive, wie sie sich beispielsweise – Kollege Ussar hat bereits darauf hingewiesen – bei der Bahnstrecke Leoben-Vordernberg-Markt andeutet. Hier wurde wirklich ein sehr, sehr gutes Konzept von seiten des Landes Steiermark, der Fachabteilung II a, erstellt. Dieses Konzept sollte jetzt rasch umgesetzt werden. Ein derartiges Konzept fehlt mir für sehr viele Regionalbahnen. Ich glaube, daß das der nächste Schritt sein müßte, um eine echte Attraktivierung und damit eine langfristige Lebensfähigkeit dieser Regionalbahnen zu sichern.

Was in einer scheinbar uninteressanten oder schwachen Regionalbahn drinnen steckt, dieses Beispiel muß man immer wieder nennen, hat man bei der Bahnlinie Spielfeld-Bad Radkersburg erkennen können, wo innerhalb kürzester Zeit, innerhalb weniger Jahre, die Zahl der beförderten Fahrgäste verdreifacht werden konnte.

Meine Damen und Herren, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ich darf Sie also nochmals – ich habe das an dieser Stelle schon mehrfach getan – wirklich dringend auffordern, die Verhandlungen mit den ÖBB und mit dem Bund vehementest voranzutreiben. Es ist nun nicht mehr so, daß es eine Länderfront gibt, daß es ein akkordiertes Vorgehen der Länder gibt. Das ist nicht mehr der Fall. Ich glaube, daß das Land Steier-

mark, wie gesagt, das Beste für seine Regionalbahnen und für seinen Nahverkehr kurzfristig herausverhandeln sollte. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.00 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir haben schon einige flammende Appelle in diesem Haus gehört für die Erhaltung, Verbesserung der Nebenbahnen, vor allem im touristischen Bereich, und auf der anderen Seite möchte ich daran erinnern, daß wir im Rahmen des Aktionskomitees „Neue Bahn“ jetzt auch die Gelegenheit genützt haben, anlässlich des Besuches des ÖBB-Generaldirektors Draxler und seines Finanzchefs der ÖBB auf der einen Seite und auch in Gesprächen mit anderen ÖBB-Funktionären und auch mit der Bundesregierung eigentlich immer wieder sehr enttäuschende oder entmutigende Aussagen bekommen haben. Einfach aus der Situation heraus, daß durch die Trennung der ÖBB in einen Betriebsbereich, der absolut erfolgsorientiert zu sein hat, man dort natürlich sehr vehement daran interessiert ist, positive Ergebnisse zu schreiben und alles abzustoßen, was in diesem Bereich das Ergebnis verschlechtert. Daß dazu natürlich die Nebenbahnen gehören, ist kein Geheimnis. Wir hören das – ich bin jetzt seit vier Jahren in diesem Haus – jedes Jahr wieder in einer gewissen Regelmäßigkeit, wenn ein Stück Nebenbahn fällt. Und wenn ich mir die beiden Nebenbahnen anschau, dann erhebt sich auch die Frage, ob es uns gelingt, mit einer touristischen Attraktivierung – und da muß ich dem Kollegen Ussar recht geben, es hätte sich sicherlich die Zahnradbahn Vordernberg-Präbichl wesentlich besser dafür geeignet als die Eisenerzer-Hieflau-Strecke oder auch die Strecke Neuberg-Mürzzuschlag –, aber wir werden schlußendlich nicht darum herumkommen, irgendwo den Bestrebungen der Bahn dahin gehend, entweder auf der einen Seite Einhalt zu gebieten und zu sagen wir wollen das haben und dafür auch die Leistungen erbringen, das ist die eine Variante, die wir haben, oder auf der anderen Seite einfach zur Kenntnis nehmen zu müssen, daß auch die ÖBB auf Dauer nicht in der Lage ist, diese Dinge zu führen, noch dazu wo sie in ihrer Argumentation durchaus plausible Gründe auf den Tisch legt und die Wirtschaftlichkeit dieser Nebenbahnen alles andere als eine Weiterführung sinnvoll gewährleistet.

Darüber hinaus müssen wir uns natürlich auch überlegen, was wir in diesen Regionen tun. Und es ist interessant festzustellen, daß man ja bereits mit einer Übergangsphase begonnen hat. Es gibt einen Busdienst von Neuberg nach Mürzzuschlag, der bereits florierend arbeitet und somit eine Konkurrenzsituation nämlich des Bundesbusses für die Bahn gebracht hat, so daß also dort ein langsames Überfließen stattgefunden hat. Darüber hinaus – und, Kollege Vollmann, so bedauerlich das ist – sind auch die wirtschaftlichen Hoffnungen, die wir im Bereich der Holzindustrie oder Holz- und Forstwirtschaft im Bereich des Neuburger Tales bis hinauf nach Gußwerk gelegt haben – leider Gottes sich nur in einem sehr bescheidenen Maße

erfüllt haben. Auch eine zwingende Notwendigkeit für den Lastenverkehr ist nicht gegeben.

Und wir stehen wir nun vor einer Alternative. Entweder sagen wir jawohl, das Land Steiermark wird diese Kosten übernehmen und vielleicht auch versuchen, vom Bund das eine oder andere herauszuholen, oder wir werden uns von diesen Bahnen trennen müssen.

Wenn ich auf der anderen Seite anschau, welche Maßnahmen wir im Verkehrsbereich im Auge haben und wie sehr wir darum kämpfen, um die Finanzierung dieser Maßnahmen, ich denke an den Verkehrsverbund im Gesamtbereich Obersteiermark, und auch neuerdings durch die unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeit, die sich auf Grund der Teuerungen der ÖBB auf der einen Seite und anderer Probleme im Verkehrsverbund Großraum Graz ergibt, dann haben wir dort jede Menge Mittel neu einzusetzen und zuzuschießen, um zu gewährleisten, daß das gesichert ist. Das heißt also, wir bewegen uns auf sehr dünnem Eis. Und ich glaube, daß wir, wenn es uns nicht gelingt, in den geforderten Gesprächen mit dem Bund – ich halte nichts davon, die ÖBB wird von ihren Forderungen nicht heruntersteigen, weil sie erfolgsorientiert ist und daher kein Interesse hat, und das wurde von beiden Direktoren sehr klar zum Ausdruck gebracht, daß da kein Weg daran vorbeiführt, weil sie einfach ganz andere Interessen zu vertreten haben und vertreten müssen und dafür kein Platz ist –, daß wir also in die Situation kommen zu sagen, jawohl, das Land ist bereit, das zu tragen, dann muß ich es attraktivieren. Wie attraktiviere ich es? Das erfordert zusätzliche Kosten. Und wenn ich mir die angespannte Budgetlage anschau, dann sehe ich momentan diese Möglichkeiten nicht. Es sei denn, es gelingt uns, andere Bereiche, die uns nicht so wichtig erscheinen, durch diese zu ersetzen.

Jede Art der Beteiligung des Landes Steiermark bedeutet zusätzliche Kosten. Und wir übernehmen sukzessive – und da sind wir bei einem sehr heiklen Thema – Leistungen, die uns der Bund aufbürdet, ohne daß wir dafür eine entsprechende finanzielle Beteiligung oder Gutmachung bekommen. Und dieser Prozeß, und sind wir doch bitte realistisch bei allem Wollen und allem Versuchen und allen regionalen Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, die Belastungswelle, die auf uns zukommt, wird immer größer, und auch wir werden gezwungen sein, uns von Dingen zu trennen, die uns vielleicht liebgeworden sind, die wir uns schlußendlich aber nicht mehr leisten können.

Unter diesem Aspekt bitte ich auch zu sehen, was wir in diesem Zusammenhang zu tun haben, und ich bin überzeugt davon, daß wir, sofern es uns nicht gelingt, in den vorgesehenen Verhandlungen eine starke Dotierung oder Beteiligung von Dritten außerhalb des Landes zu bekommen, nicht in der Lage sein werden, all diese Forderungen zu erfüllen. Das ist das Problem, vor dem wir stehen. Es ist einen Versuch wert. Es gilt auch, gewisse Bereiche des Landes attraktiv zu gestalten, das kann ein Schritt sein. Ich glaube aber nicht, daß wir uns einer Hoffnung hingeben sollen und sagen, wir werden für all das Geld haben, wenn sich niemand findet, der uns tatkräftigst dabei unterstützt, wird uns wohl nichts anderes übrig blei-

ben, als uns davon zu trennen. (Beifall bei der FPÖ. - 17.08 Uhr.)

Präsident Mag. Rader: Die nächste Wortmeldung stammt vom Herrn Abgeordneten Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Vollmann (17.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kollege Dipl.-Ing. Getzinger hat schon grundsätzliche Dinge zur Erhaltung der Neuburger Bahn gesagt, und der Kollege Ussar hat sich dem Bereich der Bahn Hiefiau gewidmet. Aber, meine Damen und Herren, es geht dabei nicht allein um die Frage, ob hier also durch Bezuschussung die Österreichischen Bundesbahnen von ihrer Verpflichtung zur Erhaltung eines Regionalverkehrs freigesprochen werden, sondern es geht auch darum, daß sicherlich in dem Gesamtbereich das Neuburger Tal besonderer Unterstützung bedarf.

Ich habe hier im Landtag schon einige Male die Gelegenheit gehabt, hiezu zu sprechen, und der Kollege Vesko hat es ja angeschnitten, nämlich mit der Frage Holz als Hoffnung für dieses Tal. Es ist eine der wenigen - ich sage das ganz bewußt dazu - es ist eine der wenigen Hoffnungen. Es hat sich wieder jemand gefunden, der die Säge vom Herrn Leitinger übernommen hat, der Herr Baumgartner ist der größte - ich habe auch das schon einmal hier gesagt - Laubholzimporteur und -verarbeiter Österreichs, er hat jetzt also von den Bundesforsten diesen Betrieb käuflich erworben und läßt sich drinnen nieder. Und eine der Voraussetzungen zum Betrieb ist natürlich für ihn das Betreiben dieser Bahn.

Nun, meine Damen und Herren, die Strecke war eigentlich bei allen Einstellungsdiskussionen, die wir geführt haben, immer dabei, und man hat viel unternommen in diesem Zeitraum, um die Kosten dieser Strecke möglichst gering zu halten. Man ist auf dieser Strecke so weit gegangen, daß man einen sogenannten Null-zu-Null-Betrieb gemacht hat, das heißt es gibt nicht einmal mehr einen Streckenbetreuer auf dieser Strecke. Und ich sage, nachdem ich Ihnen die Ziffern genannt habe, auch ein paar andere Ziffern dazu, wie sich die Situation nämlich wirklich darstellt.

Im Reiseverkehr haben wir seit 1987 folgende Entwicklung: 1987: 60.000 Reisende, 1988: 65.000, 1989: 76.000, 1990: 76.000, 1991: 84.000, 1992: 85.000, 1993 waren es 83.000, wieder ein leichter Rückgang, und so die Ziffern in der Vorlage stimmen, sollen es 1994 74.000 gewesen sein.

Im Güterverkehr ist in diesem Zeitraum, damit ich mir erspare, alle Ziffern aufzuzählen und zu nennen, seit 1987 ein Anstieg von 9241 Tonnen damals auf 1993 24.367 Tonnen geschehen, wobei die höchste Zahl 1992 war. Da war also der Anfang mit Leitinger, der also dort das stark betrieben hat, mit über 35.000 Tonnen. Nun, meine Damen und Herren, der Betrieb ist, wie ich den offiziellen Angaben der Österreichischen Bundesbahn entnommen habe, bis zum Winterfahrplan, das heißt also 24. September 1995, auch beim Personenverkehr gesichert. Das heißt also, im Sommerfahrplan ist die Bahn jetzt wieder ent-

halten. Die Frage ist auch nun, weniger Züge zu machen - es verkehren also derzeit auf dieser Strecke 28 Züge. Das heißt also, wenn ich weniger Züge mache, habe ich vielleicht eine niedrigere Belastung und könnte diese Triebwagen, weil es heißt ja TW, diese Triebwagengarnitur unter Umständen, wenn der Nahverkehr kommt, auch im Bereich zwischen Kindberg und Semmering einsetzen. Das heißt also, er würde nach Neuburg nicht so oft fahren, sondern würde also auch im Nahverkehr eingesetzt werden, wobei es ja notwendig ist, im Nahverkehr eine zusätzliche oder zwei zusätzliche Zugsgarnituren einzusetzen. Das wäre eine Möglichkeit.

Ich gebe aber auch bitte einige Anmerkungen finanzieller Natur, die diese geplante Einstellung des Reiseverkehrs betreffen. Als wegfallende Kostenkomponente bei der Einstellung des Reiseverkehrs kann von 5.063.000 Schilling jährlich ausgegangen werden. Das heißt also, das ist die Summe ohne Anschaffung, also ohne Ersatzanschaffungen, aber inklusive Material, Orts- und Zentralregien. Was heißt Orts- und Zentralregien? Das sind also sozusagen die zurechnenden Verwaltungen. Ausgegangen werden aber dieser Betrag, das sind die Vollkosten, meine Damen und Herren. Das dieser Strecke zurechenbare Benützungsentgelt wurde bei dieser Summe noch nicht berücksichtigt. Aber das ist Entgelt, ist eine Pauschalpost, die für 1994 insgesamt für die Regionalbahnen im Rahmen der Österreichischen Bundesbahnen mit 2,5 Milliarden Schilling dargestellt wurden. Unabhängig davon, ich sage noch einmal, unabhängig davon, ob der Reiseverkehr auf dieser Strecke aufrecht bleibt oder eingestellt wird, sind diese Kosten, aber auch diese Einnahmen vorhanden. Und von diesem Betrag sind nunmehr die wegfallenden Erlöse - sie berechnen sich auf 1.039.000 Schilling - abzuziehen. Also bitte, der Aufwand beträgt 5.063.000 Schilling, und die wegfallenden Erlöse, wenn ich den Reiseverkehr einstelle, sind 1.063.000 Schilling, das heißt, diese wären nur abzuziehen, der Rest verbleibt.

Des weiteren kann vor allem bei dieser Strecke angenommen werden, daß sich der Personalstand des Bahnhofes Mürtzschlag auch bei der Einstellung des Reiseverkehrs nicht grundlegend verändern wird. Die 633.000 Schilling zugerechneter Bahnführungsdienst wirken sich somit nur rechnerisch aus, werden aber monetär kaum wirksam, weil eine Reduzierung des Personals nicht in Frage kommt. Das heißt also, die Kosten sind vorhanden, ob ich nach Neuburg fahre oder nicht. So ändert sich in diesem Bereich ja nichts.

Somit ergibt sich nachstehende Situation, meine Damen und Herren. Kosten: 5.063.000 Schilling minus Erlöse von 1.039.000 Schilling minus dem Bahnführungsdienst mit 633.000 Schilling ergibt in der Summe 3.391.000 Schilling. Legt man die Berechnungen, wenn ich also nach dem sogenannten DRAGO gehe, das ist die eigene Rechnung der Bahn für die Kosten, mit 4.268.000 Schilling zugrunde, so ergibt sich folgendes Bild. Das heißt also, es verbleiben 2.596.000 Schilling, die tatsächlich in der Bestreitung sind. Ich sage auch gleich dazu, weil Sie sagen, was sagt der Herr Draxler dazu, ich weiß es nicht.

Ich habe mir diese Ziffern von den Bundesbahnen und derer Berechnungen geben lassen. (Abg. Straßberger: „Sie sind falsch!“) Sie sind, Kollege Straß-

berger, entschuldige bitte, ich habe da die Originale der Berechnungen der Zahl- und Berechnungsstelle der Österreichischen Bundesbahnen, die mir heute übermittelt worden sind, dann lügen sich die Österreichischen Bundesbahnen also grundsätzlich an und lügen sich selber in den Sack.

In den Größenordnungen, so sage ich bitte, bewegen sich diese Kosten, und jetzt, wenn Sie sagen, bitte, was sagt der Herr Draxler dazu. Ich habe mit dem Herrn Draxler nicht verhandelt. Denn bisher haben Sie mir immer, und ich zeige Ihnen Ihre eigenen Antworten, die Sie mir auf meine Anfragen zur Frage Nebenbahn gegeben haben, beispielsweise zur Anfrage Nr. 204, daß Sie sagen, bitte, „es wird mit den Österreichischen Bundesbahnen weiter verhandelt und mit dem Herrn Generaldirektor Draxler weiter verhandelt“. Ich habe nicht ein Mandat, mit den Österreichischen Bundesbahnen für eine Regionalbahn zu verhandeln, sondern das haben Sie, Frau Landeshauptmannstellvertreterin. Sie sind die zuständige Referentin, und daher kann diese Aufforderung auch nur an Sie gelten. Und ich fordere Sie auf, dieses Verhandlungsergebnis mit den Österreichischen Bundesbahnen ehest dem Landtag vorzulegen und dann zu sagen, inwieweit das möglich ist, das zu erhalten. Ich sage Ihnen noch etwas und gebe Ihnen einen Vergleich. Ein Schienenersatz, weil in diesen Kosten, die ausfallenden Züge, das muß ich einmal dazusagen, sind wir uns ja einig, sind durch ein anderes Verkehrsmittel, nämlich durch den Österreichischen Bundesbus, zu ersetzen. Die Kosten dieses Österreichischen Bundesbusses wurden auch berechnet durch meine Kollegen. Und zwar würden sich bei gleicher Angebotsqualität, wie sie jetzt besteht, zusätzliche Kosten zwischen 2,4 und 3 Millionen Schilling jährlich ergeben, bei der Annahme, daß der Kilometer 20 Schilling kostet, das sind dann 2,4 Millionen Schilling, wenn er 25 Schilling kostet, dann sind das bereits 3 Millionen Schilling. Also, wenn ich hier die Gegenrechnung anstelle, daß der Bus fährt oder die Bahn fährt, dann kostet der Bus gleichviel wie die Bahn auf diesem Bereich grundsätzlich verliert. Es ist nur richtig, von der Bundesbahn kommen diese Kosten weg, und damit wahrscheinlich eine Verlustminimierung, und deswegen möchte sie der Herr Draxler wahrscheinlich weghaben, aber im Aufwand für den Steuerzahler als Zuschuß ergibt sich bitte kein anderes Bild, als sich bei Aufrechterhaltung des Bahnverkehrs ergibt.

Meine Damen und Herren, ich bitte wirklich, auch im Sinne der Bürgermeisterkonferenz vom 15. Dezember 1994, die eine Resolution gefaßt hat, in zwei Punkten: a) die Neuberger Bahn weiter zu betreiben und genaue Analysen über eine sinnvolle und ökonomische Auslastung zu erstellen, insbesondere die Frage der Notwendigkeit einer Parallelführung von Bahn und Autobus zu untersuchen, und b) wird seitens der Bürgermeisterkonferenz in einem einstimmigen Beschluß dringend um Unterstützung ersucht bei der Erstellung eines Projektes Nahverkehr Mürztal mit dem Ziel, Modelle für die Verbesserung der Verkehrserschließung unter Berücksichtigung des Kostenfaktors zu erarbeiten. Und ich sage auch dazu, daß dieser Kostenfaktor in allen Bereichen natürlich bei den Berechnungen eine Rolle spielt, aber wie ich Ihnen anhand des Berechnungsbeispiels Bahn zu Bus gezeigt

habe, im Endeffekt für den Steuerzahler oder für den, der zahlen muß, keine Ersparnisse ergibt.

Ich mache auf noch etwas aufmerksam. Wenn die Bahn eingestellt wird, dann wird der gesamte Güterverkehr, auch vom Sägeverkehr – derzeit rund 25.000 Tonnen, wir hoffen, daß das steigt –, durch den Ort Neuberg geführt werden. Es gibt eine langjährige Planung, die Ortsdurchfahrt Neuberg auf der Straße zu verbessern und zu verlegen, damit sie nicht mitten durch den Ort führt, der in Windungen durchgeht und eine fürchterliche Belastung für die Bevölkerung ist. Das einzige, was wir bisher dort getan haben, war, ein einziges Projekt um rund 2,4 Millionen Schilling von einer einzigen Familie abzulösen. Ansonsten hat man bisher nichts getan.

Die Planung, ich bitte um Entschuldigung, natürlich, die Planung durchgeführt, aber in weiterer Folge ist bisher nichts geschehen. Wenn man die Bahn einstellt, muß man die Planung der Ortsdurchfahrt vorher machen, damit man dort die Entlastung für die Bevölkerung hat. Ich meine aber auch, es ist im Sinne des Umweltgedankens sicherlich nicht sinnvoll, den Straßenverkehr dort zu forcieren, noch zu steigern, unter Umständen mit schweren Fahrzeugen, und die Belastung auf die Bevölkerung niedergehen zu lassen.

All diese Argumente, meine Damen und Herren, bitte ich, zur Kenntnis zu nehmen und darf auch Sie bitten, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, ehest, ich kann nicht sagen sofort, die Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Ich sage dies deshalb, weil es so ist, daß sich die Bundesbahnen sicherlich nicht erwarten, daß sie die hier im Antrag genannten 42 Millionen Schilling kriegen. Ich nehme nicht an, daß sich die Bundesbahnen das erwarten, aber sie erwarten sich ein bestimmtes Interesse. Bitte zeigen Sie das Interesse der Steiermärkischen Landesregierung und den Auftrag des Landtages, hier im Bereich der Regionalbahnen und für deren Erhaltung etwas zu unternehmen.

Demzufolge darf ich auch einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Vollmann, Ing. Löcker, Schrittwieser, Majcen, Dipl.-Ing. Getzinger und Dr. Frizberg, betreffend den Abschluß eines Infrastrukturvertrages mit dem Bund und einer Vereinbarung über Verkehrsleistung im Regionalverkehr mit den Österreichischen Bundesbahnen, einbringen.

Seit Inkrafttreten des Bundesbahngesetzes 1992 besteht die Möglichkeit der Bestellung gemeinwirtschaftlicher Leistungen durch die Gebietskörperschaften bei den Österreichischen Bundesbahnen. Gemäß der bezughabenden EU-Verordnung, die in Österreich seit 1. Jänner 1995 geltendes Recht darstellt, kann die Landesregierung als zuständige Behörde „Verträge über Verkehrsdienste“ abschließen, die unter Berücksichtigung „landesplanerischer Faktoren eine ausreichende Verkehrsbedienung sicherstellen“ sollen.

Das Burgenland hat kürzlich die ersten diesbezüglichen Vereinbarungen mit Bund und Bundesbahnen getroffen. Ziel derartiger Verträge muß mittelfristig jedenfalls die Attraktivierung des schienengebunden öffentlichen Verkehrs und damit die Erhöhung des Deckungsbeitrages bei den einzelnen Regional-

bahnen sein. Maßnahmen im Sinne dieses Zieles sind in die abzuschließenden Verträge aufzunehmen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, raschestmöglich erstens einen Infrastrukturvertrag betreffend die Aufrechterhaltung und Attraktivierung regionaler Verkehrsdienste mit dem Bund und zweitens eine Vereinbarung über Verkehrsleistungen im Regionalverkehr mit den Österreichischen Bundesbahnen abzuschließen, die den weiteren Betrieb der steirischen Regionalbahnen sicherstellen, wobei in den Verträgen Attraktivierungsmaßnahmen und Infrastrukturverbesserungen vorzusehen sind, die eine nachhaltige Verbesserung des Betriebsergebnisses erwarten lassen. Dies ist auch die Antwort auf meine Anfrage, die Sie mir seinerzeit gegeben haben, wo Sie ebenfalls betonten, daß für Verbesserungs- und Attraktivierungsmaßnahmen im Bereich der Infrastruktur in den Jahren 1992 und 1993 insgesamt 60 Millionen Schilling ausgegeben worden sind. Ich hoffe, diese Kraftanstrengungen gelingen Ihnen auch in diesem Zusammenhang. Ich bitte Sie darum und Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. - 17.22 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Löcker (17.22 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident!

Die Vorredner haben die Problematik vor Ort schon eingehend erläutert. Ich möchte mich nicht mehr in Details festlegen, aber doch einiges Allgemeines zur Problematik sagen.

Wir wissen, daß die Schiene ökologisch und auch volkswirtschaftlich bei richtigem Einsatz ein sehr vorteilhaftes Verkehrsmittel ist gegenüber der Straße, und daß sie forciert werden muß. Wir wissen aber auch um die wirtschaftlichen Hintergründe. Wir haben ja heute im Laufe des Tages schon einige Male über wirtschaftliche, vor allem betriebswirtschaftliche, Realitäten, Stichwort „Konsum“, diskutiert, und auch die Realität läßt sich nicht wegdiskutieren, auch bei der Erhaltung, beim Betrieb der Bundesbahn. Und wir wissen, daß das Land Steiermark schon eine saftige Wunschliste seitens der Bundesbahn bekommen hat zur Beitragsleistung, wobei die vorhergehende Wortmeldung des Kollegen Vollmann ja diese Höhe berechtigterweise in Zweifel stellen läßt, denn wenn das stimmt, was Heinz Vollmann gesagt hat, und ich hoffe, daß wir das belegen können, dann wird auch die Summe über die allfällige Beitragsleistung durch das Land sich vielleicht in einem erträglichen Rahmen eingrenzen lassen.

Auch dieser Beschlußantrag hat natürlich zum Teil vielleicht widersprüchlich erscheinende Positionen, wenn ich vorlese, daß die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, in diesem Fall der Schiene, auch eine Erhöhung des Deckungsbeitrages mit sich bringt. Das ja wirklich nur dann, wenn man sicher sein kann, daß das entsprechende Angebot auch angenommen wird, denn sonst würde es nicht funktionieren, und das müßte eben vorher auch entsprechend seriös hinterfragt werden, weil es keinen Sinn hat, eine Attraktivierung ohne entsprechende Annahme durchzuführen.

Für die Aufrechterhaltung allein, also sprich Abdeckung von Abgängen, wird das Land keine erheblichen Beiträge leisten können, denn wie schon von den Vorrednern gesagt wurde, sind ja viele Bereiche des öffentlichen Verkehrs, vom Verkehrsverbund angefangen, zu finanzieren, und zwar im eigenen Wirkungsbereich des Landes, wo der Bund keine Subventionsverpflichtung hat, und das Land muß natürlich die eigenen Aufgaben in erster Linie erfüllen.

Ich habe vor kurzem ein internationales Seminar über den Eisenbahnbau besucht, und da sind ganz nüchterne und ernüchternde Aussagen gekommen. Unser Verkehrsminister Klima hat gesagt, daß infolge der beschränkten Finanzen unseres Staates in Zukunft der Bau von Bahneinrichtungen in erster Linie über Konzessionäre erreicht werden kann, sprich, wenn der Bund keine Eigenmittel mehr hat, muß er die Bauten an Konzessionäre weitergeben. Ja, er ist noch darüber hinausgegangen und hat davon gesprochen, daß man auch das Mautrecht bestehender Eisenbahnstrecken verkaufen könnte, um mit diesem Ertrag des Mautrechtes neue Maßnahmen zu finanzieren. Das heißt, man will also die bestehenden Investitionen schon refinanziert haben, geschweige denn Mittel für zukünftige Finanzierung. Ja, und unter diesen Aspekten wird es natürlich eng. Wenn ich mir die internationale Entwicklung so ansehe, dann müssen wir halt Realisten sein, weil die Österreicher auch nicht eine Insel der Seligen sind, für die wirtschaftliche Grundsätze nicht gelten. Der Amerikaner hat zum Beispiel im Nordosten, also im stark industrialisierten Gebiet, im vergangenen Jahrhundert in Eigenregie, im Pioniergeist, private Eisenbahnen gebaut und sie bis zum Jahre 1970 geführt, bis sie nicht mehr aufrechterhaltbar waren in privater Trägerschaft. Und dann hat der Staat eingegriffen, und in zwanzig Jahren hat durch die staatliche Führung das Defizit solche Höhen angenommen, daß auch der Staat wiederum am Ende war, und im neunziger Jahr ist man wieder zur Reprivatisierung geschritten. Und die Reprivatisierung hat bei dieser Eisenbahn zum Beispiel konkret so ausgesehen, daß man das Liniennetz von 17.000 Kilometer auf 12.000 Kilometer reduziert hat, also in diesem Jahrzehnt, und die Mitarbeiter von 100.000 auf 25.000 gekürzt hat. Daß damit die generellen Serviceleistungen zwangsweise wesentlich reduziert wurden, ist wohl klar, aber umgekehrt hat man zum Ausgleich durch ein besseres Management, eine bessere Kooperation mit der Straße, mit den anderen Verkehrsträgern wesentlich bessere Betriebsergebnisse erwirtschaftet, und sie sind jetzt am Markt und werfen eine erhebliche Rendite, im letzten Jahr 11 Prozent per anno, ab. Wir wollen ja gar nicht von Renditen in Österreich träumen, aber wir wollen nur hoffen, daß irgendwie unsere beschränkten Mittel noch reichen, um die Defizite abzubauen.

In Deutschland kann man auch etwas lernen, ich meine jetzt nicht einmal so sehr die Finanzierung, die ja zur Zeit boomt, weil die deutsche Einheit hier die Mittel aufbringt. Aber dort wurde mir gesagt, daß man für Feststellungsverfahren den Zeitraum von einem Jahr und für die gesamte Projektierung von Großbauvorhaben, sprich also die schnelle Bahn, einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren einhält, weil

– und das kommt bei uns jetzt auch zum Tragen – der politische Wille vorhanden ist. Der politische Wille, und weil man halt auch bei ökologischen Bedenken zwar diese nicht mißachtet, aber in einem vertretbaren Zeitraum abhandelt. Und wenn ich an den Terminal im Süden von Graz denke, wo man seit zehn Jahren, ich weiß nicht, elf Standorte bisher gesucht hat und jetzt noch immer nicht endgültig die Finanzierung regeln kann, dann wird man eben mit der Finanzierung überhaupt nicht mehr zu Rande kommen. Das sind also Dinge, die auch zu klären sind, wenn man eine 10 Kilometer oder eine 20 Kilometer lange Lokalstrecke zur Diskussion stellt.

Ich bekenne mich zur Schiene, wünsche sehr, daß diese erhalten bleibt, aber ich würde nicht wollen, daß man jetzt einige Tage vor der Gemeinderatswahl hinausgeht und sagt, „wir haben im Landtag zustande gebracht, daß diese Eisenbahn aufrecht bleibt“, denn das wäre wahrscheinlich sehr populär oder populistisch gemeint. Ich nehme auch nicht an, daß das geschehen wird, und danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Siegfried Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Keine Sorge, ich werde das nicht recht lange verlängern. Ich möchte nur einige Bemerkungen zu diesem Land-Bund-Vertrag, wie ihn das Burgenland abgeschlossen hat, hier tun. Und zwar bin ich, ich möchte zu der Anfrage, die Sie heute, Frau Landeshauptmannstellvertreterin, beantwortet haben, eine Bemerkung dazu noch machen.

Natürlich hat es diese Vereinbarung mit den Landesfinanzreferenten gegeben, die da lautet: „Es wird mit dem Bund kein Vertrag abgeschlossen, solange also die Verhandlungen und Gespräche mit den ÖBB zu keinem Erfolg geführt haben, und daß die Infrastruktur garantiert ist.“ Aber das Burgenland hat zwei Verträge abgeschlossen. Ich habe diesen Vertrag hier bei mir. Da gibt es den ersten Vertrag, wo es um die Bestellung geht, „Bestellung von Verkehrsleistungen im Regionalverkehr“, aber gleichzeitig wurde ein Vertrag abgeschlossen mit dem Bund, einen Infrastrukturvertrag, wo natürlich die Frage der Infrastruktur parallel dazu mit dem Bund abgeschlossen werden muß. Das ist selbstverständlich! Wo ich aber große Sorge habe, ist, daß wir als Land Steiermark, und es macht ja durchaus nichts, wenn wir uns einmal nicht nur an den anderen Bundesländern orientieren, sondern auch wir einmal eine Vorreiterrolle in der Frage haben, vor allem ein Bekenntnis ablegen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, wenn wir die Sache zügiger verhandeln. Ich verstehe den Kollegen Getzinger, der aus umweltpolitischer Sicht die Dinge noch viel intensiver betreibt, weil er sagt, jede Auflassung einer Nebenbahn ist natürlich ein Schlag ins Gesicht für den Umweltschutz, aber natürlich, und zu dem bekenne ich mich auch, muß man die wirtschaftliche Situation der Nebenbahnen insgesamt betrachten. Und da gehören aber auch Konzepte und Initiativen dazu, wo man sagt, wie attraktiviere ich diese ganze Neben-

bahn, oder ich kann in der Zukunft die finanziellen Leistungen nicht mehr leisten, die notwendig sind. Und der Generaldirektor Draxler – und ich möchte zur ÖBB etwas sagen, ich habe das einmal schon erwähnt, und ich möchte das heute wiederholen – viele, die hier sitzen, vor allem die Fraktionen der ÖVP und auch der Freiheitlichen, haben seit Jahren oder Jahrzehnten der Bundesbahn vorgeworfen, daß sie unwirtschaftlich ist, daß sie nicht auf die Kosten schaut, daß sie ein Defizitfresser ist, daß sie Milliarden verschlingt, daß schlecht gewirtschaftet wird, und ich könnte die Liste fortsetzen.

Auf Grund dieser riesigen Proteste hat nun der Verkehrsminister diese ÖBB ausgegliedert, auf Wunsch vieler in Österreich, weil es haben ja alle recht gegeben, die nicht bei der ÖBB waren, hat man diese ÖBB ausgegliedert mit der Maßgabe, in der Zukunft betriebswirtschaftlich ihr Unternehmen zu führen. Gegen das ist ja nichts einzuwenden. Wir bekennen uns dazu. Aber natürlich wird dann auch die Frage gestellt, wer zahlt mir, was die Region, was die Politik, was Gemeinden verlangen, was sich bei mir betriebswirtschaftlich nicht rechnet? Daß das zu Verhandlungen führt und daß da die Regionen eingeladen werden zu bezahlen, ist selbstverständlich, glaube ich. Aber ich habe deshalb große Sorge um die Nebenbahn, Frau Landeshauptmann, Sie waren dabei, wie wir mit dem Generaldirektor Draxler vor kurzem, der ja das Ultimatum bereits vor einem Jahr zirka gestellt hat, entweder ihr bestellts oder wir stellen ein, und wie wir dann bei unserer Zusammenkunft mit dem Generaldirektor Draxler ich bei einer Pressekonferenz an ihn die Frage gestellt habe: „Was tun Sie, wenn das Land hier nicht bestellt?“ Dann war die Antwort des Generaldirektors: „Dann wird eingestellt werden.“ Und da habe ich die Sorge, wenn wir nicht sehr rasch die Verhandlungen abschließen, daß nicht nur die zwei Nebenbahnen Hieflau-Eisenerz oder Neuberg eingestellt werden, sondern daß auch die weiteren Nebenbahnen zur Disposition stehen. Darum glaube ich, daß wir uns politisch – und jetzt lassen wir die Gemeinderatswahlen wirklich weg –, und ich habe das auch, wie der Generaldirektor das erste Schreiben geschickt hat, angeboten, daß wir uns zusammensetzen, was wollen wir in Zukunft mit den Nebenbahnen, zögern wir das nicht noch ein Jahr hinaus. Wie wollen wir sie attraktivieren, auf welche Nebenbahn müssen wir verzichten, weil es wirtschaftlich nicht mehr vertretbar ist, und welche Nebenbahnen führen wir weiter? Ich glaube, die Verzögerung noch weiter verunsichert nur. Alle paar Monate steht einmal in der Zeitung, jetzt wird die Nebenbahn eingestellt, dann wird die eingestellt. Hier sind wir, und in erster Linie Sie, wir sind bereit mitzutun, zu handeln und vor allem einen Standpunkt einzunehmen, wie wir in Zukunft das lösen wollen. Und diesen Vertrag Land-Bund, wir werden über Verhandlungen, wo auch wir Bereitschaft signalisieren, etwas zu tun, nicht vorbeikommen. Nur, wir müssen sie beginnen und raschest abschließen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 17.36 Uhr.)

Präsident: Das Wort hat die Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic.

Landeshauptmannstellvertreter Klasnic (17.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sie werden sich heute vielleicht gedacht haben, daß ich zum Beispiel bei der Zielgebietsgeschichte EU mich nicht gemeldet habe. Das war aber auch schon ein Teil der Anfrage heute am Vormittag. Und ähnlich ist es bei dem Problem Infrastruktur. Das heißt aber nicht, daß ich die Debatte nicht sehr ernst nehme und selbstverständlich gemeinsam mit Ihnen auch an einer betriebswirtschaftlichen Führung von Bahnen in der Steiermark überhaupt interessiert bin und wohl darauf verweisen darf, daß wir im Bereich der Landesbahnen eine Attraktivierung geschafft haben. Nehmen wir zum Beispiel Weiz-Gleisdorf oder denken wir an die Strecke in den Übelbachgraben, die eigentlich auch schon für aufgegeben gegolten hat.

Ich nehme das Angebot zusammenzuarbeiten und zu sagen, wie gehen wir mit den Nebenbahnen weiter vor, auch als ein Angebot an, Herr Kollege Schrittwieser, daß wir den steirischen Standpunkt festlegen. Ich werde das im April tun, vielleicht sollte man es wirklich weggeben von der Situation Gemeinderatswahl. Und ich glaube, daß wir mit dieser Debatte auch zeigen, daß es uns ein Anliegen ist, daß auch die Schiene ernstgenommen ist, daß sie auch angenommen werden soll, vor allem auch dann, wenn wir vom Verkehrsverbund Steiermark reden, weil wir ja nicht vorher die Strecken schließen sollen, die wir dann im Verbund brauchen. Aber ich wiederhole die Antwort vom Vormittag. Bei der Berechnung, die uns die ÖBB vorlegt, müssen wir darauf pochen, daß die Kosten nachvollziehbar sind. Wir müssen auch verlangen, daß uns zugerechnet wird, als Bundesland, daß wir die Steiermärkischen Landesbahnen in der Größenordnung von 90 Millionen Schilling in der Gesamtrechnung berücksichtigt haben wollen. Und wir müssen vor allem auch den Nachholbedarf der Steiermark in Sachen Infrastruktur im Bahnbereich sehen. Da hat sich ja einiges abgespielt, und da haben wir auf der Ostbahn auch einiges erreicht. Es gibt auf der einen Seite die Beamtenverhandlung. Ich komme gerne auf diese steirische politische Gesprächsrunde zurück, wo wir auch aus der Sicht der Politik gemeinsam sagen, was es sein soll, weil wir die Zukunft der Schiene nicht nur festigen, sondern absichern wollen für die nächsten Jahre. Das ist mir ein Auftrag, und in diesem Sinne danke ich schon jetzt für die Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 17.39 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend den Abschluß eines Infrastrukturvertrages mit dem Bund und einer Vereinbarung über Verkehrsleistungen im Regionalverkehr mit den Österreichischen Bundesbahnen.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters und zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP. Ich komme nun zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

11. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1110/3, zum Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Heibl, Günther Prutsch, Schrittwieser und Trampusch, betreffend die rasche Errichtung eines Park-and-ride-Platzes beim neuen Bahnhof in Kaindorf an der Sulm.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Otto Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (17.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Vorlage behandelt die Einrichtung eines Park-and-ride-Platzes beim neuen Bahnhof in Kaindorf an der Sulm. Hiezu wird von der Landesregierung folgendes berichtet:

Die Situierung der Park-and-ride-Anlage beim neuen Bahnhof in Kaindorf macht deshalb Probleme, weil eine geordnete und grundwasserschützende Ableitung der Oberflächenwässer Voraussetzung sein muß. Der von den Österreichischen Bundesbahnen konzipierte Park-and-ride-Platz liegt zirka 150 Meter von der unmittelbaren Haltestelle entfernt, bietet 32 Stellplätze und liegt im engeren Schongebiet eines Brunneneinzugsgebietes für die Wassergenossenschaft Leibnitz-Süd. Und hier liegt ein Fehler vor, es handelt sich hier nicht um die Wassergenossenschaft Leibnitz-Süd, sondern um die Leibnitzerfeld-Wasserversorgungs Ges. m. b. H., bitte um Berichtigung. Für diese Anlage läßt sich mit entsprechenden Bedingungen zur Ableitung der anfallenden Oberflächenwässer die wasserrechtliche Bewilligung durch die zuständige Behörde erwirken.

Die von der Gemeinde Kaindorf ins Auge gefaßte Alternative für die Park-and-ride-Anlage im Nahbereich der Haltestelle bietet wesentlich mehr Platz und kann auch erweitert werden, rückt aber damit in das Schutzgebiet des erwähnten Brunneneinzugsgebietes. Für diese Alternative läßt sich momentan keine wasserrechtliche Bewilligung erwirken, so daß seitens der verantwortlichen Verkehrsplaner keine weiteren Umsetzungsschritte in diese Richtung vorgenommen werden können.

Im Auftrag der Fachabteilung IIa wird daher das Park-and-ride-Projekt auf der Grundlage des ÖBB-Entwurfes im Detail geplant und für die rechtlichen Verfahren sowie für die Bauausführung im Jahre 1995 adaptiert. Sollte es der Gemeinde wider alle Erwartungen gelingen, in bezug auf die Schutzverordnung eine Änderung herbeizuführen, so daß damit die von

der Gemeinde ins Spiel gebrachte Variante rechtlich realisierbar wird, ist die Verkehrsplanung durchaus bereit, auch dieses Projekt zur Ausführung vorzubereiten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die rasche Errichtung eines Park-and-ride-Platzes beim neuen Bahnhof in Kaindorf an der Sulm, wird zur Kenntnis genommen. (17.43 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura (17.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe in den letzten Jahren zirka zwanzig Park-and-ride-Plätze verantwortlich gemeinsam mit den ÖBB erstellt und errichtet und kann sagen, daß die Leute, die bei den ÖBB tätig sind, gerade in diesem Bereich ausgesprochen gute Leute sind, und es wurde sehr unbürokratisch diese Arbeit geleistet und abgewickelt. Also, es ist auch bei den ÖBB eine ausgesprochene Besserung in Sicht, und das möchte ich hier anmerken. Interessant ist bei den Park-and-ride-Plätzen, daß nun beim Verkehrsverbund mit den Tarifgrenzen jene Pendler, die Tarifgrenzen überschreiten, die hinter diesen wohnen und mit ihrem Pkw sich die Bahnhöfe so aussuchen, damit sie den billigeren Tarif noch einfahren können.

Aber beim Bau dieser Park-and-ride-Parkplätze zeigt sich, daß alles, was über hundert Meter vom Bahnhof entfernt ist, problematisch wird, weil die Leute, wenn möglich, bis zum Bahnhof hinfahren wollen und so wenig wie möglich zu Fuß gehen wollen. Das Problem, das sich hier zeigt, ist die Problematik der Wasserverunreinigung durch eventuelle Mineralöle, die auslaufen. Und hier gibt es natürlich auch seitens der Wasserrechtsbehörde Stellungnahmen, die immer gesagt haben, am liebsten ist uns ein Belag beziehungsweise eine Befestigung des Standplatzes mit Makadam, weil hier austropfendes Öl mehr oder minder klein verteilt wird und hier die Bakterien Möglichkeiten finden, dieses Öl aufzuarbeiten, und eine Durchsickerung ist in dem Sinne nicht zu erwarten, es ist praktisch hier wasserrechtlich kein Problem, wenn Mineralöl tropfenweise verteilt auftritt.

Ein Problem gibt es, wenn eine asphaltierte Fläche vorhanden ist, wenn dann konzentriert das Oberflächenwasser abgeführt wird, weil dann eben so und so viele Öle hier anstehen, ausgewaschen werden und ins Grundwasser konzentriert einsickern können. Dazu sind besondere Reinigungsverfahren notwendig. Und ich möchte nur hier sagen, es gibt ja diese Resolution – Sie kennen sie noch nicht, aber ich kenne sie schon –, der wir auch zustimmen werden. Diese Resolution zur Verlegung des Park-and-ride-Platzes in das Schongebiet wird natürlich eine teure Abwasserreinigung notwendig machen, denn so, wie das Wasser dort konzentriert abrinnt, wird es nicht gehen, weil die Wasserrechtsbehörde hier natürlich Bedenken einbringen wird.

Weiters gibt es natürlich Möglichkeiten des Einsatzes eines Öko-Steines. Hier zeigt sich, daß natürlich ein poriger Betonstein diese allfälligen Mineralöltropfen auffangen kann und es hat sich gezeigt, daß das eine sehr gute Lösung ist, aber wie gesagt, auch nicht billig. Wir haben die Park-and-ride-Plätze ausgestattet mit diesen Öko-Steinen, wir haben bei allen eine Beleuchtung gemacht, weil ja die Damen, wenn sie spät am Abend vom Zug heimkommen, natürlich auch die Sicherheit benötigen, unbelästigt zu ihrem Auto zu kommen, die Bepflanzung ist natürlich im Sommer wichtig, daß eine Beschattung vorhanden ist. Und das, was ich noch dazusagen muß, ist, daß die Gemeinden die Müllabfuhr, die Schneeräumung und den Grünschnitt übernehmen. Auch die Kosten für die Beleuchtung sind mehr oder minder Kosten der Sicherheit und damit auch für die Betreuung. Die Möglichkeit, Reinigungsanlagen herzustellen, die auch in einem Schongebiet liegen, sind gegeben, nur sind es höhere Kosten. Wir wollen uns in diesem Fall dazu bekennen. In diesem Sinne danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 17.47 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kowald. Ich erteile es ihm.

Abg. Kowald (17.48 Uhr): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem wir wissen, daß das eine notwendige Sache ist unten in der Gemeinde Kaindorf, in der Nähe von der HTL, und bereits jetzt fast der halbe Park-and-ride-Platz schon gebaut worden ist mit den Ausführungen unseres Planers, sind wir umso mehr überzeugt, diesen Schritt auch auf schnellstem Wege umzusetzen. Die Abgeordneten Kowald, Trampusch, Mag. Rader, Purr, Heibl und Dipl.-Ing. Chibidziura stellen hier einen Beschlußantrag, betreffend die Errichtung von Park-and-ride-Plätzen beim neuen Bahnhof in Kaindorf.

Für die alternative Park-and-ride-Anlage im Nahbereich der Haltestelle konnte bisher keine wasserrechtliche Bewilligung erhalten werden. Nunmehr beabsichtigt die Wasserrechtsbehörde nach Informationen der Landesbaudirektion, von den strengen Restriktionen im Schutzgebiet abzugehen und möglicherweise auch für die Park-and-ride-Anlage in einer Randzone eine Ausnahme zu genehmigen. In diesem Sinne sollte von der Fachabteilung II a der Landesbaudirektion sowohl der ÖBB-Entwurf für diese Anlage, als auch die von der Gemeinde Kaindorf beabsichtigte Anlage im Detail geplant beziehungsweise adaptiert werden, um einen Baubeginn noch im Jahre 1995 zu ermöglichen. Für die Umsetzung dieses alternativen Park-and-ride-Platzes müssen dann die Gemeinde Kaindorf und die ÖBB mit Unterstützung der Fachabteilung II a der Landesbaudirektion die notwendige wasserrechtliche Bewilligung erwirken. Die genannten Abgeordneten, die bereits unterzeichnet haben, stellen daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Detailplanung für den Park-and-ride-Platz in Kaindorf beziehungsweise eine Adaptierung der alternativen Park-and-ride-Anlage zu forcieren und mit Unterstützung der Fachabteilung II a der Landesbaudirektion für die Gemeinde Kaindorf

und ÖBB die wasserrechtliche Bewilligung zu bewirken.

Präsident: Danke. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Eingebracht wurde ein Beschlußantrag von Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die rasche Errichtung von Park-and-ride-Plätzen beim neuen Bahnhof in Kaindorf, der sämtlichen in der Geschäftsordnung vorgeschriebenen Bedingungen entspricht.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen: erstens über den Antrag des Herrn Berichterstatters und zweitens über den Beschlußantrag von Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die rasche Errichtung von Park-and-ride-Plätzen beim neuen Bahnhof in Kaindorf. Ich komme nun zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1110/3, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag von Abgeordneten aller Fraktionen, betreffend die rasche Errichtung von Park-and-ride-Plätzen beim neuen Bahnhof in Kaindorf, die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 268/7, zum Antrag der Abgeordneten Dr. Maitz, Dr. Cortolezis, Grillitsch und Ing. Löcker, betreffend Draken.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (17.52 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 268/7, nämlich eine Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu einem Antrag, betreffend Draken. Dieser Antrag wurde 1992 der Steiermärkischen Landesregierung zugewiesen, und in diesem Antrag haben die Abgeordneten eine Aufstockung der vorgesehenen 100 Millionen Schilling Bundesmittel für Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Stationierung der Draken um weitere 200 Millionen Schilling begehrt. Zweitens haben sie weitere Lärmschutzmaßnahmen durch den Bund ab einem Wert von 105 Dezibel abwärts und drittens eine rascheste Erfüllung der im Flugeinsatzplan 1990 verankerten 46-Prozent-Quote für Starts und Landungen außerhalb der Steiermark verlangt.

Es hat dann eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Umweltkoordinator Dr. Rupprecht gegeben, die diesen Landtagsantrag verfolgt hat und die zu folgendem Ergebnis geführt hat:

Mit Stand 14. November 1994 konnten bisher 36 Anrainer des Flugplatzes Zeltweg und 15 Anrainer des Flugplatzes Graz-Thalerhof antragsgemäß abgelöst werden. Für diese 51 Ablösefälle waren Bundesmittel in Höhe von 139,483.053 Schilling erforderlich. In Vollziehung der sogenannten Artikel-15 a-Vereinbarung

ist es weiters möglich, Abschlagszahlungen als Wertminderungersatz zu begehren. Nach diesen Möglichkeiten wurden bisher insgesamt zehn Fälle für Zeltweg und 32 Fälle für Graz-Thalerhof erledigt. Diese Abschlagszahlungen haben Bundesmittel in der Höhe von rund 20 Millionen Schilling erfordert. Damit sind zum genannten Stichtag die am stärksten betroffenen Lärmzonen sechs, fünf und vier erledigt. Es steht zu erwarten, daß nach Maßgabe der Mittel auch die Zone drei noch im Laufe des Jahres 1994 erledigt werden kann. Mit der Endvollziehung oder mit einer Gesamterledigung der Vollziehung ist im Jahre 1995 zu rechnen. Die Gewährung weiterer Bundesmittel für Lärmschutzzonen unter 105 Dezibel wurde vom Bund abgelehnt. Die Steiermärkische Landesregierung hat jedoch 1994 im April ein Sonderwohnauförderungsprogramm beschlossen, das Wohnhaussanierungsmittel für diese Zone vorsieht.

Zum Antrag der zitierten Abgeordneten auf die Einhaltung der 46prozentigen Einsätze außerhalb der Steiermark wird berichtet, daß die für den Flugbetrieb Verantwortlichen sich bemühen, möglichst viele Flugbewegungen auch außerhalb der steirischen Stationierungsorte zustande zu bringen. Das Flugeinsatzkommando legt folgende Ziffern vor: 1993: in Zeltweg und in Graz gemeinsam 1448 Flugbewegungen im ganzen Jahr, Auswärtsflugbewegungen 458. Für 1. Jänner 1994 bis 31. Oktober 1994 hat es in der Steiermark gegeben, in Zeltweg und Graz, also in der Steiermark gesamt, 1192 Flugbewegungen und nichtsteirische 40. Es ist festzuhalten, daß die ursprünglich geplanten rund 2000 innersteirischen Flugbewegungen pro Jahr weder 1993 noch 1994 erreicht wurden.

Ich stelle daher den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen, diesen Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Draken, zur Kenntnis zu nehmen. (17.55 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fritz Grillitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Grillitsch (17.55 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Das ist seit der Draken-Geschichte der erste positive Bericht, was man in bezug auf die Draken sagen kann, und er bestätigt eigentlich, daß unsere Haltung, die der Österreichischen Volkspartei, in dieser Frage immer eine richtige und sehr sehr vernünftige war. (Abg. Dr. Ebner: „Das glaubst du selber nicht!“) Das glaube ich selbst, weil wäre es nicht unser unnachgiebiges Drängen gewesen, wäre fürs erste - (Abg. Dr. Ebner: „Man braucht dich nur anzuschauen, um zu sehen, daß du das selber nicht glaubst!“) wäre fürs erste, Herr Kollege Ebner, vielleicht waren Sie noch zu jung, daß Sie damals begriffen haben, wäre es erstens nicht möglich gewesen, die 300 Millionen Schilling vom Bund zu erreichen, wo, wie wir jetzt hörten, hier 194 Millionen bereits entschädigt sind, und mit diesen Entschädigungen sind die größten Schwierigkeiten einigermaßen beruhigt worden.

Die ganzen Diskussionen in Aichdorf und in Zeltweg waren auf sehr hohen Emotionen. Und wenn ich sage, einigermaßen beruhigt, dann deshalb, weil es sehr schwierig ist, in einem Ortsgebiet eine Trennlinie zu finden, innerhalb der einzelnen Zonen, das geht

wohl auf der Karte sehr klaß, aber im Ortsgebiet ist es schwierig, und da gibt es noch viele Unzufriedene. Und es wird notwendig sein, noch etwas bei den Abschlagszahlungen zu tun.

Trotzdem glaube ich, daß man sich hier wirklich bemüht hat und daß sich vor allem der Herr Landeshauptmann gemeinsam mit dem Minister bemüht hat, die Emotionen unten zu halten. Wir haben Lichal gehabt, und dann ist der Fasslabend gekommen, da war es noch kooperativer.

Daß wir uns hier in gemeinsamer Vorgangsweise für die Bevölkerung sehr hilfestellend eingefunden haben. Das wird in Zukunft notwendig sein, und ich danke vor allem dem Koordinator, Hofrat Dr. Rupprecht, der gemeinsam mit dem Koordinator des Bundesheeres, Herrn Divisionär Eitner, sich sehr um die Belange bemüht hat. Ich stelle fest, daß nach wie vor die meisten Flugbewegungen in Zeltweg stattfinden, daß der Flugeinsatzplan, und vielleicht glauben Sie das, nie zum Tragen gekommen ist und daß er auch nie zum Tragen kommen wird. (Beifall bei der ÖVP. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1165/1, betreffend die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen in Höhe von 10 Millionen Schilling für Umbaumaßnahmen im Bereich des Fahrtechnikzentrums am Österreich-Ring in ein Veranstaltungszentrum,

erteile ich dem Herrn Abgeordneten Korp das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Korp (17.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Zur Regierungsvorlage 1165/1 darf ich folgenden Bericht erstatten: Bereits mit Schreiben vom 13. Jänner 1995 hat die Test-&-Training Fahrtechnikzentren und Sicherheitstraining Gesellschaft in Teesdorf mitgeteilt, daß sie grundsätzlich bereit sei, die für ein Veranstaltungszentrum am Ö-Ring notwendigen Umplanungen durchzuführen. Allerdings kann sie die dadurch entstehenden Mehrkosten aus der Beauftragung der Umplanung und die übrigen sonstigen baulichen Veränderungen nicht selbst tragen. Nach Rücksprache mit der zuständigen Baubehörde ist eine derartige Umplanung im Rahmen der geltenden Bauvorschriften ohne große Probleme möglich. Auf Grund des bereits entstandenen zeitlichen Drucks durch die geplante Eröffnung des Fahrtechnikzentrums und der in Aussicht stehenden Konzertveranstaltungen sind die Umplanungen umgehend durchzuführen. Aus vorangeführtem Grund hat daher die erwähnte Gesellschaft an die Österreichring Ges. m. b. H. beziehungsweise das Land Steiermark bereits mit dem damaligen Schreiben das Ersuchen gerichtet, die Mehrkosten in Höhe von maximal 10 Millionen Schilling aus Mitteln

der öffentlichen Hand zu übernehmen. Auf das zitierte Schreiben vom 13. Jänner 1995 wurde von Herrn Landesrat Ing. Ressel mit Schreiben vom 3. Februar 1995 der Test-&-Training Fahrtechnikzentren und Sicherheitstraining Gesellschaft mitgeteilt, daß er sich als zuständiges Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung dafür verwenden werde, daß die im Rahmen der Umgestaltung des geplanten Fahrtechnikzentrums entstehenden Mehrkosten und die daraus resultierenden baulichen Veränderungen auf Grund der regionalpolitischen Bedeutung des Österreich-Ringes durch das Land Steiermark getragen werden.

Ich darf an dieser Stelle abkürzen, nachdem Ihnen diese Regierungsvorlage selbst vorliegt, und mich auf folgende Schlußfestlegungen beschränken: Für die in diesem Zusammenhang erforderlichen Mittel wäre daher die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 10 Millionen Schilling erforderlich, welche vom Steiermärkischen Landtag zu genehmigen wären.

Es wird somit der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen im Bereich des Fahrtechnikzentrums am Österreich-Ring wird die Aufnahme zusätzlicher Darlehen in Höhe von 10 Millionen Schilling genehmigt. (18.02 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

Abg. Pußwald (18.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Aktivierung des Österreich-Ringes ist ein regionales Ziel mit dem Hintergrund, daß sich die Bevölkerung dort positiv identifizieren kann, mit etwas, was nicht jedermann oder jede Gegend hat. Ich möchte hier auch ganz besonders in die Erinnerungskiste greifen, denn vor einem Jahr ist die Region an das Land herangetreten mit der Aktivierung des Österreich-Ringes in Richtung Formel I. Landesrat Hirschmann hat damals diesen Wunsch sehr unkonventionell aufgenommen, äußerst aktiv, professionell und zielgerichtet innerhalb eines Jahres die Voraussetzungen geschaffen, daß es wieder möglich sein kann, ein Formel-I-Rennen am Österreich-Ring durchzuführen, daß es vor allem das Fahrtechniksicherheitszentrum seit vergangenem späterem Sommer fixiert am Österreich-Ring gibt. (Abg. Dr. Flecker: „Das haben wir schon zu meiner Holdingzeit sichergestellt gehabt! Wollte Sie nur daran erinnern!“) Ja, es ist aber Tatsache gewesen, daß seit 1986 keine Formel-I-Rennen mehr durchgeführt worden sind, weil halt einfach die Voraussetzungen nicht möglich waren.

Aber das Fahrtechniksicherheitszentrum hat sich etabliert. Es ist so, daß hier eine große Chance nicht nur für die regionale Bevölkerung, sondern insgesamt für die Bevölkerung des südlichen Österreichs zu sehen ist, daß es dort die Möglichkeit gibt, vom jungen Fahrer angefangen, der den Führerschein gemacht hat, seine persönliche Grenzerfahrung in schwierigen Situationen auszuloten, bis hin zum Berufsfahrer, der ständig mit widrigen Verkehrs- und Witterungssituationen konfrontiert ist, aber auch an den Senior ist zu denken, der noch immer sein eigenes Fahrzeug lenkt und vielleicht in seiner Aufmerksamkeit und in seiner Aktivität nicht-mehr so ganz trainiert und da

ist. Jetzt hat sich auf Grund dieser beiden Tatsachen ergeben, daß es noch eine dritte Möglichkeit gäbe, die für die Steiermark interessant ist und vor allem für die landschaftlich schöne Umgebung interessant ist, das ist das Stadion, das für Großveranstaltungen, aber auch für Konzerte schon im heurigen Jahr genutzt werden soll.

Das vorliegende Konzept bezieht sich in erster Linie auf den Fahrtechnikbereich im Zusammenhang mit dem Stadion. Hier ist an den ÖAMTC der Wunsch ergangen, noch einmal die baulichen Maßnahmen hinauszuzögern. Ich danke auch den Verantwortlichen dort, die einen langen Atem bewiesen haben und jetzt wieder bereit waren, noch einmal für die Region zu verschieben und ein weiteres Standbein hereinzunehmen.

Heute im Ausschuß, und das tut mir leid, ich kenne eigentlich die Zusammenhänge nicht ganz, denn üblicherweise war es so, wenn eine Fraktion eine Rückstellung beantragt hat, haben wir das akzeptiert, und es sind die anderen Fraktionen mitgegangen. Die freiheitliche Fraktion hat heute die in der Regierung genehmigten 96 Millionen für den Landtag noch einmal zurückgestellt. Ich verstehe das nicht. (Abg. Dr. Ebner: „Nicht genehmigt, sondern der Regierung nur zur Kenntnis gebracht! Damit das klar ist, nur zur Kenntnis gebracht worden, daß es in den Landtag eingebracht worden ist!“) Gut, das nehme ich zur Kenntnis. Ich nehme das auch so an, ich möchte aber trotzdem sagen, daß wir uns immer auf diese Weise geeinigt haben, daß die Parteien, die Fraktionen miteinander gegangen sind. Und bei der Abstimmung war es mir heute unerklärlich, was die Ursache ist, warum man nicht dieser Bitte gemeinsam nachgehen kann, zumal es geheißsen hat, man möchte also da noch einmal konkreter werden und noch einmal die Hintergründe durchleuchten. Es würde mich von der sozialdemokratischen Fraktion interessieren, ob es nur die Gemeinderatswahlen sind oder ob es auch wirkliche Hintergründe sind, die da eine andere Entscheidung notwendig gemacht haben.

Was ist dieser Österreich-Ring jetzt für diese Region der Obersteiermark? Erstens ist er ein Hoffnungsträger, ein Hoffnungsträger darauf, daß es wieder eine positive Imagewerbung nach außen gibt bei der Jugend, im Motorsportbereich, im Tourismus und vor allem auch, denke ich, im wirtschaftlichen Bereich, denn dieses Zentrum sollte genutzt werden für verschiedenste Präsentationen, die in der Fahrtechnik eine Rolle spielen, die aber auch in der Entwicklung umweltrelevanter Bereiche eine wichtige Rolle spielen, zum Beispiel im Motorbereich. Die Motoren werden immer schlanker, immer intensiver in ihrer Entwicklung genutzt, warum soll dieses Zentrum, dieses technische Fahrzentrum nicht für solche Präsentationen im speziellen genutzt werden? Reifentests mit entsprechenden Auflagen können durchgeführt werden, Umweltfragen, die insgesamt mit dem Verkehr in Zusammenhang stehen. Und damit ergibt sich auch wieder, daß direkt vor Ort einige Menschen einen fixen Arbeitsplatz bekommen, sei es als Instrukturen, sei es als Organisatoren und Mitverantwortliche für die Durchführung und sei es über die Umweltrentabilität im touristischen Unternehmen. Unsere Aufgabe wird es aber auch sein, die Gastronomie-

betriebe entsprechend zu motivieren, Nächtigungsangebote, Hotellerie zu aktivieren.

Also eine Chance, die wir uns auf keinen Fall für dieses obersteirische Region entgehen lassen dürfen, weil wir haben die Zukunftsprojekte nicht en masse am Straßenrand liegen. Und ich darf mich hier wirklich bei den Regierungsmitgliedern, im speziellen auch bei Landesrat Hirschmann, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic und bei Herrn Landesrat Ressel, für die aktive Unterstützung bedanken! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.11 Uhr.)

Präsident: Das Wort hat Herr Landesrat Dr. Hirschmann.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.11 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren!

Ich danke der Frau Abgeordneten Pußwald sehr für das, was sie gemeinsam mit anderen Abgeordneten der Region und vor allem mit den Bürgermeistern auch in den letzten Monaten in der Sache „Ö-Ring neu“ getragen hat, mobilisiert hat, weil es eine Initiative der Region ist und letztlich nur solche Initiativen von Erfolg gekrönt sein können. Ich möchte auch den Abgeordneten danken, die heute im Ausschuß zunächst einmal für dieses Stück, wo es um den Ausbau des sogenannten Waldstadions geht, gestimmt haben, und mich auch bedanken beim ÖAMTC, der in den letzten Wochen, unter Zeitdruck stehend, außerordentlich kooperativ war.

Die Frau Abgeordnete Pußwald hat zu Recht schon hingewiesen, daß das Konzept „Ö-Ring neu“ natürlich verschiedene Standbeine hat. Das ist notwendig, damit man auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit zukünftige Strategien optimieren kann. Und eine von diesen Optimierungsstrategien muß sein, daß diese Region einfach ein großes, und ich würde sagen das größte Veranstaltungszentrum, Freiluftveranstaltungszentrum Österreichs sein kann, und deswegen dieser Umbau des ÖAMTC-Geländes in ein großes Waldstadion, wo wir im Moment nach den derzeitigen Gegebenheiten ungefähr 30.000 bis 40.000 Leute unterbringen können, nach dem Umbau bis zu 100.000 Leute. Und es ist eine tolle Geschichte, weil es uns auch in diesem Jahr und in den letzten Monaten – ich habe ja selbst die Verhandlungen geführt, über mehr als drei Monate – gelungen ist, das Konzert mit den Rolling Stones und das Konzert mit Bon Jovi und seiner Gruppe in die Obersteiermark zu bekommen. Das freut mich für die Steiermark deswegen, weil das natürlich für die Steiermark von einem enormen Imagewert ist und weil man auch für die jungen Leute bei uns etwas tut! (Abg. Dr. Flecker: „Harfe spielen!“) Ja, Herr Hofrat, Sie nicht, wie wir wissen, weil dazu fehlt Ihnen das Feingefühl, um die Harfe zu spielen.

Also, meine verehrten Damen und Herren, ich freue mich. Aber ich freue mich, wenn ich Sie dort sehen werde. Man wird Sie vielleicht nicht sehen. (Abg. Dr. Flecker: „Hoffentlich sind wir nicht die beiden einzigen!“) Nein, sicher nicht! (Abg. Trampusch: „Herr Landesrat, die, die Harfe spielen, haben meistens Flügelrln, die hast du aber nicht!“) Ich verstehe mich auch primär auf andere Instrumente, lieber Franz, wie du weißt. Aber kommen wir zum Kern der Sache!

Für dich, lieber Franz, wäre es auch gut, wenn du dich auf ein Instrument wenigstens einstimmen könntest. Aber bleibe bei dem, weil, wie gesagt, mehr sind dir nicht zuzutrauen, zunächst einmal! (Abg. Gennaro: „Ich bin ein Musikant!“) Der Gennaro ist ein Sänger, nehme ich an, auf Grund seiner Ausbildung. Wir erleben das ja manchmal.

Also, meine verehrten Damen und Herren, ich glaube aber, wenn wir zum Kern der Sache zurückkommen, das ist eine tolle Sache, weil ich schaue manchmal Fernsehen, nicht oft, höre Ö 3, und seit Wochen und Monaten ist die Steiermark, sprich Zeltweg, obwohl der Bürgermeister von Spielberg, und da fühle ich mit ihm mit, das gerne richtiggestellt hätte, daß das in Wirklichkeit Spielberg heißt, aber das macht nichts, es tut der Region gut, daß wir einfach mit einer positiven Sache hier sozusagen im Mittelpunkt Österreichs stehen. Und ich glaube, das soll uns alle gemeinsam freuen. Und wir haben da keinen Vaterchaftsstreit oder was immer auch, sondern es freut uns gemeinsam, daß das stattfindet. Das wird eine tolle Sache sein.

Der Kartenvorverkauf geht blendend. Und man muß offen sagen, wenn wir diese Initiative nicht gemeinsam gestartet hätten, dann würde das auch in Wien oder in Wiener Neustadt stattfinden. Und so ist das ein Startschuß für – ich komme auf die Frau Abgeordnete Pußwald zurück – eine Sache, die ein wichtiges Standbein dieses Veranstaltungszentrums ausmachen soll und ausmachen wird.

Ich bedanke mich also da sehr, daß es in dieser Hinsicht, jedenfalls in den letzten Monaten wenigstens, zu einer relativ gemeinsamen Vorgangsweise gekommen ist. Ich verhehle auch nicht, daß die beiden Konzerte, das möchte ich auch dazusagen, weil es da natürlich vereinzelt Kritik gibt, mit 2 Millionen Schilling gefördert werden, damit sie dort stattfinden. Ich sage auch ganz offen, das war der Preis, daß das hier stattfindet. Es ist im übrigen viel weniger als das, was die Wiener Neustädter voriges Jahr in das eine Konzert, das sie durchgeführt haben, hineingesteckt haben. Und ich bin mir zumindest mit den Vertretern der Region oben im klaren, daß das eine sinnvolle Investition ist, weil auch hier die Umwegrentabilität ein Vielfaches von dieser Investition in der Region zurücklassen wird. Und das freut uns jedenfalls für die Region. Und ich sage auch ganz offen, schauen Sie, ich bin kein Kulturkämpfer und sage, mein Gott, schauts, was wir in die Oper stecken, was wir in das Schauspielhaus stecken oder was wir in andere Förderungen in diesem Land stecken, wenn einmal für die Jugend dieses Landes auch eine tolle Sache gemacht wird. Und es ist, wie gesagt, ein Konzert, das einmalig in Österreich stattfindet, dann ist das eine solche Investition und Subvention auch wert, und ich glaube, zu der kann man stehen, weil es, wie gesagt, ja auch unterm Strich für die Region einen sehr direkten wirtschaftlichen Nutzen bringen wird. Ich freue mich also, wie gesagt, meine verehrten Damen und Herren, daß dieses so möglich ist. Und es ist dann auch ein Startschuß für viele ähnliche Veranstaltungen, die in den nächsten Jahren hoffentlich auf einem neuen Ö-Ring-Gelände, auf einem adaptierten, stattfinden werden.

Und ich möchte vor allem zu den Kollegen von der SPÖ zu den heutigen Vorgängen doch ein Wort in

einer offenen Zuwendung sagen, wegen des zweiten Beschlusses. Die Frau Abgeordnete hat es schon angesprochen, und es schmerzt mich ein wenig, muß ich sagen. Ich glaube, daß es dank des Engagements von Landerat Ressel, und ich weiß, daß das auch keine Selbstverständlichkeit ist in diesem Lande, leider, sage ich dazu, daß es aber dank einer guten Kooperation mit ihm und dank einer exzellenten Kooperation, ich wiederhole es, mit den Abgeordneten der Region und vor allem auch mit den Bürgermeistern gelungen ist in den letzten Wochen und Monaten, zumindest einmal das Fundament dafür zu schaffen, daß das, was wir eigentlich wollen und was letztlich nur der Sinn sein kann, nämlich diese Region zu einem modernen Motorsportzentrum Österreichs, Mitteleuropas, zu machen, daß wir hier einige gute gemeinsame Schritte, ich sage es noch einmal, in einem nicht selbstverständlichen Klima in diesem Lande, leider, zustande gebracht haben. Und ich war eigentlich heute der Meinung, daß wir die Sache, die dann zu einem formalen Konflikt geführt hat, denn es ist inhaltlich um nichts Substanzielles heute gegangen, daß wir das im Stile gepflogener Courtoisie, wie wir es in den Landtagsausschüssen oder in den Regierungssitzungen handhaben, auch diesmal handhaben hätten sollen. Es hat berechtigterweise Fragen der freiheitlichen Fraktion gegeben, die aufzuklären sind und worüber man reden soll. Wie das Abstimmungsverhalten dann schlußendlich sein wird, bleibt offen. Aber wir haben es uns, glaube ich, ausgemacht, wenn eine Fraktion, wer auch immer, zu irgendeiner Frage, zu einem Antrag sagt, ich möchte, daß wir das zurückstellen, daß wir das noch einmal besprechen, dann war es eine Selbstverständlichkeit bis jetzt, daß wir gesagt haben, klar, einstimmig zurückgestellt, und darüber wird gesprochen. Ich hätte mir das auch heute gewünscht, und ich bin ehrlich gesagt auch nach Gesprächen mit Spitzenvertretern der sozialdemokratischen Fraktion davon ausgegangen und habe meiner Fraktion den Rat gegeben, dem Vorschlag des Herrn Klubobmannes Vesko zuzustimmen, das Stück zurückzustellen, weil es, noch einmal, in der Substanz des Antrages im Moment keine Dringlichkeit hat, denn die Frage der Planungskosten ist geklärt. Das hat dankenswerterweise der Vorsitzende des Finanz-Ausschusses auch im Ausschuß selbst gesagt. Das heißt, es ist letztlich, wenn Sie so wollen, eher um eine formale Spielerei gegangen, und ich bedauere sehr – (Abg. Trampusch: „Herr Kollege, darf ich nur eines sagen – in Sache des Ö-Ringes. Der, der bremst, muß das begründen, und wenn der Partner plötzlich bremst, dann hat er das zumindest zu signalisieren. Damit wären wir wieder bei der Einstimmigkeit, die wir immer gerne haben, wenn jemand etwas zurückstellen will. Der Partner hat nicht signalisiert, daß er bremst!“) Schau, lieber Franz, ich glaube, wir brauchen die Dinge insofern nicht auswalzen.

Ich verstehe deinen Zwischenruf nicht ganz, ehrlich gesagt. Noch einmal, ich habe mit zwei Vertretern deiner Fraktion die Sache angesprochen, und ich bin davon ausgegangen, daß das akkordiert ist und daß wir das, was wir in jedem anderen Falle auch in so einer Situation machen, heute hält. Und im übrigen höre ich, es ist eine Presseaussendung gemacht worden und im Rundfunk auch mitgeteilt worden, die ÖVP und FPÖ sind gegen den Ö-Ring. Ich meine, da

lacht ja bitte das ganze Land, nach dem, was wir in den letzten Wochen und Monaten in dieser Sache eigentlich signalisiert haben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Aber es wird viele Stimmen bringen!“) Ja, ich würde das auch unterstreichen, was der Klubobmann dazwischengerufen hat. Ich möchte das nicht auswalzen, ich sage, mir persönlich tut das leid, weil an dem einzigen und letzten Projekt, wo es in diesem Land möglicherweise eine Kooperation gibt, eher durch solche kleine U-Hakerln die Dinge dann auch noch hinterfragt werden. Und wie gesagt, ich möchte nur sagen, so werden wir in diesem Land nicht weiterkommen, und ich bedaure das außerordentlich, und mir tut es wirklich leid, auch im Sinne dessen, was der Kollege Gilbert Frizberg am Schluß seiner Verabschiedung sozusagen gesagt hat.

Und in diesem Sinne möchte ich appellieren, daß jene, denen es ernsthaft um diese Dinge geht, weiter ernsthaft an dieser Geschichte arbeiten, wir werden einige große Hürden auf diesem Wege noch haben, ich bin aber sehr zuversichtlich, daß die Verhandlungen mit Bernie Ecclestone im Hinblick auf die Rückholung des Formel-I-Grand-Prix nach Zeltweg erfolgreich abgeschlossen werden können. Ich bin außerordentlich zuversichtlich, daß wir einen Motorrad-Grand-Prix nach Österreich bringen, und dann, glaube ich, hätten wir zwei so tolle Zugpferde für dieses Motorsportzentrum, daß in der Folge davon für die Region wirklich auch ein Leitprojekt, nach meinem Dafürhalten, verwirklicht werden würde, und das würde, glaube ich, den Bezirken Murau, Knittelfeld und Judenburg außerordentlich guttun, und wenn es darüber hinaus auch Ideen und Projekte gibt, die in der Region verwirklicht werden können, will es mir nur recht sein und sind wir jederzeit bereit, jedem Partner die Hand zu reichen, der darauf hinarbeitet, daß in diesem Land etwas weitergeht und daß wir für die Bevölkerung dieses Landes etwas weiterbringen. (Allgemeiner Beifall. – 18.22 Uhr.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (18.22 Uhr): Meine Damen und Herren, es erscheint mir erforderlich, einige Dinge in das richtige Licht zu stellen, die hier gesagt wurden, von denen ich mich wundere. Wenn ich zum Beispiel die Frau Kollegin Pußwald fragen höre, was uns denn bewogen hat, dafür zu sein, daß etwas rasch geht. Ja, ich frage Sie, was hat denn Sie bewogen, dem zuzustimmen, daß gebremst wird? Was soll denn das, wenn wir gemeinsam etwas Gutes rasch haben wollen? (Abg. Dr. Ebner: „Es wird nichts gebremst derzeit!“) Ich werde es dir erklären, was gebremst wird! Ich weiß nicht, wie weit deine Begriffsfähigkeit reicht (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Die haben wir!“), aber ich werde versuchen, mich verständlich zu machen.

Ich zweifle im hohen Maße daran, wenn ich folgendes verfolgt habe: Es wurde heute – und ich habe dafür Verständnis – versucht, anhand der Vorlagen Fragen zu stellen, die noch offen sind. Ich habe den Eindruck gehabt, daß keine der Fragen, die im Ausschuß gestellt wurden, wirklich offen geblieben ist. Ich habe aber den Eindruck gewonnen, daß bewußt oder unbewußt vieles mißverständlich vermischt wurde, wenn zum

Beispiel – und ich kann hier wörtlich zitieren – vom Herrn Klubobmann immer wieder Ecclestone, Grand Prix, Formel-I-Studie moniert wurde im Zusammenhang mit 95 Millionen, dem zweiten Stück, das hier nicht Zugang gefunden hat zur Beschlußfassung heute, wobei klargestellt wurde, meine Damen und Herren, daß weder ein Schilling von diesen 95 Millionen vorgesehen ist für einen Ausbau in Richtung Formel-I-Grand-Prix mit Ecclestone, noch diese Studie – und das hat Landesrat Ressel eindrucksvoll klargestellt – hängt zusammen mit der Beantwortung der Frage „machen die 95 Sinn?“ oder ist das nur eine Frage, die auch noch nicht eindeutig herauslesbar ist? Aber bitte, das hat nichts damit zu tun, daß wir heute 95 Millionen als dringlich zu beschließen auf den Tisch bekommen haben. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Wo steht denn drinnen, daß die 95 Millionen Sinn haben? Wo steht denn bitte das drinnen?“)

Die 95 Millionen sind bitteschön, das steht schon, und weil Sie es heute gefragt haben, das ist für Sie neu gewesen, die Frage der Pomologierung wäre neu, die Frage der Investitionen der 95 wäre neu. Bitte, wenn Sie sich das anschauen, da oben steht 28. September 1994, 95 Millionen Schilling, und der Ö-Ring wird keine Ruine. So neu ist das, bitte! Das war Gegenstand am 5. Dezember bei einer Beschlußfassung. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Und was ist als Begründung in der Zwischenzeit gekommen? Die Mitteilung, daß wir eine Studie kriegen, wo die Wirtschaftlichkeit festgestellt wird!“)

Nein, Sie verwechseln das schon wieder. Sie verwechseln das! Unterhalten wir uns emotionslos darüber, soweit das noch geht. Sie verwechseln das deshalb, weil die Studie bitte über den Endausbau mit den 225 Millionen angelegt war, und nicht die Frage beantworten sollte – das war gar nicht Auftrag dieser Studie –, ob die Haltung der Ö-Ring-Anlage insgesamt um 95 Millionen Sinn macht oder nicht. Das war von Haus aus, und hier ist eindeutig breiter Konsens in der Region gewesen, er wurde heute schon angesprochen, und er soll bitte auch nicht verlassen werden, eindeutig breiter Konsens! Die Erhaltung des Ö-Rings überhaupt zur weiteren Befahrbarkeit, ohne Formel I, ohne Ecclestone, ist außer Frage gestellt gewesen. Von Haus außer Frage gestellt.

Bitte, wenn ich alle Bürgermeister der Region als die Repräsentanten der Region bezeichne, dann kann ich Ihnen nachweisen, daß alle Bürgermeister der Region eine Resolution unterfertigt haben, in der wir eindeutig für diese Investition sind. Ich maße mir an zu behaupten, daß die Bürgermeister die gewählten Repräsentanten der gesamten Bevölkerung sind.

Und auch wir, die Mandatäre, gemeinsam mit den Bürgermeistern, gemeinsam mit den zuständigen Regierungsmitgliedern sind einmündig der Ansicht, daß zumindest diese 95 Millionen von Haus aus außer Streit gestellt waren. Und da wird mir heute die Frage gestellt, warum ich mich wundere, daß hier jemand auftritt und sagt, hier wird auf die Bremse gestiegen. Und ich wundere mich deshalb noch, weil wir gemeinsam bei einer Veranstaltung waren, bitte, wo die Junge Wirtschaft der ÖVP im November, also kurz vor der erfreulichen Beschlußfassung am 5. Dezember, hier die Frage gestellt hat, welches Signal gilt für den Ö-Ring, das Bremssignal, das Go-Signal oder das

gelbe „bitte warten“. Heute, meine Damen und Herren, hatte ich den Eindruck, daß das „bitte warten“ gilt. Und „bitte warten“ heißt, warten bis zum nächstmöglichen Beschlußtermin, das heißt der 4. April, und weil es heute angesprochen wurde, das ist bitte mit zwei Paar Handschuhen zum Angreifen, daß der 4. April nach dem 26. März ist. Und das haben nicht wir in den Raum gestellt, sondern das wurde mutwillig vom Zaun gebrochen von denjenigen, die heute gesagt haben, nein, vorher wollen wir die Beschlußfassung vielleicht doch nicht, nachher werden wir schauen.

Und das ist etwas, meine Damen und Herren, was Sie in den Raum gestellt haben, nicht wir. Wir haben ja gesagt, beschließen wir es, uns ist es dringlich, unabhängig von einem Wahltermin, die Bevölkerung will das, wir wollen das alle im regionalen Konsens, und dann kommt hier jemand und sagt „warum habt ihr heute so getan, als ob das so wichtig wäre?“. Ja natürlich ist es uns wichtig. „Warum habt ihr heute gesagt, ihr wollt nicht gebremst haben?“ Ja natürlich wollen wir nicht gebremst haben, weil wir gemeinsam der Meinung sind, solche Signale sind für

die weiteren Verhandlungen mit Ecclestone nicht ideal, solche Signale sind für unsere Bevölkerung nicht ermunternd und ermutigend, wenn es hier so ausschaut, daß man aus fraktioneller Sicht sagt, auf Fragen, die ohnedies im Ausschuß eindeutig geklärt wurden und wo eindeutig klargestellt wurde, die Fragen beziehen sich auf ein anderes Thema, auf das Thema Endausbau, und nicht auf das Thema 95-Millionen-Investition, alles geklärt, und trotzdem der Beharrungsbeschluß „nein, wir wollen das jetzt nicht!“. (Beifall bei der SPÖ. - 18.29 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1165/1, die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen. Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 18.30 Uhr.)